

Grosser Gemeinderat Winterthur

Protokoll der **22./23. Sitzung** des Grossen Gemeinderates im Amtsjahr 2018/2019 vom 25. Februar 2019

von 16.15 bis 18.30 Uhr und von 20.00 bis 22.05 Uhr

Vorsitz:	A. Steiner (GLP)
Protokoll:	A. Fatzer
Entschuldigt:	22. Sitzung: F. Albanese (SVP) 23. Sitzung: D. Cetin (SP) 22./23. Sitzung: L. Jacot (SP), D. Siegmann (SP), B. Zäch (SP), R. Lüchinger (CVP), T. Brütsch (SVP)

Traktanden

Trakt. Nr.	Gesch. Nr.	Geschäftstitel	Referent/in
1.*		Protokoll der 20./21. Sitzung	
2.*	19.8	Wahl einer Stellvertretung für die Ombudsfrau für die Amtsdauer 1. März 2019 bis 28. Februar 2023	U. Glättli
3.*	18.80 (DB)	Gemeinsame Anstalt «Regionale Abwasserentsorgung Tösstal»: Gründungsvertrag und Finanzierungsmodell	R. Heuberger
4.*	18.97 (DFI)	Projekt «Balance»: Schlussbericht vom 26. Sept. 2018	R. Kappeler
5.*	18.128 (DSS)	Kredit von Fr. 2'285'000 für die Realisierung einer Trag- lufthalle über dem Olympiabecken des Freibades Geiselweid	G. Gisler
6.*	17.37 (DSS)	Beantwortung der Interpellation R. Kappeler (SP) und R. Keller (SP) betr. zusätzliches Hallenbad für Winterthur	
7.*	19.5 (DFI)	Begründung des Postulats F. Helg (FDP.Die Liberalen), M. Gross (SVP/PP) und U. Glättli (GLP) betr. Verbesserung in der Darstellung von Budget und Jahresrechnung	
8.*	19.6 (DTB)	Begründung des Postulats M. Nater (GLP), M. Bänninger (EVP) und B. Zäch (SP) betr. Stromprodukte nur noch aus 100% erneuerbaren Energien oder Strom aus der Kehrrechtverwertung	

- | | | |
|-----|-----------------|--|
| 9.* | 17.14
(DKD) | Antrag und Bericht zur Motion K. Cometta-Müller (GLP), D. Hofstetter (Grüne), M. Sörgo (SP) und B. Huizinga (EVP) betr. Zielvorgaben für ausgewogene Vertretung der Geschlechter im Kader |
| 10. | 17.65
(DKD) | Beantwortung der Interpellation Ch. Meier (SP), B. Zäch (SP), K. Gander (Grüne/AL) und L. Banholzer (EVP) betr. Zentrum Töss |
| 11. | 17.10
(DSO) | Beantwortung der Interpellation L. Banholzer (EVP), B. Helbling (SP) und J. Altwegg (Grüne/AL) betr. Reorganisation der Alterszentren |
| 12. | 17.23
(DSO) | Beantwortung der Interpellation S. Näf (SP) und K. Cometta-Müller (GLP) betr. Einsatz für einen gerechten Soziallastenausgleich |
| 13. | 16.20
(DSO) | Antrag und Bericht zum Postulat B. Huizinga-Kauer (EVP), Y. R. Gruber (BDP), B. Helbling-Wehrli (SP), K. Cometta-Müller (GLP) und J. Altwegg (Grüne/AL) betr. Zeitvorsorge / Solidarität zwischen dem dritten und vierten Lebensalter |
| 14. | 16.59
(DSO) | Antrag und Bericht zum Postulat B. Helbling-Wehrli (SP), G. Stritt (SP), B. Huizinga-Kauer (EVP), K. Cometta-Müller (GLP) und J. Altwegg (Grüne/AL) betr. Versorgung der älteren Bevölkerung unter Berücksichtigung des Grundsatzes «ambulant vor stationär» |
| 15. | 16.82
(DTB) | Antrag und Bericht zum Postulat D. Hofstetter (Grüne/AL), F. Landolt (SP), L. Banholzer (EVP/BDP) und M. Nater (GLP) betr. kostendeckende Solarstromproduktion auf städtischen Liegenschaften |
| 16. | 17.97
(DTB) | Beantwortung der Interpellation D. Schneider (FDP), S. Gygax-Matter (GLP) und R. Diener (Grüne) betr. Bus on demand |
| 17. | 17.98
(DTB) | Beantwortung der Interpellation A. Geering (CVP), F. Helg (FDP) und S. Gygax-Matter (GLP) betr. «Autonome Busse ab Quartierbahnhöfen» |
| 18. | 17.121
(DTB) | Beantwortung der Interpellation M. Zehnder (GLP) und A. Steiner (GLP) betr. Insektizide in der Stadt Winterthur |
| 19. | 17.161
(DB) | Antrag und Bericht zur Motion S. Gygax-Matter (GLP/PP), Ch. Baumann (SP), Ch. Griesser (Grüne/AL) und M. Bänninger (EVP/BDP) betr. Verkehrsberuhigung Stadthausstrasse |
| 20. | 17.66
(DB) | Beantwortung der Interpellation S. Gygax-Matter (GLP), Ch. Baumann (SP) und Ch. Griesser (AL) betr. Verkehrsberuhigung Stadthausstrasse |
| 21. | 17.96
(DB) | Beantwortung der Interpellation Ch. Magnusson (FDP) betr. Effizienz in der Verkehrssteuerung |
| 22. | 17.94
(DB) | Beantwortung der Interpellation F. Helg (FDP) betr. zeitliche Abwicklung von Strassenbauarbeiten |
| 23. | 17.95
(DB) | Beantwortung der Interpellation Ch. Magnusson (FDP) betr. Mobilität im hochverdichteten Raum: Think Tank und Versuchszonen |

** an dieser Sitzung behandelte Geschäfte*

Ratspräsidentin A. Steiner: Ich begrüsse herzlich zur 22. Ratssitzung in dieser Legislatur. Ich begrüsse ganz speziell unser neues Ratsmitglied, bei dem ursprünglich auch ganz kurz gedacht war, dass sie früher in unserem Rat sitzt. Jetzt sitzt sie ein bisschen verspätet, aber sicher topmotiviert hier. Nina Wenger von den Grünen, die neu bei uns im Rat ist. Herzlich willkommen und ich wünsche eine ganz gute Arbeit.

Wir haben noch einige Entschuldigungen: Renata Lüchinger hat sich entschuldigt, Dominik Siegmann hat sich entschuldigt, Tobias Brütsch hat sich entschuldigt. Benedikt Zäch hat sich entschuldigt (das hat dann noch Auswirkungen auf die Traktandenliste, auf das komme ich noch zurück) und Franco Albanese hat sich für die Nachmittagssitzung entschuldigt.

Lea Jacot ist mittlerweile im Mutterschaftsurlaub. In Abwesenheit von ihr gratuliere ich herzlich zur Geburt von Luzian-Andri. Wir wünschen ihnen alles Gute.

Und wenn wir bei den Geburten sind: Wir wünschen auch Nicolas Galladé alles Gute, der neu Papi ist von Noelia.

Wir wünschen beiden Elternteilen, Lea und Nicolas, alles Gute, möglichst gute Nächte, nicht zu viel Aufstehen müssen und ganz viel Freude am Nachwuchs. (*Applaus*)

Fraktionserklärungen

Ratspräsidentin A. Steiner: Wir kommen bereits zu den Fraktionserklärungen. Wir haben eine von Seiten der SP, Roland Kappeler.

R. Kappeler (SP): Die SP macht eine Fraktionserklärung zur Pensionskasse. Keine Angst, wir machen keine Pensionskassendebatte im Detail heute. Das behalten wir uns auf heute in vier Wochen vor, dann geht es um Zahlen, um Meinungen und vielleicht ein paar einzelne Stimmen.

Erlauben Sie mir heute ein paar grundsätzliche Gedanken. Ein paar Bemerkungen zum Verlauf des Geschäftes. Es hat mich nicht in Ruhe gelassen. Letzten Montag, nach dem Beschluss in der Aufsichtskommission, der eigentlich einen faktischen Nicht-Entscheid getroffen hat, der das Geschäft zurückweisen will. Und deshalb ist es v.a. am Schluss verbunden mit einem Appell an alle konsens-/kompromissorientierten Kolleginnen und Kollegen aus allen Fraktionen.

Erlauben Sie mir zuerst kurz einen wirtschaftshistorischen Rückblick. Die Altersvorsorge, insbesondere im 19. Jahrhundert, war eine Sache der Familie und der Kirche. Es gab noch ein paar gemeinnützige Organisationen (also minimale Armenfürsorge). Die Unternehmer standen noch nicht wirklich in der Pflicht. Ausgangs 19. Jahrhundert (nicht in der Schweiz, wir haben das also nicht erfunden, sondern unter Kaiser Bismarck) ist dann eigentlich eine erste Idee von einem Sozialstaat entstanden. Die Schweiz hat sich dann nach dem 1. Weltkrieg, notabene nach dem Generalstreik, aufgerafft, das mindestens einmal in der Verfassung zu verankern. Es ging dann nochmals 20 Jahre. Vor 70 Jahren hat der Staat eine ganz wichtige Aufgabe übernommen in dieser Altersvorsorge.

Und dann ging es nochmals 40 Jahre (Grössenordnung), bis die 2. Säule dieses System komplettiert hat. Erst seit 40 oder 45 Jahren haben wir das 3-Säulen-Prinzip in der Schweiz, das ziemlich einmalig ist und bisher auch ziemlich krisenresistent war. Und seit 1985 haben wir das Obligatorium der 2. Säule.

Dieses Obligatorium möchte ich etwas genauer anschauen, also diese 2. Säule, denn immer schon war die Fürsorgepflicht, und insbesondere die Vorsorgepflicht für eine Altersvorsorge, eine sehr vornehme, sehr stolze Pflicht auch von einem Arbeitgeber. Schon im 19. Jahrhundert gab es einzelne Fabrikanten (ich wünsche mir diese Zeit nicht zurück, die Arbeiterklasse wurde damals schlecht behandelt), die bereits Vorsorgegelder gesprochen haben. Und auch heute ist es so, das können wir neidlos auch von linker Seite anerkennen, dass ganz viele grosse Unternehmen, gerade auch multinationale Konzerne, sehr gut für ihre Angestellten sorgen in diesem Bereich, die haben sehr gute Vorsorgelösungen.

Wir als Staat, konkret als Stadt Winterthur, müssten uns auch bewusst sein, dass wir in diesem System nicht den linken Pfeiler darstellen. Wir haben nichts mit der staatlichen Vorsorge zu tun, sondern wir haben unsere Verantwortung als Arbeitgeber wahrzunehmen. Und diese Verantwortung, die steht z.B. auch im Gesetz für berufliche Vorsorge, es hat eine eigene Kapitelüberschrift, bevor es dann sehr technisch wird, die ausdrücklich von der Vorsorgepflicht des Arbeitgebers spricht. Und ich glaube, in der Diskussion im letzten Jahr ging das ein bisschen vergessen.

In der Stadt spielt die Arbeitgeberrolle primär natürlich der Stadtrat, aber nicht zu vergessen eben auch wir als Gemeinderat. Das Volk, das Stimmvolk, würde ich da ausnehmen. Und ich finde es – als erster Kommentar zum bisherigen Verfahren – ein bisschen billig, einfach immer zu sagen: «Der Steuerzahler nimmt uns das nicht ab, der Steuerzahler zahlt das dann nicht.» Wir haben die Verantwortung für unsere Angestellten, nicht der Steuerzahler.

Das Problem der 2. Säule ist allgemein bekannt: Die 1. und die 2. Säule haben finanzielle Probleme wegen steigender Lebensdauer. Die 2. Säule insbesondere, die auf dem Kapitaldeckungsverfahren basiert, hat ein Problem von einem Anlagenotstand vom Geld. Es ist bald 1 Billion Franken Kapital, das angelegt werden muss, das eigentlich die Rente künftig sichern soll. Das ist rund 1,5 Mal die Wirtschaftsleistung der Schweiz, 1,5 Mal das BIP. In der Stadt Winterthur haben wir ähnliche Verhältnisse. Rund 2 Milliarden Kapital bei ca. 1,5 Milliarden Haushalten sind ähnliche Grössen. 1,5 Mal die Wirtschaftsleistung eines ganzen Jahres muss angelegt werden. Und die Anlage basiert auf Annahmen, die wir einfach seit 10 Jahren nicht mehr haben. Sie basiert nämlich auf einem risikolosen Zinssatz von 4 Prozent – und wir sind weit davon weg. Und deshalb hat nicht nur die Stadt Winterthur, sondern es haben alle Pensionskassen heute ein brutales Problem.

Es ist nicht ein böser linker Stiftungsrat, liebe SVP, der schuld ist an den Problemen unserer Pensionskasse. Wenn wir Schuldige suchen wollen, dann sind das diese drei Herren. Die haben das zwar nicht böswillig gemacht, aber es ist der Kollateralschaden von diesen. Es ist Ben Bernanke, der 2008 als Notlagechef der USA als Reaktion auf die Finanzkrise die Zinsen fast auf Null gesenkt hat. Mit dem hat er die Wirtschaftskrise verhindert, aber seither haben wir diese Zinsen nicht mehr. Es ist wahrscheinlich (man müsste das Bild in der Mitte fast noch ein bisschen grösser machen) Mario Draghi, der seit 2011 zur Rettung des Euros die Geldmärkte mit Geld überschwemmt, quasi der Erfinder von Negativzinsen. Er nimmt seither die Schweiz wirklich in Geiselhaft. Und rechts Thomas Jordan, der einer dieser Geiselhäftlinge ist, der nicht daraus herauskommt, der mit der Einführung von Negativzinsen in der Schweiz vor 4 Jahren reagiert hat. Sicher hat er die Exportwirtschaft damit massiv unterstützt, aber ich glaube, auch er hat den Kollateralschaden, den er für die Pensionskassen in der Schweiz verursacht hat, noch nicht ganz erfasst. Es gibt deshalb auch auf Bundesebene Vorschläge, ich finde diese mässig tauglich. Jetzt einen Teil der Negativzins-Erträge in die Pensionskassen umzulagern... Ich glaube, die Lösung müssen wieder vernünftige Zinsen sein.

Es gibt aber einen weiteren Schuldigen. Es wäre etwas zu billig, einfach diese drei Herren anzuprangern. Da ist der Hauptschuldige. Wir im Grossen Gemeinderat haben auf den Tag genau heute vor 6 Jahren (ich war damals erst seit 4 Monaten in diesem Parlament) eine Verordnung verabschiedet, die die Pensionskasse der Stadt Winterthur in die Selbständigkeit entlassen hat. Ich habe die Protokolle von damals nochmals genau studiert, ich ging auch nochmals in die Akten der Kommission. Man kann es kurz zusammenfassen: Rückblickend waren wir dort einfach viel zu optimistisch. Man stritt an dieser Sitzung damals vor allem noch über den Teuerungsfonds, den man installieren wollte. Dort sagte man, man könne sich den jetzt nicht leisten, wenn dann die Pensionskasse in 5 Jahren saniert sei, dann würde man schauen, was man mit dem Teuerungsausgleich von Renten macht. Das ist aus heutiger Sicht natürlich ein Hohn, das ist klar. Wir haben zu optimistisch budgetiert damals. Und – wahrscheinlich der grössere Fehler – wir haben damals ein rechtlich sehr starkes Kleid genäht. Wir haben eine Verordnung erlassen, die ganz klar Verantwortungen delegiert hat, die dem Stiftungsrat seine Aufgaben zugeteilt hat, die dem Parlament seine Aufgaben zugeteilt hat. Wir haben sehr detailliert diese ganzen Bestimmungen bis Ende 2019 erlassen. Diese waren sicher aus damaliger Sicht richtig. Rückblickend war das Kleid zu eng. Und wenn man heute dem Stiftungsrat den Vorwurf macht, er hätte nicht reagiert, dann macht man ihm quasi

den Vorwurf, er habe sich an das Gesetz gehalten, das wir ihm damals vorgeschrieben haben.

Ich komme zum Appell an die einzelnen Parteien. Wir haben noch 4 Wochen Zeit, um uns nochmals zusammenzuraufen, bevor wir den Entscheid endgültig treffen, auf dieses Geschäft nicht einzutreten und die Pensionskasse weiterhin einfach schlittern zu lassen. Ich habe die Hoffnung noch nicht aufgegeben, dass wir es schaffen. Und deshalb 2-3 Worte (nicht an alle Parteien, aber an die «federführenden»).

Ich beginne mit der FDP. Die FDP hat u.a. in ihrer Medienmitteilung gesagt, der Stiftungsrat habe über Jahre Vertrauen verspielt. Das stimmt einfach nicht. Die Experten in der Aufsichtskommission, die wir gefragt haben, haben einstimmig immer gesagt, der Stiftungsrat hätte im Rahmen der rechtlichen Ordnung alles richtig gemacht. Er hätte sich an unsere Verordnung gehalten, er hätte ein vernünftiges, korrektes neues Vorsorgemodell vorgelegt und er hat mit dem auch - was Euer Hauptvorwurf immer ist - die Umverteilung von jung zu alt eigentlich gestoppt. Das Einzige, das er nicht gemacht hat, ist die Beschleunigung einzusetzen, die Ihr haben wolltet. Aber das eben mit Respekt vor den gesetzlichen Grundlagen. Wo ist Eure Glaubwürdigkeit, liebe FDP? In der Budgetdebatte letzten Herbst habt Ihr, als es um Lohnerhöhungen ging, um Personalmassnahmen, argumentiert: «Ja, wir können die jetzt nicht in diesem Ausmass gewähren, wie sie der Stadtrat geben wollte, denn wir haben 144 Mio. für die Pensionskasse, die wir dann noch zahlen müssen.» Ja, und jetzt – wo sind die 144 Millionen? Das ist ein unfaires Spiel.

Die CVP kann ich heute eigentlich sehr freundlich behandeln. Die CVP hat einen Kompromissvorschlag vorgelegt, der mich fachlich nicht total überzeugte, der aber mindestens gezeigt hat, sie ist aus einer Rolle, bei der sie sich eigentlich auch mit der FDP ein bisschen abwehrend gezeigt hatte, herausgekommen und hat etwas in Bewegung gesetzt. Herzlichen Dank.

Die SVP hat sich 2013 in dieser Debatte für das Personal stark gemacht. Dani Oswald hat damals als SVP-Meinung gesagt: «Ja, wir sorgen dafür, dass diese Vorlage nicht auf dem Buckel des Personals stattfindet.» Und in der neuesten Medienmitteilung spielen sie sich wieder als Hüter des Personals auf. Liebe SVP, auch Ihr habt in der Budgetdebatte genau gleich argumentiert wie die FDP. Auch Ihr seid doppelzüngig: Ihr habt dort gesagt «Nein, jetzt gibt es nicht alles, denn die Pensionskasse kostet uns dann noch etwas.» Und Eure Verweigerungshaltung, Eure konsequente Verweigerungshaltung, ist das Gegenteil von dem, das Ihr vorgebt, sondern Ihr tragt das jetzt eben auf dem Buckel des Personals aus. Wenn man Eure Medienmitteilung vom Samstag anschaut, dann sind das nicht Fake News, weil sie nämlich nicht mehr «new» sind. Die AK hat am Montag beschlossen und nicht irgendwie am Freitag. Aber «fake» ist sehr viel drin. Das Versagen der PK-Führung habe ich schon erwähnt. Das haben alle Experten ganz klar verneint. Die Aussage, die Pensionskasse sei 2013 voll kapitalisiert in die Selbständigkeit entlassen worden, haben auch alle Experten ganz klar verneint. Aus heutiger Sicht muss man sagen: Schon damals waren die technischen Grundlagen falsch gesetzt und es fehlten damals schon mindestens 113 Mio. Also die ersten zwei Aussagen Eurer Medienmitteilung sind einfach falsch. Die einzige richtige Aussage ist die, dass Ihr von Anfang an immer Nein gesagt hättet. Das ist klar, das habt Ihr auch im letzten Mai betont, das sei Euer neues Parlamentsprogramm, seit Ihr nicht mehr in der Regierung vertreten seid. Fundamentalopposition – ja, da zeigt Ihr es. An Euch habe ich eigentlich fast keinen Appell, ich habe den Glauben verloren.

Trotzdem noch ein Wort an die EVP. Im Protokoll 2013 tauchte sehr häufig der Name von Nik Gugger auf. Er hat die SP fast links überholt, wenn es darum ging, sich für das Personal einzusetzen. Ich wünsche mir Nik eigentlich zurück in das Parlament. Ich wünsche mir jemanden, der das konsequent macht. Ihr habt es in der Budgetdebatte auch gemacht, Ihr habt Euch dort stark gemacht mit uns zusammen, für das Personal mehr Lohnerhöhung herauszuholen. Geht doch nochmals über die Bücher und macht es in vier Wochen auch nochmals so. Hört bitte alle auf den Stadtpräsidenten, der diese Woche signalisiert hat, dass man sich vielleicht nochmals zusammensetzen und zusammenraufen soll. Wir von unserer Seite werden dafür kämpfen, dass Fehler, die früher gemacht wurden, nicht auf Kosten des Personals ausgebadet werden, sondern dass wir da lösungsorientiert nochmal etwas suchen.

Es sind drei ganz wichtige Stichwörter, die ich an den Schluss setzen möchte: Respekt, Verantwortung, Glaubwürdigkeit.

Es ist Respekt einerseits vor dem, was wir beschlossen haben vor 6 Jahren, und Respekt vor der Gewaltenteilung, vor dem, dass sich andere an diese Gesetze halten. Es ist aber auch ein Respekt gegenüber dem Steuerzahler, dass wir ihm jetzt sagen: «Ja, wir haben vor 6 Jahren wahrscheinlich falsch gerechnet, wir müssen nochmals über die Bücher.» Gewähren wir diesen Respekt.

Es ist Verantwortung, wie ich am Anfang gesagt habe, Verantwortung als Arbeitgeber. Wir sind verantwortlich für knapp 5'000 Angestellte, nicht nur von der Stadt, auch noch von zugehörigen Organisationen. Nehmen wir diese Verantwortung ernst. Wir können diese nicht auf das Volk, nicht auf den Steuerzahler abschieben, sie liegt bei uns. Der Stadtrat hat es vorgebracht, jetzt liegt es an uns als Parlament.

Und es ist auch unsere Glaubwürdigkeit als Parlament, dass wir einen Entscheid treffen, nachdem wir über ein Jahr an einer Vorlage gearbeitet haben, dass wir nicht jetzt einfach sagen, wir machen Vogel-Strauss-Politik, stecken den Kopf in den Sand und warten mal ab – vielleicht wird es dann ja schon besser.

Ich bitte alle, Respekt, Verantwortung und Glaubwürdigkeit die nächsten 4 Wochen gross zu schreiben.

Ratspräsidentin A. Steiner: Eine persönliche Erklärung zum Thema, Urs Hofer.

U. Hofer (FDP): Weil wir ja direkt angesprochen sind – wie so viele andere auch – erlaube ich mir auch einen persönlichen Gedanken. Ich möchte es auch auf grundsätzlicher Ebene führen. Wie gesagt, wir führen die Debatte an der nächsten Sitzung im Detail. Ich möchte auch anders als Roland ein bisschen mehr in der Gegenwart bleiben und ein bisschen weniger in der Vergangenheit.

Ich habe es schon oft gesagt und werde es gerne nochmals sagen: Die Stimme, die ich aus dem Volk höre, gibt dieser Weisung so keine Chance. Ich sage das wirklich nicht einfach so dahin. Und bei einem Nein hätten wir wirklich einen totalen Scherbenhaufen. Und ja, Roland, wir können die Verantwortung nicht wegdelegieren und einfach auf andere zeigen. Aber ganz naiv und blauäugig, blind in eine Volksabstimmung hinein, bei der wir einen Scherbenhaufen produzieren – das sehe ich einfach definitiv nicht. Und das sehe ich auch nicht als Verantwortung. Das sehe ich umso weniger mit einer Maximalforderung von 210 Mio. oder mehr. Ich glaube, mit solchen Maximalforderungen erweist man denen einen Bärendienst, bei denen man vorgibt, dass man sich für sie einsetzen will.

Betreffend der Schuldfrage möchte ich wirklich auf die kommende Debatte verweisen, aber es ist einfach ein Punkt: Es ist neben dem Anlagenkonzept einer Pensionskasse halt auch das Berechnen des Umwandlungssatzes, der sich an der Marktrealität widerspiegeln muss. Und der heutige Umwandlungssatz der PK Winterthur ist einfach schlicht marktfrem, es kostet pro Jahr Millionenbeträge im zweistelligen Bereich, dass wir das nach wie vor haben und bis 2024 auch noch beibehalten werden.

Und das Gesetz, das Du erwähnt hast, Roland, das nennt im gleichen Paragraphen zwei Zahlen: Technischer Zinssatz und Umwandlungssatz. Und zwar «Auf Basis eines technischen Zinssatzes von 3,25 ist der Umwandlungssatz so hoch». Man hat den technischen Zinssatz zwei Mal angepasst - den Umwandlungssatz aber 2024. Das ist für mich bereits nicht kongruent. Selbst wenn man sich an uns gebunden fühlt, ich glaube, für diese Frage hätte man uns problemlos 2014 nochmals fragen können, als man das erste Mal den technischen Zinssatz angefasst hat. Mehr dazu später.

Noch ein bisschen zum Vorwurf, man würde hinauszögern und es sei billig. Ich glaube, was wir entschieden und kommuniziert haben, ist ein Strauss an wichtigen Entscheiden. Es ist eine Analyse, die zeigt, ob wir gut darin sind, eine eigene PK zu führen. Unsere Antwort, analytisch: Nein. Es ist eine Analyse, ein Entscheid darüber, ob eine Entpolitisierung Sinn macht. Unsere Antwort ist Ja. Es ist ein Entscheid darüber, ob Angestellte (für die wir Verantwortung tragen, da gebe ich Dir Recht) in einer anderen Vorsorgeeinrichtung (namentlich der BVK)

schlechtere Leistungen bekommen. Unsere Antwort ist Nein. Und es ist ein Entscheid darüber, ob es Sinn macht, das Volk in den nächsten Jahren mehrfach zu befragen (nämlich ein Mal zum Kredit und ein Mal über die Investitionsfrage, vielleicht nochmals mit einem Kredit) und unser Entscheid ist Nein. Und so vor die Öffentlichkeit zu treten, mit einer solchen Analyse, dafür braucht es viel mehr Überlegung, Verantwortung und Analyse als einfach die Maximalforderung der Gewerkschaft abzuschreiben.

Noch betreffend Appell: Das nehme ich gerne auf. Wir sind unabhängig von der Entwicklung in den nächsten Wochen und auch von der Entwicklung im März bereit, einen konstruktiven Dialog zu führen – auch und gerne mit Euch von der SP. Wir sehen den Stadt- und Stiftungsrat schon jetzt auf dem richtigen Weg. Wir hatten auch Marianne Fassbind in der Kommission. Sie machte einige Aussagen, die uns freuten, wie es weitergehen soll in dieser Richtung. Wir haben auch mit Freude die Medienmitteilung des Stadtrates wegen dem hohen Commitment zur Integration aufgenommen.

Und das Thema ist tatsächlich zu wichtig für Wahlkampf und um einfach einen Scherbenhaufen zu produzieren. Aber man sollte dem Steuerzahler nicht ein Fass ohne Boden zumuten und man sollte doch auch kritisch reflektieren. Es braucht eine rundweg überzeugende Lösung und eine sehr breite Allianz, wenn wir da eine Lösung wollen, die auch das Volk überzeugt. Und deshalb auch zum Thema Glaubwürdigkeit, das Du erwähnt hast, Roland. Die Teilrückweisung ist aus unserer Sicht kein Nein. Wir haben es auch geschrieben, dass wir eine neue Finanzierung wollen. Ich stehe dazu. Und ich stehe zu dem, was ich in der letzten Budgetdebatte sagte. Wo wir uns im Kern unterscheiden, sind die Fragen des Zeitpunktes. Ich möchte sicherstellen, dass das Geld auch wirklich gut angelegt wird, wenn sie es bekommt, und die Wege und die Richtung richtig aufgegleist sind, bevor wir die 144 Mio. sprechen. Du willst jetzt geben - und der Rest ist Dir relativ egal. Das ist der Unterschied. Es ist einfach eine Frage des Zeitpunktes. Der Unterschied ist gar nicht so gross, auch wenn er sehr emotional diskutiert werden wird in den nächsten 6 Wochen.

Ratspräsidentin A. Steiner: Eine weitere persönliche Erklärung, Barbara Huizinga.

B. Huizinga (EVP): Innerhalb von mehr als einem Jahr Beratung in der Kommission hat der Stadtrat sowie der Stiftungsrat der Pensionskasse keine Strategie aufzeigen können, wie die Pensionskasse nicht nur saniert, sondern ausfinanziert werden soll. Die Rückweisung von unserer Seite richtet sich keinesfalls gegen das Personal, denn auch wir sind der Meinung, dass die Stadt in der Pflicht steht, das nötige Geld in die Pensionskasse einzubringen. Wir möchten jedoch ein Fass ohne Boden zwingend vermeiden. Die EVP macht sich dafür stark, einmalig eine Vorlage vor das Volk zu bringen, welche drei Aspekte inkludiert: 1. Sanierung, 2. Ausfinanzierung (nach unserer Sicht der gesamte Betrag von 210 Mio.) und 3. Überführung in eine grössere und stabile Trägerschaft.

Gerade weil wir eine Volkspartei sind, erachten wir es als essentiell, Steuergelder nicht zu verschleudern, sondern verantwortungsbewusst damit umzugehen. Die Pensionskassen-Problematik ist zudem dermassen komplex, dass eine politische Entflechtung sinnvoll ist. Ein Hickhack zwischen den einzelnen Parteien, wie es zurzeit fast ein bisschen stattfindet, ist weder für die städtischen Mitarbeiter noch für die steuerzahlende Bevölkerung hilfreich und zielführend.

Ich werde Nik Gugger bei Gelegenheit Dein Bedauern mitteilen, Roland. Ich bin heute Mittag an einem Farbkasten vorbeigegangen. Da hat es mich gejuckt und ich habe die Parteifarben der EVP gemischt. Ich habe es vier Mal probiert – es wurde nicht röter. Ich glaube, im umwelttechnischen, grünen Bereich, da sind wir uns sehr häufig einig, auch im sozialen – aber jetzt bei diesem Geschäft scheint es wirklich, dass wir zwar das gleiche Ziel haben, aber einen anderen Weg dazu gewählt haben.

Ratspräsidentin A. Steiner: Eine weitere persönliche Erklärung, Michi Gross.

M. Gross (SVP): Du hast mich auch direkt angesprochen, Roli, bzw. Du hast Dani angesprochen. Einiges wurde schon von Urs gesagt. Gewisse Sachen von Barbara (ich bin aber dort

nicht überall einverstanden, aber egal). Obwohl Du die Hoffnung aufgegeben hast, versuche ich jetzt trotzdem - vielleicht kommt es bei den nächsten Geschäften ja wieder zurück, dass man die Hoffnung aufgegeben hat – 2-3 Dinge zu sagen.

Du hast vieles gesagt von der Historie her. Es ist richtig, dass die Schuld nicht bei den Angestellten liegt und nicht nur beim Stiftungsrat. Es ist richtig, dass die Niedrigzinsen einerseits einen Einfluss haben, Du hast das gut aufgezeigt. Aber es ist auch richtig, und das findet permanent statt: Die 2. Säule war nicht als Umlagerungsverfahren gedacht - und es wird heute so gelebt. Und das ist falsch! Jeder spart für sich selbst an. Und dann müsste man – und dazu seid Ihr sicher nicht bereit – eigentlich auch den Umwandlungssatz den Realitäten anpassen, auch (leider) bei den Rentnern, wenn man das so gestalten möchte. Nur ist das wahrscheinlich eine unmögliche Sache.

Dann ist auch richtig, dass die Anlagepolitik (und das habe ich auch geschrieben) nicht erfolgreich war. Das weiss man im Nachgang immer besser als vorher. Und zwar überhaupt nicht erfolgreich. Im Vergleich zu anderen Kassen fehlen zwischen 70 – 100 Mio. Mindereinnahmen. Das hat sogar der Landbote geschrieben, und der ist nun wahrlich nicht immer auf unserer Seite. Das haben auch andere Fachleute ausgerechnet. Das ist eine Zahl, die man durchaus sagen kann. Und, ja, man hat 2013 beschlossen, dass der Stiftungsrat für die Leistungen zuständig ist und wir für die Finanzierung. Und wenn wir jetzt unseren Job machen und den Leuten genau auf die Finger schauen, dann ist das nichts anderes als das machen, wofür wir gewählt sind.

Es ist auch nicht richtig, dass wir gesagt hätten, wir geben gar kein Geld. Wir haben einfach gesagt, wir wollen zuerst eine Lösung und wir wollen eine saubere Variantenauslegung – und die ist nicht auf dem Tisch. Wir haben vor 2 Jahren dem Stiftungsratspräsidenten (ich war dabei) persönlich gesagt, das was Ihr da vorschlägt, das geht nicht, das wird bei uns nie durchkommen. Ihr habt keine Chance. Wir glauben auch nicht vor dem Volk – aber das weiss man ja erst im Nachhinein, das müsste man dann schauen. Er hat sich nicht bewegt, er hat nie etwas gemacht. Dann kann man nachher nicht kommen und sagen, wir würden verzögern. Wir haben es vor 2 Jahren gesagt, wir haben es auch im Stadtrat eingebracht. Man will es nicht hören. Man hat diese Variante und mit dem Kopf durch die Wand gewollt – jetzt war die Wand härter (im Moment scheint es noch so – ich weiss nicht, wie viele dann noch da sind und wie stimmen werden).

Das ist das Wichtigste. Urs hat es auch gesagt: Technischer Zinssatz gesenkt, aber die Leistungen nicht angepasst. Wir haben die letzten 5 Jahre gesagt, man ist in einer Sanierungsperiode, wir passen die Leistungen nicht an. Wenn man in einer Sanierungsperiode eingreift, dann müsste man alles anpassen. Und es kann nicht sein, dass man in einer solchen Situation, in der wir sind, in der wir eine Unterdeckung haben, dass man nur das Eine macht und sagt, das Andere könne man dann ja aus der Stadtkasse nehmen, die können dann ja nichts sagen. Und deshalb haben wir den Finger bzw. die Hand hochgehalten und gesagt, so nicht. Es ist aber nicht so, dass die SVP (wie alle diejenigen, die eine Teilrückweisung verlangen) sagt, es gibt keinen Franken (es gibt solche, die das sagen – aber es gibt wenige, die das sagen). Es gibt etwas – aber wir wollen zuerst eine tragfähige Lösung. Und das kann nicht die sein, die im Moment auf das Papier geschrieben ist.

Stadtpräsident M. Künzle: Selbstverständlich möchte ich etwas zu dieser kurzen Debatte sagen. Es ist selten, dass ein SP-Fraktionsmitglied sagt, man solle auf den Stadtpräsidenten hören. Aber ich möchte ihn unterstützen.

Er hat adressiert an alle konsens-orientierten Kräfte. Und genau das ist das, was wir auch seitens des Stadtrates so sehen. Ich denke, es geht um zu viel Geld, es geht um zu viele Leute, die direkt betroffen sind, und es ist etwas, das werden Sie auch feststellen draussen auf der Strasse, das die Leute beschäftigt. Plötzlich kümmert man sich um die PK. Wir erleben das bei den Bewerbungsgesprächen, wo plötzlich nach der PK gefragt wird. Das hat es früher gar nicht gegeben, man hat sich als junger Mitarbeiter eigentlich nicht für die PK interessiert. Also plötzlich ist es da – und das ist eigentlich auch gut. Wenn man etwas Gutes sehen möchte, dann ist das sicher ein guter Aspekt, dass man sich um die Vorsorge kümmert – und das schon früh.

Wir haben momentan im Stiftungsrat eine ALM-Studie am Laufen, das ist die, die unsere Anlagestrategie überarbeitet. Sie schielen aber auch auf die Leistungen. Also es ist wirklich eine Studie, von der wir uns erhoffen, dass sie uns auch Antworten geben wird, was die Zukunft betrifft. Wir haben uns im Stadtrat bewegt, das möchte ich einfach aufzeigen. Wir haben uns bewegt, wir sagten: «Doch, wir könnten uns mit einer Anschlusslösung einverstanden erklären.» Nicht im Sinne des Postulates, bei dem wir einfach sagten, wir seien offen, Ihr könnt mit einer Motion kommen – sondern wir nehmen es proaktiv an die Hand. Wir.

Und da werden wir auch in der nächsten Zeit mit entsprechendem Stadtratsbeschluss Projekte starten, ich sage es einfach jetzt schon: Auch solch ein Projekt braucht wieder einen Kreditantrag, es braucht Geld, dass man ein solches Projekt aufgleisen kann. Aber wir haben uns bewegt.

Und in dieser Hoffnung – ich gebe sie nie auf – dass sich diese Kräfte jetzt in diesem Thema bewegen, bis zum 25. März, aber auch über den 25. März hinaus, sind wir weiterhin dialogbereit. Und ich hoffe, dass das alle Fraktionen ebenfalls sind. Weil die Gesamtverantwortung für diese PK liegt nicht nur beim Stiftungsrat, sie liegt nicht nur beim Stadtrat, sie liegt nicht nur beim Gemeinderat – sie liegt bei uns allen und das Geschäft ist schlichtweg einfach zu wichtig.

Ratspräsidentin A. Steiner: Eine weitere Fraktionserklärung von Seiten der SVP, Simon Büchi.

S. Büchi (SVP): Keine Angst, ich habe vor, eine Fraktionserklärung zu machen und keine Geschichtslektion.

«Uneingeschränkte Unterstützung» hat Chantal Galladé ihren Schulleitern mitgeteilt (die Schulpflegepräsidentin vom Kreis Töss-Stadt). «Uneingeschränkte Unterstützung für allfällige Schülerstreiks». Das ist doch eine Nachricht, die aus unserer Sicht nicht geht.

Das eine ist: Mit dieser Aussage toleriert die Schulpflegepräsidentin explizit Schülerstreiks (oder man kann auch sagen: Schülerschwänzen), ja sie unterstützt sie gar.

Sie ist gewählt worden. Wahrscheinlich von allen, die sie gewählt haben, von links bis rechts, um für eine hohe Bildungsqualität zu sorgen. Und Schulschwänzen führt ganz sicher nicht dazu, dass die Bildungsqualität steigt. Wir haben ja grundsätzlich nichts gegen Schülerdemos. Ich bin noch zur Schule gegangen, als Schüler gegen den Iran-Krieg demonstriert haben. Das war nicht der dümmste Zweck und ich möchte mich darüber auch gar nicht äussern hier. Aber wenn sich die Schüler im Moment für ein bürgerliches, rechtes Ansinnen demonstrieren würden, dann bekämen sie sicher nicht diesen Support von der Schulleitung, von der politischen Führung. So gesehen ist das ein Verstoß gegen die politische Neutralität, der alle Schulbehörden verpflichtet sind.

Mich würde besonders interessieren, lieber Schuldepartementsvorsteher, lieber Jürg Altwegg: Wie beurteilst Du die politische Neutralität im Zusammenhang mit diesen Schülerstreiks, die zum Teil eben explizit von der Schulleitung, von der Schulführung, von der politischen Führung unterstützt werden? Und betrachtest Du Schwänzen als ein geeignetes pädagogisches Mittel im heutigen Bildungskanon? Wahrscheinlich sind wir von links bis rechts alle einig, dass wir alle Probleme, auch die Umweltprobleme, nur so in den Griff bekommen, wenn wir exzellente Bildung haben, auf die Bildungsqualität achten – und mir konnte bis heute noch niemand erklären, was Schwänzen – oder moderner: Schülerstreiks – da beitragen sollen.

Stadtrat J. Altwegg: Es ist natürlich so, lieber Simon Büchi, ich kann nicht für die Kreisschulpflege sprechen. Das ist eine separat gewählte Behörde, die mir nicht untersteht, wie Ihr alle wisst.

Es ist so, Schwänzen ist selbstverständlich kein pädagogisches Mittel, das ist so. Das sagt wohl auch niemand. Was Du aber richtig festgestellt hast, ist dass die Kreisschulpflegen für die Qualität der Schulen zuständig sind. Ich glaube, diese Rolle nehmen die Kreisschulpflegen als Behörden durchaus wahr. Was daraus gemacht wird, da kann ich nichts dazu sagen, es ist eine separate Behörde, die nicht von mir irgendwie überwacht wird oder geleitet werden kann.

Ratspräsidentin A. Steiner: Die Fraktionserklärungen sind damit erschöpft. Wir haben noch eine Fragestellung von Seiten der Ratsleitung.

Am 4. April 2018 haben die Gemeinderäte Markus Steiner und Katharina Gander eine Schriftliche Anfrage zum Thema Schulwegsicherheit eingereicht. Im Juni 2018, also kurz vor Ablauf der Frist, gab es dann ein Schreiben an die Ratsleitung, dass diese Frist nicht eingehalten werden könne von Seiten Departement Schule und Sport. Daraufhin hat die Ratsleitung einen Brief an den Stadtrat verfasst, dass man doch bitte schauen soll, diese Frist möglichst einzuhalten. Man hat danach auch noch ein Telefonat geführt, nach den Sommerferien, dass die Fristen in der Geschäftsordnung festgelegt sind und man halt den momentanen Stand zum Thema schreiben solle. Das Argument von Seiten Stadtrat war damals, dass man mit dem Geschäft noch in die Zentralschulpflege gehen wolle. Im November hatten wir weiterhin noch keine Antwort von Seiten des Stadtrates, woraufhin die Ratsleitung beschloss, nochmals ein Erinnerungsschreiben zu verfassen, man solle doch bitte diese Schriftliche Anfrage beantworten. Darauf erhielten wir keine Antwort.

Es ist nun mehr als 10 Monate her statt den 3 Monaten, in denen es eigentlich vorgesehen wäre. Und die Ratsleitung möchte an dieser Stelle den Stadtrat fragen, was der Stand ist und wieso wir die Beantwortung dieser Schriftlichen Anfrage noch nicht haben.

Stadtrat J. Altwegg: Es tut mir sehr leid, dass das auf eine so lange Bank geschoben wurde. Auch das ist Ausfluss der Problematik, dass wir verschiedene Behörden haben. Wir haben auf der einen Seite das DSS, das Du angesprochen hast, das einerseits das Geschäft behandelt als Lead. Wir haben das DSU, das da beteiligt ist, das gewisse Schulweghilfen angeboten hat. Und wir haben auf der anderen Seite tatsächlich die Behörde Zentralschulpflege und vier Behörden (Kreisschulpflegen), die da ebenfalls mitreden und ihren Anteil dazu beitragen. Ich kann insofern schon mal sagen, es ist jetzt auf gutem Weg. Wir werden in den nächsten Wochen die Antworten auf dem Tisch haben, damit es sich endlich in Minne auflöst. Es gab unterschiedliche Auffassungen bei all diesen Behörden und beteiligten Departementen, die einfach entsprechend schwierig unter einen Hut zu bringen sind.

Offen gestanden erhoffe ich mir sehr viel von der Behördenreorganisation, damit das ein bisschen anders organisiert werden kann in Zukunft. Es tut mir wirklich leid, dass es so lange ging, aber ich bin jetzt sehr zuversichtlich, dass wir da eine gute Lösung bringen können einerseits, und damit auch die Antwort zu dieser Schriftlichen Anfrage entsprechend bringen.

Mitteilungen

Ratspräsidentin A. Steiner: Wie jedes Mal hat Marc Wäckerlin angekündigt, dass er allenfalls Videoaufnahmen machen wird.

Traktandenliste

Ratspräsidentin A. Steiner: Damit kommen wir zur Traktandenliste.

Wir haben vorgängig informiert, dass wir die Traktanden 5 und 6 zusammennehmen und ebenfalls die Traktanden 19 und 20.

Benedikt Zäch ist krank. Er hätte eigentlich den Lead beim Traktandum 10, da mittlerweile die Erstinterpellantin Christa Meier im Stadtrat ist und er der Zweitgenannte wäre. Er fragte, ob wir dieses Traktandum absetzen könnten. Aus meiner Sicht spricht nichts dagegen. Hat irgendjemand einen anderen Antrag? – Damit wird das Traktandum 10 abgesetzt.

1. Traktandum

Protokoll der 20./21. Sitzung

Ratspräsidentin A. Steiner: Wir kommen zum Protokoll der 20. und 21. Sitzung. Es gingen keine Einwendungen ein. Gibt es jetzt noch welche?

Damit sind die beiden Protokolle abgenommen, besten Dank an Andrea Fatzer.

2. Traktandum

GGR-Nr. 19.8: Wahl einer Stellvertretung für die Ombudsfrau für die Amtsdauer 1. März 2019 bis 28. Februar 2023

Ratspräsidentin A. Steiner: Wir kommen zum Traktandum 2. Das ist ein Geschäft, das ohne Beratung stattfinden wird. Urs Glättli stellt das vor.

U. Glättli (AK): Ich halte keine Replik zu den Fraktionserklärungen von vorhin. Roland Kappeler hat weder mich noch die GLP namentlich erwähnt. Ich nehme das auch als Lob und als Konsequenz für die Überweisung des Postulats zur Einholung einer Offerte für die Integration in die BVK. Der Bericht des Stadtrates dazu liegt ja vor. Dazu hat die GLP eine Fraktionsmedienmitteilung veröffentlicht, Ihr dürft das gerne auf dem Internet nachlesen.

Ich spreche zum traktandierten Geschäft und halte weder eine PK-Vorlesung noch eine Schuldpredigt. Als zuständiger Referent stelle ich kurz das traktandierte Wahlgeschäft vor. Mit der vergangenen Revision der städtischen Verordnung über die Ombudsstelle wurde neu bestimmt, dass zur Wahl der Ombudsperson eine Stellvertretung zu wählen bleibt. Die Amtsdauer dieser Stellvertretung beträgt gemäss Verordnung vier Jahre. Das Parlament bestimmt das Datum des Amtsantritts. Das Geschäft lautet auf Wahl einer Stellvertretung für die Ombudsfrau für die Amtsdauer 1. März 2019 bis 28. Februar 2023, also volle vier Jahre ordentliche Amtsdauer. Die Amtsdauer ist demnach bewusst phasenverschoben zur Amtsdauer der Ombudsfrau.

Vorgeschlagen als Stellvertreter der amtierenden Ombudsfrau Viviane Sobotich ist Herr Bernhard Egg. Er ist amtierendes Mitglied des Kirchenrates der reformierten Zürcher-Landeskirche, ehemaliges Bezirksrats-Mitglied, er war langjähriges Mitglied des Kantonsrates, den er auch präsidieren durfte. Im Weiteren ist Herr Egg insbesondere stellvertretender kantonaler Ombudsmann, er ist also bestens qualifiziert. Herr Bernhard Egg aus Elgg ist wie die amtierende Ombudsfrau Viviane Sobotich Mitglied der SP.

Weitere Wahlvorschläge liegen keine vor.

Die vorberatende Aufsichtskommission beantrag mit 11:0 Stimmen die Wahl von Bernhard Egg als stellvertretende Ombudsperson. Wir wünschen Bernhard Egg einen guten Einstand.

Ratspräsidentin A. Steiner: Herr Bernhard Egg ist anwesend im Saal, willkommen bei uns im Ratssaal. Er war schon letztes Mal hier, als es um die Stellvertretung ging wegen dem Urlaub von Viviane Sobotich. Jetzt geht es also darum, diese Stellvertretung definitiv zu regeln. Das gibt die Möglichkeit, dass wenn es Probleme gibt mit einem Fall (persönlich zu nahe dran o.ä.), dass man auch den Stellvertreter beiziehen könnte. Oder wenn es einen Ausfall gäbe über längere Zeit, dass man da einfach jemanden hätte.

Besten Dank für das Vorstellen des Geschäftes. Es gibt keine weiteren Wahlvorschläge und damit wünsche auch ich Bernhard Egg alles Gute in diesem Amt - und hoffe trotzdem, dass Du nicht allzu viel in Einsatz kommst.

Damit wäre dieses Geschäft abgeschlossen und Bernhard Egg gewählt. (*Applaus*)

3. Traktandum

GGR-Nr. 18.80: Gemeinsame Anstalt «Regionale Abwasserentsorgung Tösstal»: Gründungsvertrag und Finanzierungsmodell

Ratspräsidentin A. Steiner: Wir kommen zum Traktandum 3. Da geht es um die Gemeinsame Anstalt «Regionale Abwasserentsorgung Tösstal». Romana Heuberger stellt uns dieses Geschäft vor.

R. Heuberger (BBK): Ich freue mich, Ihnen die Vorlage zur Gemeinsamen Anstalt «Regionale Abwasserentsorgung Tösstal», den Gründungsvertrag und das Finanzierungsmodell präsentieren zu dürfen.

Das Grundwasser der Töss oberhalb von Winterthur bildet eine der wichtigsten Trinkwasserressourcen im Kanton Zürich. Die Stadt Winterthur bezieht ihr Trinkwasser fast ausschliesslich aus diesem Grundwasserstrom. Darum haben wir ein grosses Interesse daran, diesen Grundwasserstrom bestmöglich zu schützen. Und genau das ist das Ziel dieser Vorlage: Der nachhaltige Schutz des Grundwassers insbesondere vor chronischen Belastungen aus den Abwassereinleitungen im Tösstal.

Das Projekt startete unter dem Namen «Abwasserfreie obere Töss» mit einer Studie des AWEL bereits im Jahr 2009. Es wurden eine Projekt- und Steuerungsgruppe gebildet. In beiden Gremien war die Stadt Winterthur mit Fachleuten der Stadtentwässerung und der Kläranlage vertreten. Der Stadtrat wurde regelmässig informiert und hat verschiedene Zwischenentscheide gefällt. Es fand auch eine öffentliche Informationsveranstaltung des Kantons zu dieser Vorlage statt.

Auf dieser Folie sehen Sie den aktuellen Stand der Entwässerung. Fischenthal und Bauma haben sich bereits zusammengeschlossen, der Abwasserverband Bläsimühle und Sternenberg leiten ihr Abwasser in den Abwasserverband Tösstal und Weisslingen betreibt noch eine eigene Kläranlage. Winterthur übernimmt das Abwasser aus dem Tösstal an der Stadtgrenze und pumpt es im Sennhof über den Seemer Buck. Also wir übernehmen hier das Abwasser aus dem Tösstal.

Da sieht Ihr die zukünftige Lösung. Die Gemeinsame Anstalt «Regionale Abwasserentsorgung Tösstal» ist für die Sammelleitungen ab den ehemaligen oder noch bestehenden Kläranlagen in Fischenthal, Sternenberg, Bläsimühle und Weisslingen zuständig. Die ARA Weisslingen und Bauma werden aufgehoben, Leitungen müssen vergrössert werden (das sind die grünen hier oben). Das Ende der gemeinsamen Leitungen ist in Töss, wo das Abwasser ins städtische Entwässerungsnetz eingeleitet wird. Was neu ist in dieser Vorlage, ist dieser Teil hier, der Teil, der als «Eschenbergstollen» bezeichnet ist. Der Eschenbergstollen ist das, was die Stadt Winterthur für die gemeinsame Lösung einbringen wird.

Damit dieses gemeinsame Ziel erreicht werden kann, wird das Projekt etappiert. Um Fehlinvestitionen zu verhindern, wird eine Trägerschaft benötigt, welche die Investitionssicherheit bis zum geplanten Endzustand des Entwässerungsprojektes sicherstellt.

Um diese Investitionssicherheit zu erreichen, haben sich die beteiligten Gemeinden deshalb für eine Gemeinsame Anstalt und gegen einen Zweckverband ausgesprochen. Es wäre äusserst schwierig, wenn eine einzelne der Gemeinden den Bau eines dieser Teilelemente dieses Entwässerungsprojektes mittels einer Urnenabstimmung verhindern könnte, nachdem bereits Investitionen durch die anderen getätigt wurden. Deshalb müssen die Stimmenden aller beteiligten Gemeinden beim Start dieses Projektes Ja sagen zum gesamten Entwässerungsprojekt und Ja sagen zur gemeinsamen Anstalt. Danach sind keine Volksabstimmungen mehr vorgesehen. Die Einflussnahme der Gemeinden ist aber über den Verwaltungsrat gewährleistet. Man hat sich auch entschieden, die Organisation möglichst klein zu halten und deshalb nur Gemeinden in die Gemeinsame Anstalt zu integrieren, die ihr Abwasser hauptsächlich nach Winterthur ableiten. Anschlussverträge mit anderen Gemeinden werden aber selbstverständlich auch in Zukunft möglich sein.

Die rechtliche Grundlage für die gemeinsame Anstalt bildet der Gründungsvertrag. Den Gründungsvertrag haben Sie alle in den Unterlagen gesehen. Im Gründungsvertrag sind die Kompetenzen klar geregelt. Urnenabstimmungen sind nach dem Entscheid zur Gründung der Gemeinsamen Anstalt nur noch für Änderungen des Gründungsvertrags nötig, wobei nur für Änderungen des Zwecks, der Mitgliedschaft, der Art der Finanzierung und für die Auflösung Einstimmigkeit verlangt wird.

Die Gemeinsame Anstalt ist ein eigenständiger Betrieb mit klaren Regeln und entsprechenden Finanzkompetenzen. Es gibt einen Verwaltungsrat und eine Geschäftsführung. Jede Gemeinde ist mit einem Regierungsmitglied im Verwaltungsrat vertreten. Die Geschäftsführung besteht aus 5 bis 7 Mitgliedern, wobei Winterthur sicher mit zwei Personen in dieser Geschäftsführung vertreten sein wird. Budget und Rechnung werden vom Verwaltungsrat genehmigt. Die Gemeinden nehmen diese budgetierten Beträge in ihre Budgets und ihre Rechnungen auf. Die Finanzierung der Aufwendungen dieser Anstalt erfolgt aufgrund des im Gründungsvertrag definieren Kostenteilers.

Auf der nächsten Folie sieht man die Finanzkompetenzen dieser Gremien. Die Geschäftsleitung hat im Prinzip ausserhalb des Budgets maximal eine Ausgabenkompetenz von 50'000 Franken oder wiederkehrend 10'000 Franken. Alles was darüber ist, wird im Verwaltungsrat entschieden.

Zum Schutz des Trinkwassers leistet die Stadt Winterthur gemäss dieser Vorlage einen Beitrag. Unser Beitrag wurde auf 30% der effektiven Kosten der Verbindungsleitung Sennhof – Töss (dem sogenannten Eschenbergstollen, den ich vorhin gezeigt habe) festgelegt. Ob es definitiv ein Eschenbergstollen sein wird oder eine andere Lösung, ist im Moment noch nicht abschliessend geklärt. Aber der Eschenbergstollen und der Betrag, über den wir jetzt diskutieren, wäre sicher die teuerste Lösung. Von daher wird es sicher nicht teurer. Die Stadt Winterthur müsste maximal 11 Mio. Franken an diesen Stollen zahlen. Bund und Kanton würden sich am Rest der Finanzierung beteiligen.

Wir haben aber auch Einnahmen. Die Gemeinden Weisslingen, Bauma und Fischenthal, welche noch nicht an die Kläranlage Hard angeschlossen sind, zahlen einen Einkaufsbeitrag von 420 Franken pro Einwohner resp. Einwohnerin.

Bei der Abwasserreinigung wird zudem der gereinigte Kubikmeter bei uns in der Kläranlage etwas günstiger, da mehr Abwasser angeliefert wird und die Gesamtkosten so auch auf mehr Gemeinden verteilt werden können.

Der Betrieb der Hauptsammelleitung durch Sennhof wird auch ein bisschen günstiger, weil die anderen Gemeinden einen Teil mitfinanzieren. Die Mehrkosten für die Erweiterung der Leitungen, die ich ebenfalls aufgezeigt habe, wird die Gemeinsame Anstalt tragen. Dort rechnet man mit ca. 2.2 Mio.

Diese Karte zeigt nochmals das gesamte Netzwerk, welches die künftige Anstalt gemeinsam betreiben wird. Die bestehenden Bauwerke wurden bewertet und dem einzuschiessenden Dotationskapitel angerechnet. In den Unterlagen haben Sie gesehen, dass das Dotationskapital festgelegt worden ist für die Gemeinden. Auf das komme ich nachher nochmals zurück. Wichtig da ist zu wissen, dass die Anlagen 5 Kostenstellen zugewiesen werden. Fischenthal 1, Bauma 2, Tösstal 3, Weisslingen 4 und Sennhof ist 5. Und die Kostenstelle 5 ist die einzige Kostenstelle, die die Stadt Winterthur effektiv betrifft. Jede Gemeinde zahlt nur für Anlagen, die sie auch effektiv nutzt. Am künftigen Betrieb der Anstalt ist Winterthur aufgrund der Abwassermengen in der Kostenstelle 5 mit nur rund 10% am gesamten Projekt überhaupt beteiligt.

An der Gemeinderatssitzung vom 3. Dezember 2018 war diese Vorlage ja auf der Traktandenliste und wurde wieder heruntergenommen. Was war passiert? Der Abwasserverband Tösstal, der ja schon besteht, hat festgestellt, dass die Auflösung, so wie sie geplant war, vom bestehenden Verband nicht so einfach stattfinden kann, wie sie gemeint haben. In den Statuten, die sie haben, ist klar geregelt, wie diese Auflösung stattzufinden hat. Und dort war geregelt, dass der Abwasserverband eine Liquidation nach historischen Investitionskostenanteilen und einbezahlten Vorfinanzierung vornehmen muss. Das war in den Unterlagen, die wir hatten, so nicht vorgesehen. Und deshalb musste man nochmals über die Bücher gehen.

Die Konsequenz daraus war, dass die Gemeinde Wila rund 1,123 Mio. zahlen müsste. Wila erhält aber aus der Liquidation (sprich der Auflösung) des anderen Verbandes nur 380'000 Franken. Sie sehen, der Aufwand für Wila, für diese kleine Gemeinde, wäre enorm gross gewesen. Und deshalb hat man nach Lösungen gesucht. Man hat mehrere Varianten von Lösungen gehabt, aber man einigte sich am Schluss auf diese Lösung: Für Wila, als kleinste Gemeinde, die an diesem Projekt beteiligt ist, wird das Dotationskapital von 1,5 auf 1,1 Millionen Franken gesenkt.

Das widerspricht zwar dem Grundsatz, dass eigentlich alle Gemeinden gleichbehandelt werden sollten. Aber weil die Gemeinde Wila wie gesagt so klein ist, waren eigentlich alle der Meinung, dass das vertretbar ist. Als zweite Massnahme hat man dann für die Investitionsprojekte im Tösstal nach der effektiven Bauabrechnung die Restbewertung genommen, was aber für die Stadt Winterthur keine Auswirkungen hat. Das hatte Auswirkungen auf zwei andere Gemeinden, deren Investitionen jetzt dann anders bewertet sind. Auf das komme ich dann auch nachher noch zurück.

Der Stadtrat hatte dannzumal, als das von der Traktandenliste genommen wurde, die Weisung an den Grossen Gemeinderat bereits verabschiedet. Die Änderungen sind aber derart klein, dass der Stadtrat der Meinung war, dass er die Weisung nicht nochmals zurückzieht und überarbeitet, sondern dass diese Änderungen hier drinnen aufgezeigt werden und auch im Protokoll der Sitzung klar festgehalten werden.

Was hat sich geändert?

Geändert hat sich, dass eben die Gemeinde Wila mit einem Dotationskapital von 1,1 Mio. Franken und alle übrigen Gemeinden mit 1,5 Mio. an diesem Projekt partizipieren.

Im unteren Abschnitt, wo geschrieben ist, dass alle 1,5 Mio. einlegen, hat man das selbstverständlich auch korrigieren müssen.

Und dann hat eben die Restwertbewertung dieser Bauwerke im Tösstal geändert. Und diese wurde Stand 31.12.2018 nochmals neu bewertet. Dementsprechend musste man diese Weisung ändern.

Was man auch noch ändern musste, ist selbstverständlich die Volksabstimmung. Diese ist in der Weisung mit einem Termin im Februar drin gewesen, die neue Volksabstimmung ist im Moment geplant auf den 19. Mai. Und dann sollte sie voraussichtlich auch stattfinden können. Geändert im Gründungsvertrag ist das, was hier gelb markiert ist.

Es gibt einen Verweis auf den Anhang 2, das ist eben der mit dem Dotationskapital. Und da sehen Sie das Dotationskapital der anderen Gemeinden, das sich geändert hat.

Für Winterthur hat sich nur das Gesamtdotationskapital, das diese Anstalt hat, geändert, indem eben 400'000 Franken weniger von Wila eingebracht werden.

Zusammenfassend kann man sagen: Mit dieser Vorlage kann der Grund- und Trinkwasserschutz im oberen Tösstal für eine weitere Generation garantiert werden. Die Abwasserentsorgung wird für alle Beteiligten tendenziell günstiger. Die künftige Abwasserentsorgung und Abwasserreinigung in Winterthur ist zuverlässig und effizient. Die Gemeinsame Anstalt ist eine geeignete Organisationsform für die Zusammenarbeit betreffend Abwasserentsorgung. Dieser Meinung ist auch das Amt für Gemeinden des Kantons Zürich, welche diese Organisationsform und auch den Gründungsvertrag genehmigt hat.

Die weiteren Schritte: In der Volksabstimmung müssen alle Gemeinden, die an dieser Gemeinsamen Anstalt beteiligt sind, Ja sagen zu diesem Projekt. Und wenn alle Ja sagen (wie gesagt, geplant am 19. Mai), wird die Gemeinsame Anstalt gegründet und von diesem Zeitpunkt an ist diese Anstalt zuständig für die Abwasserentsorgung in diesem Bereich.

Ratspräsidentin A. Steiner: Besten Dank für die detaillierte Vorstellung dieses Geschäftes. Romana Heuberger hat es gesagt: Es gab Änderungen in dieser Weisung. Der Satz vom Antrag hat sich zwar nicht verändert, aber der Bezug – nämlich der Gründungsvertrag und das Finanzierungsmodell. Und wir stimmen heute über den geänderten Gründungsvertrag und das geänderte Finanzierungsmodell ab.

Das Wort hat Michael Bänninger.

M. Bänniger (EVP): Die EVP sagt Ja zum Gründungsvertrag und zum Finanzierungsmodell "Regionale Abwasserentsorgung Tösstal". Es macht Sinn, die Abwasserentsorgung zu bündeln und an einem Ort zusammenfliessen zu lassen. Nämlich in der Hard. Wir haben dort eine moderne Abwasserreinigungsanlage, die ihre Kapazitätsgrenze noch nicht erreicht hat. Mit dieser gezielten Zuführung in die Hard sichern wir zusätzlich die Qualität vom Grundwasserstrom der Töss, die (wie wir gehört haben) sehr wichtig ist für unser Trinkwasser in Winterthur.

Wir leben in einer Zeit, in der wir gelernt haben, dass es Sinn macht, zusammen zu arbeiten. Wir haben zwar das «Gärtchendenken» noch nicht ganz überwunden, aber mit solchen Lösungen arbeiten wir doch in die richtige Richtung.

Wir sagen Ja zur "Gemeinsamen Anstalt".

H.R. Hofer (SVP): Zuerst möchte ich Romana herzlich für die gute, ausführliche Präsentation danken.

Nach einer anfänglich eher skeptischen Haltung wird die SVP-Fraktion dem Geschäft zustimmen.

Zu unseren Bedenken, die wir hatten: Wir sind nicht sicher, ob bei der Anschlussgebühr von 420 Franken pro Einwohner und Einwohnerin wirklich optimal für Winterthur verhandelt wurde. Meine Anschlussgebühr, die ich Winterthur entrichten musste, als mein Haus an die Kanalisation angeschlossen wurde, war um ein Vielfaches höher.

Bei den 11 Millionen für den Eschenbergstollen erwarten wir vom Stadtrat, dass er die Variante Freispiegelleitung durch das Linsental priorisiert. Diese Variante wäre sicher wesentlich günstiger und mit doppelwandigen Rohren technisch machbar, und auch für den Grundwasserstrom unbedenklich. So verlaufen doch die bestehenden Leitungen im Tösstal bis nach Sennhof jetzt auch auf dem Grundwasserstrom der Töss.

Wir anerkennen, dass eine ARA in der Grösse von Winterthur bestimmt kostengünstiger und wesentlich wirtschaftlicher betrieben werden kann als mehrere kleine, doch hoffen wir, dass durch die bessere Auslastung unserer Anlage die Gebühren für Winterthurer und Winterthurerinnen eher sinken werden beziehungsweise nach dem Ausbau auf die fünfte Reinigungsstufe nicht zu stark ansteigen werden.

Eindrücklich war für mich das Foto, bei dem ersichtlich war, wie gereinigtes Abwasser in das ausgetrocknete Flussbett der Töss eingeleitet wurde und innerhalb weniger Metern versiegte. Damit die Bevölkerung von Winterthur langfristig von qualitativ hervorragendem Trinkwasser profitieren kann, scheint uns ein Ja zur Abwasserentsorgung Tösstal unumgänglich und richtig.

F. Landolt (SP): 7 Gemeinden, wir haben es gehört und das wurde auch so ausgeführt, 7 Gemeinden vom Tösstal finden sich zusammen für eine Neukonzeption für die Siedlungsentwässerung. Es sind die Gemeinden Fischenthal, Bauma, Wila, Turbenthal, Zell, Weisslingen und Winterthur. Und natürlich war der Kanton mit dem AWEL ebenfalls involviert.

Wir möchten jetzt gar nicht inhaltlich etwas sagen, sondern eher etwas zum Prozess sagen. 7 Gemeinden schliessen sich zusammen in einem Vertrag, um die Trinkwasserversorgung zu sichern und das Grundwasser im oberen Tösstal zu schützen. Vielleicht waren es ja anstehende Unterhaltsarbeiten oder Ersatzinvestitionen, die als Anlass dazu führten, dass man diese Arbeit begonnen hat. Vielleicht war es ein Input des Kantons. Welches der Auslöser war für dieses zukunftssträchtige Unterfangen, das wissen wir nicht ganz genau. Aber sicher war es eine grosse Aufgabe. Und mit einer intensiven Koordination, mit vielen Abklärungen, Schätzungen, Suchen von Dokumenten, Berechnungen und Modellen. Die erste Version datiert vom 20.06.2016 und es folgen 5 weitere Versionen bis zur 6. Version vom 15.07.2018, über die wir heute befinden.

Wir gratulieren allen involvierten Personen und Stellen und auch dem privaten Planungsführer, der den ganzen Prozess begleitet hat, für diese Ausdauer und die kognitive, lösungsorientierte Grundeinstellung, die man immer gespürt hat.

Wir stimmen dem Antrag ganz klar zu.

Ich möchte noch zwei Aspekte erwähnen: Das erste ist der Zusammenschluss. Das ist einfach ein Zeichen der Zusammengehörigkeit von Winterthur mit dem Tösstal. Ein mächtiger Grundwasserstrom verbindet das Tösstal und die Tösstaler Gemeinden mit Winterthur. Und zweitens ist dieser Zusammenschluss auch ein Zeichen der Zeit, weil man so (wie die Abfallverwertung kantonale geregelt und organisiert ist) auch die Siedlungsentwässerung zusammenschliesst und die Ressourcen effizienter nutzt. Doppelspurigkeiten werden vermieden und es wird wahrscheinlich (das haben wir gehört) günstiger werden.

Wir stimmen ganz klar zu.

M. Nater (GLP): Dieses Projekt «Regionale Abwasserentsorgung Tösstal» wird von der GLP vor allem aus Sicht Ökologie und der regionalen Zusammenarbeit positiv beurteilt. Es ist sicher begrüssenswert, wenn das Abwasser aus dem Trichter Tösstal-Winterthur nicht dezentral gereinigt wird, sondern am Ende des Trichters in der Abwasserreinigungsanlage Winterthur. Die ARA selbst ist auch auf diese Menge an Abwasser ausgerichtet.

Zusätzlich wird die ARA bald eine neue zusätzliche Reinigungsstufe haben für die Mikroverunreinigungen. Und auch dort ist es gut, wenn dieser Millionenbetrag entsprechend nur in einer Anlage investiert werden muss.

Eine negative Beurteilung haben wir trotzdem noch, weil aus Sicht vom zukünftigen Mitspracherecht bei dieser Anstalt wird Winterthur nicht mehr so viel zu sagen haben. Es steht bald eine Variante an – und wie wir von der SVP schon gehört haben, haben sie eine andere Variante im Vordergrund als wir. Wir unterstützen den Eschenbergtunnel, weil dieser einerseits ökologisch, aber auch für die Bevölkerung eher positiv ist, und wir denken, dass das die Variante ist, die man unterstützen sollte. Wir Winterthurer werden auf den Entscheid aber nur bedingt beeinflussen können, da die Mehrheit in dieser Anstalt die Tösstaler Gemeinden haben werden.

Auf der anderen Seite ist das Verhandlungsergebnis, wie es schon die SVP gesagt hat, nicht überragend. Wir beteiligen uns mit maximal 11 Mio. an der Durchführung des Tösstaler Abwassers durch Winterthur und haben anschliessend eine Mehrmenge, die uns einen gewissen Gewinn erbringt. Aber gleichzeitig müssen die Tösstaler Gemeinden keine eigene Anlage mehr umsetzen und Instand halten. Von daher denken wir, diese 11 Mio. sind ein hoher Betrag, den wir daran zahlen müssen.

Der Entscheid der GLP geht in die Richtung, dass es eine Abwägung ist von der Ökologie, vom Gesamtverband (den wir auch sehr positiv beurteilen) und deshalb haben wir das höher bewertet als das aus unserer Sicht eher schlechte Verhandlungsergebnis des Stadtrates bezüglich Kosten und Einflussmöglichkeiten.

Wir von der GLP stimmen dem Antrag des Stadtrates zu.

Z. Dähler (CVP/EDU): Ich bin dankbar dafür, dass unsere Vorfahren so weitsichtig waren, und im Tösstal grössere Ländereien gekauft hat, damit wir eine sichere Wasserversorgung haben. Und ich bin dankbar, dass die Töss ein so ausgezeichnetes Trinkwasser liefert und zuverlässig, so dass wir auch bei Trockenheit genügend Wasser haben und auch unsere Nachbargemeinden unterstützen können.

Aus meiner Sicht ist der Zusammenschluss mit dem oberen Tösstal für alle an der Töss ein Gewinn. Wie wir schon gehört haben, führt die neue Leitung durch das ganze obere Tösstal und durch unser Grundwasser, das wir beziehen. Entsprechend muss diese Leitung sicher sein. So sicher, dass unser Trinkwasser nie in Gefahr kommt. Aus diesem Grund sagen wir von der CVP/EDU-Fraktion auch, dass diese Leitung auch durchaus durch das Linsental führen darf. Sie muss nicht durch den Eschenberg durchgehen, denn die Sicherheit, die wir brauchen bei dieser Leitung, muss sowohl oberhalb von Sennhof wie auch unterhalb von Sennhof gewährleistet sein.

Ich bitte den Stadtrat dafür zu sorgen, dass diese alternative Linienführung ernsthaft geprüft wird. Wir von der CVP/EDU-Fraktion unterstützen das.

R. Diener (Grüne/AL): Ich danke auch für die Vorstellung des Geschäftes, Romana. Wir von der Grünen/AL-Fraktion sind auch der Meinung, dass das ein sinnvoller Schritt ist zur Optimierung für eine gemeinsame Lösung, die wir für eine komplexe und anspruchsvolle Aufgabe wahrnehmen müssen, nämlich einerseits die Entsorgung sicherstellen, aber auf der anderen Seite sicherstellen (und das ist ein ganz wichtiger Punkt), dass die Natur nicht beeinträchtigt wird. Das macht man, indem man die Einträge in die Fliessgewässer nicht erhöht, sondern eher senkt, damit die Biodiversität in unseren Lebens- und Fliessgewässern geschützt werden kann. Diese Verantwortung haben wir als Gemeinden gemeinsam, im Tösstal und inklusive Winterthur. Da müssen wir unseren Teil auch dazu beitragen. Wir sind zur Überzeugung gekommen, dass diese Kalkulationen, wie sie durchgeführt wurden, fair und korrekt sind und alle Gemeinden richtig in die Verantwortung einbinden.

Man kann nicht einfach meinen, es ginge jetzt wieder noch billiger und noch günstiger. Es ist wie immer ein Abwägen zwischen dem, was man investieren muss für eine sinnvolle Zukunftslösung, die wir da mit dem erhalten, oder eben auf der anderen Seite einfach irgendeine Mini-Lösung, die dann am Schluss trotzdem wieder nicht befriedigt. Wir sind der Meinung, es ist sinnvoll, jetzt diese Gemeinsame Anstalt aufzubauen und eine gewisse Verantwortung an diese Gemeinsame Anstalt abzutreten, weil sie ganz klar definiert hat in ihren Satzungen, was sie machen muss und auf was sie achten muss. Und wir haben über den Verwaltungsrat immer noch gut Einfluss.

Die ARA Winterthur ist die einzige, die in der Lage ist, die zusätzlichen Auflagen sinnvollerweise auch umzusetzen. Dort können wir diese Auflagen auch durchaus kosteneffizient umsetzen. Und deshalb ist es eben wichtig, dass diese Abwässer dorthin eingeleitet werden. Wir stehen deshalb als Grüne/AL ganz hinter dieser Vorlage und werden sie befürworten.

R. Heuberger (FDP): Die FDP-Fraktion erachtet es als sinnvoll, dass der Grundwasserschutz der Gemeinden vom Tösstal mit der Stadt Winterthur zusammenarbeitet. Aufgrund der Etaplierung dieses Projektes ist es auch sinnvoll, dass man eine Lösung findet für die Organisation, die eine Investitionssicherheit gibt und auch die Sicherheit gibt, dass niemand dieser Beteiligten irgendwo Dinge finanzieren muss, die am Schluss obsolet sind, weil eine Gesamtlösung nicht kommt.

Wenn man einmal das gemeinsame Ziel und den Weg dorthin definiert hat, dann macht es deshalb klar Sinn, diese Aufgaben auszulagern in eine Gemeinsame Anstalt. Damit kann man dann eben auch die Investitionssicherheit garantieren.

Winterthur trägt mit dem Eschenbergstollen oder vielleicht auch mit einer anderen Lösung bei. Und da vielleicht noch eine Bemerkung an die GLP: Ich glaube nicht, dass das ein ökologischer Entscheid ist, es ist einfach ein politischer Entscheid. Und es wird ein sachlicher Entscheid sein. Und vielleicht, wenn Du sagst, dass es schade ist, dass die Stadt Winterthur nicht mehr so viel mitreden kann: Da muss ich Dir sagen, die anderen Gemeinden sind mindestens so daran interessiert, dass man eine gute und auch finanzierbare Lösung für den Eschenbergstollen findet. Heute sagen wir Ja zu 11 Millionen – und das ist der Maximalpreis, den wir bezahlen müssen. Am gesamten Projekt ist die Stadt Winterthur aber in der Gemeinsamen Anstalt «nur» mit 10 Prozent beteiligt. Was also immer der Verwaltungsrat dieser künftigen Anstalt entscheiden wird, dazu zahlen wir 10% und die kleinen Gemeinden müssen viel mehr finanzieren als die grosse Stadt Winterthur. Und deshalb glaube ich, müssen wir keine Angst haben vor einer solchen Gemeinsamen Anstalt, sondern es ist eine gute, effiziente Lösung, um eine solche Aufgabe der Abwasserentsorgung bzw. Abwasserreinigung miteinander zu lösen.

Im Gegenzug ist es für die Kläranlage so, dass sie wirklich effizient genutzt wird. Und es ist auch ein grosser Vorteil für die Stadt Winterthur, weil auch künftige Investitionen dann mitgetragen werden von diesen Gemeinden, durch den Schlüssel, durch den Preis, den sie danach zahlen für die Gebühren für das Abwasser.

Zusammengefasst: Es ist rundum eine gute Lösung, die FDP wird Ja sagen dazu.

Stadträtin Ch. Meier: Ich möchte mich als erstes ganz herzlich bei Romana Heuberger bedanken für die Vorstellung dieses Geschäftes. Und ich möchte mich bei der BBK bedanken für die konstruktive Bearbeitung dieses doch komplexen Geschäftes.

Es ist so, dass 97% des Trinkwassers für Winterthur aus dem Grundwasserstrom der Töss kommen. Unter der oberen Töss verläuft nämlich ein mächtiger Grundwasserstrom. Auf dem Weg in diesen Untergrund bilden Gesteinsschichten einen natürlichen Filter für das Wasser. So entsteht Trinkwasser von bester Qualität, das wir dann bei uns direkt aus den Wasserleitungen konsumieren können.

Heute fliesst das gereinigte Abwasser aus zwei Tösstaler Kläranlagen (in Bauma und in Weisslingen) in die Töss. Wir wissen aber, dass der Wasserstand der Töss zum Teil sehr gering ist. Wenn wir an den letzten Sommer denken, dort war das Flussbett zeitweise komplett trocken. Das birgt die Gefahr, dass das Wasser, das Grundwasser, nicht mehr genügend verdünnt wird. So können Schadstoffe aus dem gereinigten Abwasser der Kläranlagen Bauma und Weisslingen in das Grundwasser geraten. Und genau das wollen wir eben in Zukunft verhindern, indem diese Kläranlagen stillgelegt werden.

Das können wir machen mit dem vorliegenden Generationenprojekt der abwasserfreien Töss. Mit der Gemeinsamen Anstalt haben wir eine Form gefunden, bei der alle Gemeinden mitreden können, wie wir gehört haben. Die Mitbestimmung von Winterthur ist über einen Sitz im Verwaltungsrat und über zwei Sitze in der Geschäftsleitung gewährleistet.

Wir haben in Winterthur die zweitgrösste Kläranlage des Kanton Zürich. Eine Kläranlage, die im Moment nicht ausgelastet ist. Das ist ökonomisch nicht sinnvoll. Jetzt aber ist es die Chance, dass wir dieses Projekt zum Laufen bringen können, es ist nämlich die Voraussetzung, dass wir das überhaupt können. Es ist für die Winterthurer Kläranlage kein Problem, zukünftig mehr Abwasser aus dem Tösstal zu reinigen. Und es ist selbstverständlich, dass wir das nicht gratis machen werden.

Über das finanzielle Konstrukt möchte ich da nicht ins Detail gehen, das hat Romana Heuberger uns sehr detailliert geschildert.

Gerne möchte ich noch kurz etwas zur Alternative zum Eschenbergstollen sagen. Selbstverständlich ist es in unserem Interesse, dass wir die Alternative der Freispiegelleitung durch das Linsental prüfen. Es ist selbstverständlich so, dass auch alle anderen Gemeinden interessiert sind an der günstigsten Lösung. Es ist einfach so, dass am Schluss auch das AWEL noch mitreden wird, wenn es darum geht, ob diese Lösung dann auch wirklich genehmigungsfähig ist. Aber von unserer Seite her ist ganz klar die Intention da, dass wir eine günstige Lösung suchen.

Ich freue mich sehr, dass wir mit der Umsetzung von diesem zeitgemässen und lösungsorientierten Projekt für den Gewässerschutz im Tösstal und der Qualität unseres Trinkwassers eine langfristige Lösung finden können. Ich danke Ihnen für diese positive Aufnahme und die Zustimmung.

Ratspräsidentin A. Steiner: Das Geschäft wird auch dem Volk vorgelegt, entsprechend zählen wir jetzt bei der Abstimmung aus.

Wer der Gemeinsamen Anstalt «Regionale Abwasserentsorgung Tösstal» und dem Gründungsvertrag und dem Finanzierungsmodell, die jetzt geändert vorliegen, zustimmen möchte, soll das bitte bezeugen durch Handerheben.

Wer dagegen ist, soll das bezeugen mit Handerheben.

Enthaltungen?

Damit sind es 52 Ja-Stimmen, keine Nein-Stimmen und 1 Enthaltung.

Besten Dank.

4. Traktandum

GGR-Nr. 18.97: Projekt «Balance»: Schlussbericht vom 26. Sept. 2018

Ratspräsidentin A. Steiner: Wir kommen zum nächsten Geschäft. Da geht es um eine Kenntnisnahme, und zwar um den Schlussbericht «Balance». Roland Kappeler hat das Wort.

R. Kappeler (AK): Schon wieder ich...

Der Schlussbericht vom Projekt «Balance». Sie haben den Bericht selber erhalten. Erschrecken Sie nicht wegen den 9 Punkten – es ist die Präsentation, die ich übernommen habe vom Finanzdepartement, die uns in der AK präsentiert wurde. Ich möchte Euch diese Folien auch zeigen. Ich habe die eine oder andere ein bisschen ergänzend korrigiert, es gibt aber nicht zu jeder Folie wahnsinnig viel zu sagen.

Im Bericht werde ich mich v.a. auf den Punkt 4 (Resultate der Statuserhebung) konzentrieren. Zwei Bemerkungen zur Ausgangslage: Das Projekt «Balance» hat eigentlich unmittelbar an das Sparprojekt «Effort14» angeschlossen. Der Stadtrat hat den Beschluss, das Projekt zu starten, mit dem Projektauftrag im Juli 2014 gegeben. Das Projekt mit all seinen Massnahmen wurde dann insgesamt als Stadtratsbeschluss im Februar 2015 verabschiedet. Das Ziel war, gut 43 Mio. wiederkehrend jährlich einzusparen. Die Ausgangslage war ein strukturelles Defizit in unserer Rechnung. Sie sehen das in der Weisung mit den ersten drei Darstellungen. Es sind insbesondere soziale Wohlfahrt und Bildung, die die Kostentreiber waren, wo wir auch wenig selbst beeinflussen konnten, die die Finanzlage der Stadt aus dem Gleichgewicht brachten. Deswegen das sehr ambitionierte Programm, rund 43 Mio. wiederkehrend zu sparen. Nicht alles von Anfang an: Sie sehen da auf der Zeitachse, wie das hätte weiterwachsen sollen.

Wenn man das heute anschaut: Die Seitenzahl (Seite 9) bezieht sich auf den Schlussbericht. Dort ist das Kuchendiagramm mit der Anzahl Massnahmen auch zu finden. Von 151 Massnahmen wurden rund 2/3 abschliessend umgesetzt (Stand Ende 2017), plus das, was im Budget 2018 und Budget 2019 vorgesehen ist, was wir unterdessen alles verabschiedet haben. Also kann man eigentlich die drei olivgrünen Schnitze zusammenzählen, das sind ungefähr 2/3. Nur 10% wurden entweder noch nicht umgesetzt (weil es Schwierigkeiten gibt) oder werden gar nicht umgesetzt.

Aber selbstverständlich ist die Anzahl Massnahmen nicht die entscheidende Grösse, sondern es geht um die Summen. Und da sieht man (ich beschränke mich auf den Strich hinten, 2019): Die Umsetzung Stand jetzt mit dem Budget 2019, wie viele der 43 Mio. jährlich sind eingespart worden? Und da sieht man: Ca. 2/3 konnten tatsächlich eingespart werden, das sind rund 28 Mio., die unsere Rechnung regelmässig entlastet haben. Es gibt knapp 1/3 Massnahmen, die definitiv abgelehnt wurden, ich komme nachher darauf zurück, von wem und warum. Und es gibt einen relativ dünnen roten Schnitz dazwischen (ungefähr 1.5 Mio.) von diesen, die noch kritisch sind, wo man nicht sicher ist, ob man sie umsetzen kann.

Wenn man das für die einzelnen Departemente anschaut: Im Schlussbericht ist das dann sehr detailliert aufgeführt auf der Seite 13 bis 16. Ich verzichte darauf, die einzelnen grossen Projekte departementsweise zu nennen. Die Farben sind auch nicht so klar, es ist alles ein bisschen schwarz... Aber anschauen muss man v.a. die oberen, das sind die wirklich schwarzen, das sind die, die nicht umgesetzt werden konnten.

Die Zuteilung ist, wenn man das Finanzdepartement anschaut, ein bisschen zufällig, weil halt dort im Budget die grosse Produktgruppe «Städtische Allgemeynkosten und -erlöse» drin ist, die einfach im Finanzdepartement ist, die aber eben stadtübergreifend ist. Und da ist auch der grösste Brocken, der nicht erfüllt wurde, das ist nämlich eine geplante Einsparung bei der Umsetzung Personalrecht (neues Personalstatut). Da hat der Stadtrat viel zu optimistischer (aus Stadtratssicht, nicht aus SP-Sicht) budgetiert. Er wollte mehr Einsparungen machen, das ist nicht überall gelungen. Auch bei den grünen muss man sagen, es alles rein intern im Finanzdepartement passiert, sondern es hatte auch da übergreifende Dinge. Ich verzichte aber darauf, diese im Detail zu nennen.

Einen grossen schwarzen Brocken haben wir beim DSO, das ist der Abbau der Gemeindezuschüsse. Das wurde in einer Volksabstimmung abgelehnt.

Und wir haben zwei grosse Brocken bei den Technischen Betrieben: Wir haben einerseits die Abgabe auf das Stromnetz für die öffentliche Beleuchtung, die wir vom allgemeinen Stadthaushalt in den gebührenfinanzierten Bereich schieben wollten. Das ist für ein Jahr gelungen, aber wir mussten es dann zurücknehmen. Deshalb wurde es als Sparprojekt nicht realisiert worden. Und die Ausgliederung Stadtwerk wurde auch nicht umgesetzt, davon hatte man sich auch einen relativ grossen Betrag an Einsparungen erhofft.

Wenn man das anders anschaut (ich verzichte darauf, den Zwischenstand Dezember zu kommentieren, sondern beschränke mich auch auf den Stand Ende oder Mitte 2018): Von dem Ziel von 43.6 Mio. sind rund 2/3 grün (erfüllt), ca. 13 Mio., das sind die grossen 4-5 Brocken, die ich vorhin genannt habe, und ca. 1.7 Mio., die kritisch sind (das ist die Überführung der Sonderschulung an eine eigenständige Trägerschaft).

Wenn wir ganz schnell durchklicken (ohne detailliert anzuschauen), wo es Einzelmassnahmen gab in der Grössenordnung mind. 100'000 Fr. mehr eingespart als geplant, dann sieht man da die 4 Massnahmen. Ich nenne sie nicht, Sie können sie selbst lesen. Es gab Massnahmen, bei denen man weniger (mind. 100'000 Fr. weniger) als geplant eingespart hat, das sind 7 Massnahmen (Stadtentwicklung, Alte Kaserne, Rechtspflege, IT Portfolio Management, Telefon, Sozialhilfe, Alterszentren), je zwischen 150'000 – 350'000 Fr. weniger eingespart als geplant.

Interessanter wahrscheinlich jetzt die kritischen Posten, das war der rote Schnitz vorhin. Das sind eben 1.5 Mio. Überführung Sonderschulung in eine eigene Trägerschaft, bei der man nicht sagen kann, ob das erstens überhaupt rechtlich so realisierbar ist, dass das verselbstständigt wird, und ob dann das dieses Sparpotential wirklich bringt. Es hat knapp 200'000 Fr. weniger als erhofft bei der Auslagerung Theater drin. Und das sind 1.7 Mio.

Und dann eben nochmals die schwarzen Blöcke, die abgelehnten: Personalrecht 4.8 Mio. Wenn hinten steht «abgelehnt vom GGR» ist das vielleicht ein bisschen eine einseitige Schuldzuweisung, wenn man so will – dieses Geschäft ist in Diskussion zwischen Parlament und Stadtrat modifiziert worden. Der Stadtrat war immer wieder auch einverstanden mit gewissen Beschlüssen von uns, bei denen man sagte «Ja gut, dann sparen wir etwas weniger». Da war man zu optimistisch, ganz klar, bei der Planung.

Abgabe Stromnetz, das habe ich gesagt, das ist gescheitert. Teilaufhebung Gemeindezuschüsse ist gescheitert an der Volksabstimmung. Optimierung der Einsatzplanung Polizei, da wollten wir nicht so viel sparen. Dann WC-Anlagen, da fehlte die Rechtsgrundlage (da gibt es dafür ja jetzt die neue Idee der netten Toilette). Und dann haben wir noch zwei kleine Restposten. D.h. ca. 14 Mio., die definitiv nicht realisiert werden konnten.

Es bleiben aber wie gesagt 28 Mio. regelmässig.

Es hat natürlich auch einen Einfluss auf die Stellensituation. Wir haben knapp 70 Stellen definitiv abgebaut, wir haben 10 Stellen ausgelagert. Wir haben 21 Lehrstellen abgebaut (das schmerzt uns von SP-Seite besonders, das kann ich nachher noch sagen). Und total sind es 112 Stellen weniger.

Das Fazit aus Stadtratssicht: Finanziell sicher ein erfolgreiches Programm, 28 Mio. wiederkehrend eingespart. Innerhalb der Verwaltung, das muss man anerkennen: Was dort entschieden werden konnte, wurde wirklich fast zu 100% auch gespart. Die Verluste sind dort, wo wir oder das Volk entschieden haben. Das ist auch gut so, da ist ein politischer Wille dahinter. Wir haben unsere Verantwortung wahrgenommen und das Volk hat gesagt, was es will und was es nicht will.

Negative Punkte: Es war ein Stresstest und ist es immer noch für die Verwaltung. Das sieht man auch in den Mitarbeiterbefragungen, bis heute noch. Die Belastung der Angestellten hat deutlich zugenommen. Diese ganze Diskussion haben wir auch in der Budgetdebatte schon geführt, rund um Vakanz von Stellen, wie lange man diese vakant lassen darf – da ist sicher ein deutlich erhöhter Druck auf das Personal entstanden.

Der Schlussbericht wurde in der AK einstimmig zur Kenntnis genommen. Er wird aber hier trotzdem kurz diskutiert.

R. Kappeler (SP): Ich schliesse gleich die SP-Meinung an. Die SP nimmt diesen Bericht kritisch-wohlwollend zur Kenntnis. Wir danken der Finanzvorsteherin ganz herzlich für die seriöse, gute Arbeit und für das sehr professionelle Projektmanagement. Selbstverständlich geht der Dank an den ganzen Stadtrat, aber es ist doch unter Federführung der Finanzvorsteherin passiert. Das sehen wir sehr wohlwollend.

Ein bisschen kritischer sind wir, auch wenn wir die Bilanz anschauen, vielleicht nochmals das Fazit, gegenüber dem des Stadtrates: Finanziell war es sicher ein erfolgreiches Programm. Aber dort, wo die Verwaltung gespart hat, die Bevölkerung betroffen ist – ist die Akzeptanz bei der Bevölkerung auch wirklich da? Dort wo das Volk mitreden konnte, hat es auch einmal klar Nein gesagt. Bei anderen Dingen, auch bei kleineren (es müssen nicht unbedingt Wülfin-ger Bänkli sein oder so, es können auch Einsparungen beim Strassenunterhalt usw. ein), haben wir das Volk nicht befragt. Und wenn man sich dort umhört, ist die Akzeptanz nicht überall so gross. Es ist aber aus unserer Sicht auch gut und wichtig, dass wir als Gemeinderat und auch das Volk in Referenden wirklich Stellung genommen haben und damit auch einen Rahmen gesetzt haben, was wir nicht wollen.

Wir haben das Gefühl als SP, es wurde hier viel gespart. Wir haben das knurrend und murrend mitgetragen. Aber wir sind klar der Meinung, das reicht jetzt auch. Es hat wirklich nicht mehr viel oder gar kein Fleisch mehr am Knochen, das man wiederkehrend einsparen könnte. Mit 28 Mio. regelmässig pro Jahr haben wir unsere internen Hausaufgaben als Stadt Winterthur ganz klar gemacht, aus unserer Sicht sogar mehr als gemacht. Wenn wir in Zukunft im IAFP vielleicht auch wieder strukturelle Defizite in Kauf nehmen müssen, dann ist das ganz klar nicht mehr auf unserem Mist gewachsen, sondern das sind Sachen, die uns von aussen einfach vorgegeben werden (Stichwort: Soziallastenausgleich; Stichwort: Steuervorlage 17, was dort allenfalls einfach auf die Gemeinden abgeschoben oder den Gemeinden zugemutet wird). Da sind wir nicht bereit, das nachher mit weiteren Sparprogrammen auszubaden.

Aber zum Programm «Balance» Danke an den Stadtrat, Danke an die Finanzvorsteherin.

U. Glättli (GLP): Für eine nachhaltige Sanierung der städtischen Finanzen ist eine Strategie erarbeitet worden. Damit verbunden wurde das Entlastungsprogramm «Balance» gestartet. Ziel von «Balance» war es, die erkennbaren strukturellen Defizite von jährlich wiederkehrend 40 Mio. Franken zu kompensieren. Fokussiert war das Projekt auf einen überschüssenden Aufgaben- und Leistungsverzicht, der dann politischen Kürzungsspielraum bieten sollte. Methodisch tönt das alles gut und recht. Es war sicher auch eine gute Erfahrung, möglicherweise auch für die Zukunft. Der IAFP sieht ja wiederum systemisch rote Defizite vor (oder leider vor).

Daher merken wir uns doch einige weiterhin prüfenswerte Ideen und Bausteine von «Balance», die jetzt leider nicht realisiert wurden, beispielsweise für kommende Budgetanträge. Am Beispiel Theater können wir uns selber reflektieren: Mit der Verselbständigung wurde eine «Balance»-Massnahme von 180'000 Fr. wiederkehrend verbunden, die mit der vom Gemeinderat verabschiedeten Vorlage nicht realisiert wurde, obwohl das hätte eingefordert werden können.

Ein weiteres Beispiel: Personalstatut. Dort wurde die Massnahme Saldoreduktion in der Höhe von knapp 5 Mio. Franken nicht realisiert. Aus der soeben erst verabschiedeten Revision des Personalstatuts ergeben sich keine Einsparungen. Auch das merken wir uns, beispielsweise für kommende Budgetrunden unter dem Titel «Lohnmassnahmen», wo es dann eben Gründe gibt, nicht noch mehr freiwillig auszugeben. Diesen nicht realisierten, jährlich wiederkehrenden Betrag von rund 5 Mio. Franken merken wir uns aber auch für die Beratung und das Schicksal der Pensionskassenvorlage.

Leider musste auch die nicht mehr zeitgemässe «Wintermantelzulage» beibehalten werden (jährlich 2.1 Mio. Franken). Unter der Legislaturziel-Massnahme «Eindämmung der Kostentreiber» könnte man es hier ja nochmals wagen, vorzustossen...

Insgesamt zieht die Fraktion der Grünliberalen eine durchgezogene, wenn auch doch lohnenswerte Bilanz. Es ist eine ambivalente Kenntnissnahme, v.a. angesichts der gemäss IAFP in Aussicht stehenden, erneut wiederkehrenden, strukturellen Defizite.

Ch. Griesser (Grüne/AL): Die Fraktion Grüne/AL nimmt den Bericht zur Kenntnis. Wir nehmen ihn einerseits zur Kenntnis, weil uns ja gar nichts anderes übrig bleibt. Wir nehmen ihn aber auch zur Kenntnis, weil wir mit der Umsetzungsquote doch zufrieden sind.

Man muss aber doch auch anerkennen, dass die Ziele meiner Ansicht nach teilweise sehr hoch gesteckt waren, teilweise unklar und teilweise politisch nicht mehrheitsfähig. Hoch gesteckt, da möchte ich z.B. an die Revision des Personalstatuts erinnern, bei der man einmal dachte, es würde 4.8 Mio. einbringen, oder auch die vorher erwähnte Überführung der Sonderschule in eine eigene Trägerschaft, die 1.5 Mio. einsparen soll.

Dann ist mir nach wie vor nicht klar, wieso dass man mit der Verselbständigung von Stadtwerk 2 Mio. einsparen hätte sollen. Ich weiss nicht, ob das wirklich die ideale Begründung ist für eine Verselbständigung – mit einer Sparvorlage.

Und dann ist auch klar, es gab (bei den Gemeindezuschüssen) auch Teilbereiche, die nicht mehrheitsfähig waren.

Die indirekte Kritik aus dem Bericht des Stadtrates und der Verwaltung ergibt, sie hätten ihren Teil gemacht. Dort wo der Gemeinderat und das Volk zuständig waren, habe es halt schon ein bisschen gehapert. Das ist meiner Meinung nach nicht angebracht. Die politischen Entscheidungsträger haben das Recht, eine Sparmassnahme abzulehnen.

Dann wurde auch erwähnt, die Belastung des Arbeitnehmers ist doch nicht ganz gering.

Ich möchte mich aber trotzdem beim Stadtrat und bei der Verwaltung für die erreichten Sparmassnahmen bedanken. Und wie gesagt (es bleibt uns ja gar nichts übrig): Wir nehmen den Bericht zur Kenntnis.

I. Kuster (CVP/EDU): Wir von der CVP/EDU-Fraktion nehmen den Bericht dankend zur Kenntnis.

Zum Inhalt haben wir drei Bemerkungen: Der Titel «Balance» verspricht vieles. Wer in Balance ist, ist im Gleichgewicht. Das Programm hat das leider nicht wie erhofft erreicht. Die Bilanzen sind noch immer im Roten oder nicht in Balance. Die Ziele sind weder in Bezug auf das Eigenkapital noch beim Schuldenabbau erreicht. Wir investieren auch jetzt über einen längeren Zeitraum mehr, als das, was der Free Cashflow (ich wiederhole mich) eigentlich erlaubt, d.h. unsere Verschuldung nimmt weiterhin zu.

Zwei Bemerkungen zum Fazit: Bemerkungen für allfällige weitere Sparprogramme, die Grenze sei eng gesetzt – das wagen wir in Frage zu stellen. Zumindest was die Abstimmung zu der Teilaufhebung der Gemeindezuschüsse zur AHV/IV anbelangt. Hat es dazu überhaupt eine klare Analyse gegeben, wie ist der Abstimmungskampf geführt worden, ist die Botschaft richtig angekommen bei der Bevölkerung? Wir haben keine Kenntnis davon (das haben wir wieder schlecht recherchiert...). Deshalb ist es unserer Ansicht nach schwierig, daraus Schlussfolgerungen zu ziehen, was die Bevölkerung goutiert und was nicht. Da müssen wir dranbleiben.

Und das Zweite: Das Jammern des Stadtrates zur Verwaltung, das haben wir auch genügend gehört und zur Kenntnis genommen. Wer sich aber in der Privatwirtschaft umhört, weiss, dass Sparprogramme, die dort durchgeführt werden, durchgeführt werden müssen, weil sonst die Firma nicht überleben könnte. Dort sieht es anders aus.

Uns ist schon bewusst, dass die Schulen und Altersheime nicht verlagert werden können.

Trotzdem bitten wir um etwas mehr Zurückhaltung diesbezüglich in Zukunft.

Und dass uns als CVP/EDU die städtischen Mitarbeitenden und die Verwaltung nicht egal sind, das haben wir mit unserer Position zum Thema Sanierung Pensionskasse zum Ausdruck gebracht.

U. Hofer (FDP): Ich möchte mich vorab dem Dank an das Finanzamt, an den Stadtrat, an die gesamte Stadtverwaltung anschliessen für die Durchführung des Projektes «Balance». Das Projekt war richtig und wichtig, wie man problemlos aus sämtlichen Finanzkennzahlen erkennen kann, die in der Zwischenzeit vorgelegt wurden. Es gibt schönere und beliebtere Dinge, als sich mit einem Entlastungsprogramm beschäftigen zu müssen. Umso grösser ist der

Dank, dass man es trotzdem gemacht hat. Dass nicht alle angepeilten Einsparungen erzielt werden könnten, liegt in der Natur Sache.

Ich bitte dieses ernst gemeinte Dankeschön im Hinterkopf zu behalten, wenn ich jetzt zu drei Kritikpunkten komme. Zum eigentlichen Projekt habe ich bloss einen Kritikpunkt: Das Projekt selber ist, wir haben es gehört, mit einem selbstgesetzten Anspruch angetreten, das strukturelle Defizit der Stadt zu beseitigen und umfassend Analyse der Qualität und Quantität der Leistungserbringung vorzunehmen. Beide Ziele sehe ich nur als teilweise erreicht. Betreffend Beseitigung des strukturellen Defizites genügt ein Blick in den IAFP des letzten Budgets um zu erkennen, dass wir höchstens in einer Zwischenverschnauftpause sind. Und auch die umfassende Analyse ist für mich zu wenig zum Ausdruck gekommen. Es wirkte von aussen eher nach dem Giesskannenprinzip (jedes Departement muss ein bisschen beitragen), unabhängig vom tatsächlichen Potential oder von einer vertiefteren, departementsübergreifenden Analyse. Das «Balance»-Projekt war deswegen nicht schlecht, aber halt umgekehrt auch nicht gross anders als «Effort14+», es kommt auch noch Optimierungspotential dazu. Im Übrigen liegt ja dem Stadtrat seit geraumer Zeit die RPC-Potentialstudie vor. Unsere Erwartungshaltung ist klar: Man sollte sich mit dieser aufwändigen Studie auseinandersetzen und genau anschauen und Erkenntnisse unbedingt auch mit uns und der Öffentlichkeit teilen. Zum Narrativ habe ich auch einen leichten Kritikpunkt, da bin ich einig mit Christian. Das Fazit liest sich ein bisschen so, als wäre der Gemeinderat und das Volk schuld, dass man das Erwartete nicht erreichen konnte. Wir schliessen auch mit dem für mich leicht süffisant wirkenden Kommentar: «Diese Tatsache zeigt, dass ein Sparprogramm letztlich nur dann vollständig umgesetzt werden kann, wenn sämtliche Instanzen bereit sind, unangenehme Entscheide zu treffen.»

Wenn man aber genauer hinschaut, ist das einfach nicht zutreffend. Mit Abstand grösstem Nutzen für die Kosten hapert es bei zwei Ausgliederungsprojekten. Bei einem, das wissen wir, stehen beim Projekt andere Dinge im Vordergrund als Sparen, aber ich bin auch der Meinung, dass diese zwei Sachen vor dem Hintergrund der Wärmering-Affäre einfach politisch keine Chance gehabt hätten. Und das haben wohl alle gesehen. Das ist weder die Schuld des Gemeinderates noch des Stadtrates, aber es ist sicher nicht etwas, das man uns ankreiden kann.

Beim Personalstatut haben wir es gehört, wir haben eine Vorlage des Stadtrates erhalten, die das Ziel bei weitem nicht erreichte. Wir haben ein bisschen mehr Entlastung geben können, aber haben es auch bei weitem nicht erreicht. Auch dort ist sicher der Fingerzeig auf uns der falsche.

Die Abgabe des Stromnetzes, die Verteilung gebührenbezahlt/steuerbezahlt, wo Null Optimierung ist und Null gespart – das ist einfach ein Nullsummenspiel. Es ist gar keine Optimierung. Es ist eine rechtliche Überlegung, wer was zu zahlen hat, nicht finanzpolitische Überlegungen.

Dann die Teilaufhebung Gemeindegzuschüsse AHV/IV. Das war wirklich ein schwieriger Weg, aber wir haben ihn (auch wenn es politisch nicht sexy war) mitgetragen als FDP - und letztlich sagte das Volk halt ein Verdikt dagegen. Und es wäre falsch zu behaupten, die FDP wäre nicht bereit gewesen, die notwendigen unangenehmen Entscheide zu fällen.

Jetzt aber der mit Abstand grösste Kritikpunkt: Das ist das, was da passiert ist, als der Schlussbericht «Balance» veröffentlicht wurde. Wir haben mit dem Projekt «Balance» 20 – 28 Mio. nachhaltig sparen können. Und man hat rund 70 Stellen abgebaut. Am gleichen Tag hat man das Budget vorgelegt mit einer Aufwandsteigerung von 71 Mio., Aufbau von 85 Stellen (rund 4.5%). Das ist für mich schlichtweg unverständlich und macht das Projekt eigentlich zu einer Farce. Das zeigt auch deutlich, dass die neuen Mehrheiten im Stadtrat (und wie ich das dem Votum von Roland entnehme, auch die Meinung der SP) nicht wirklich hinter den Zielen von «Balance» stehen und sie mitgetragen haben. Da teile ich Deine Schlussfolgerungen, Roland, auch nicht, dass jetzt quasi alles ausgeschöpft sei und nur noch Steuererhöhungen bleiben würden. Das teile ich schlicht nicht. Meines Erachtens läuft man Gefahr, dass man zwischen Sparprojekt und Schleusenöffnung hin- und herwechselt und ausser viel Aufwand generieren wirklich nichts erreicht. Das ändert auch nichts an den Realitäten, dass wir auf ein

gewaltiges finanzielles Problem zusteuern und früher oder später trotzdem korrigieren müssen. Und der Schaden dann ist wirklich viel grösser, als das Unangenehme, das wir jetzt bei «Balance» und «Effort14+» erlebt haben.

Th. Wolf (SVP): Das Ziel dieses Entlastungsprogrammes war es, dass man den jährlichen Finanzierungsfehlbetrag von rund 40 Mio. kompensiert. Nachhaltig sparen haben wir gehört, Gebühren erhöhen... Das Ziel wurde nicht erreicht. Nur rund 2/3 sind umgesetzt worden. Wo fehlt es denn?

Wir haben es auch gehört vorhin: Der grosse Betrag von 4.8 Mio. Revision Personalrecht, dort kann man nicht sparen, wir haben es gehört bei der letzten Budgetdebatte hier drinnen. Im Gegenteil, überall ist noch Nachholbedarf aufgrund von Sparmassnahmen angemeldet worden.

Bitter war, wie Urs Hofer vorhin gesagt hat, die Abgabe an die öffentliche Beleuchtung, 3 Mio. Genauso nicht gespart, ob das jetzt der Stromzahler oder das Gewerbe zahlt oder ob es aus einem anderen Kässeli kommt, es ist nichts gespart. Es ist halt bloss eine Gebührenerhöhung, genauso wie die Erhöhung der Nachtparkgebühren (1.1 Mio.), 500'000 Fr. Gebühren aus den Parkplätzen – schön, der Autofahrer hat seinen Beitrag auch geleistet. Und auch die Gebührenerhöhungen bei der Wirtschafts- und Gewerbepolizei (400'000 Fr.), das sind auch keine Einsparungen, das sind einfach Erhöhungen. Wir haben jetzt viel höhere Gebühren als andere Städte, was sicher nicht zur Attraktivität und zur Belebung unserer Innenstadt führt (das Beispiel in der Presse letzte Woche, wo der Standbetreiber aufgeben musste und sagte, er hätte 3-4 Mal mehr Gebühren bezahlen müssen als in Zürich).

Zusammengefasst: Grosse Einsparungen können wir nicht erkennen, dafür halt durchgesetzte Gebührenerhöhungen. Und wenn man seine selbst gesteckten Ziele nicht erreicht, gibt es eigentlich auch keinen Grund zum Klatschen. Wir nehmen deshalb diesen Bericht eher kritisch zur Kenntnis.

B. Huizinga (EVP): Die EVP-Fraktion dankt dem Stadtrat für den Bericht zum Sparprogramm «Balance». Realitätsfremd wäre für die Fraktion jetzt: Schlussbericht bedeutet «Check» - wir sind finanziell ausbalanciert, das Programm beendet, genug gespart, weiter geht es.

Der Bericht zeigt eindrücklich, was alles geschafft wurde. Einzelne Massnahmen haben geschmerzt und sind auch heute noch spürbar. Um andere wurde wieder ein grosser Wirbel gemacht und heute spricht keiner mehr darüber. Sicher ist, dass das Programm notwendig war. Gerne hätten wir nicht nur Sparrunden in jedem einzelnen Departement gehabt, sondern dass das departementsübergreifender stattgefunden hätte. Es wurden viele gute Sachen wegrasiert, die wir als EVP gerne dem Service Public erhalten hätten. Aber eben, ein allgemeines Sparprogramm ist kein Wunschkonzert. Und wie wir es in den vorherigen Voten gehört haben: Es geht weiter und wir sind verpflichtet und aufgefordert, mit unserem Geld aus dem Budget gut umzugehen und wir bleiben dran.

Stadträtin Y. Beutler: Es ist mir bewusst, dass man als Aussenstehender oder als Aussenstehende nur schwer nachvollziehen kann, was es bedeutet, ein solches Sanierungsprogramm durchzuführen, gerade eben weil seit dem vorhergehenden Sanierungsprogramm «Effort14+» keine Verschnaufpause geblieben ist. Und deshalb kann ich auch die kritischen Voten gut einordnen.

Die Projektmethodik, die wir gewählt haben, die hat alle Beteiligten vor grosse Herausforderungen gestellt, ganz besonders auch die Mitglieder des Projektteams. Dieses war aus Vertretungen aller Departemente zusammengesetzt. Herausfordernd war nicht nur, dass sie die ganze Arbeit neben ihrem Courant normal geleistet haben, sondern weil ihnen auch klar war, wen von ihren Kolleginnen und Kollegen es betreffen würde, wenn man dann eine Massnahme umsetzt. Und es war auch so, dass sie den Auftrag hatten, nicht nur das eigene Departement zu berücksichtigen und nicht nur diese Interessen einzubringen, sondern eine gesamstädtische Sicht einzunehmen – und dafür wurden sie natürlich auch im eigenen Departement auch immer wieder mal kritisiert und mussten sich rechtfertigen.

Neben den quantitativen Einsparungen, die das Projekt hatte, war es ein weiteres Ziel von «Balance», dass man über die gesamte Verwaltung hinweg eine Fairness darstellen konnte, d.h. nicht jeder musste gleich viel bringen, aber man hat es letztlich insgesamt als fair empfinden müssen als wichtige Voraussetzung für eine erfolgreiche Umsetzung danach.

Fairness heisst eben auch, dass am Schluss dann nicht der verliert, der die Karten als erstes auf den Tisch gelegt hat. Ich glaube, diese Fairness herzustellen, war eine der grössten und kräftezehrendsten Herausforderungen am ganzen Projekt. Wie reagiert man als Projektteam, wenn ein Departement sagt, es wolle nicht mitarbeiten und würde so den Bettel hinschmeissen? Wie setzt man Projektregeln und Beschlüsse durch? Das ist uns nicht immer gelungen. Und auch für den Stadtrat selbst ist ein solches Sanierungsprogramm eine Belastungsprobe. Wir haben hart diskutiert, wir haben um Massnahmen gerungen. Wie wägt man verschiedene Möglichkeiten gegeneinander ab? Welche Bevölkerungsgruppe soll Einschränkungen in Kauf nehmen? Welche Werte wollen wir als Stadtrat vertreten, wo setzen wir die rote Linie an?

Dazu kam auch, dass die ganze Projektarbeit unter einem hohen Zeitdruck geleistet werden musste, immer auch unter Beobachtung des Parlamentes, der Presse und der Bevölkerung. Und ich kann in dem Punkt nur für mich sprechen, da ich mich für das ganze Projekt letztlich auch verantwortlich fühlte: Ich bin ab und zu auch an meine Grenzen gekommen. Es gab Wochen, in denen ich nie am selben Tag zum Stadthaus hinausgegangen bin, an dem ich her eingekommen bin. Das hat das Taxi-Gewerbe gefreut – meine Familie deutlich weniger. Es gab Tage, an denen ich bis 2 Uhr morgens an einer Präsentation gearbeitet habe und unser externer Projektleiter hat dann morgens um 2 Uhr übernommen. Es war eine sehr, sehr intensive Zeit, für alle zusammen. Und ja, ich habe manchmal nicht mehr daran geglaubt, dass wir Erfolg haben werden, auch wenn ich wusste, dass Scheitern eigentlich keine Option ist. Und heute können wir wirklich sagen, der Einsatz, den wir geleistet haben, der hat sich gelohnt. Und ja, wir sind als Stadtrat stolz auf das, was wir erreicht haben, auch wenn nicht die ganze Summe so eingespielt werden konnte.

Es gab verschiedene Massnahmen, die hervorgehoben wurden, wo ich einfach 2-3 Sachen dazu sagen möchte.

Bei der Abgabe des Stroms, weshalb haben wir das gemacht? Wir waren der Auffassung, dass die gebührenfinanzierten Bereiche ebenfalls zur Gesundung der Stadt beitragen sollen. Und weil uns da natürlich enge Grenzen gesetzt sind, was Abgaben vom gebührenfinanzierten Bereich an den allgemeinen Haushalt betrifft, haben wir so quasi diesen Umweg gewählt, um diese Einsparungen dann letztlich auch in den allgemeinen Haushalt transferieren zu können.

Beim Stellenaufbau möchte ich jetzt eigentlich nicht weiter darauf eingehen. Ich glaube, ich habe die Zahlen im Rahmen der letzten Budgetdebatte genügend analysieren und aufzeigen können, in welchen Bereichen und warum dass man dort letztlich mehr Stellen ausweist. Aber was absolut richtig ist, das habe ich heute mit meinem Mann auch diskutiert, das ist der sogenannte «Schwamm-Effekt». Es ist klar, dass wenn der Druck nachlässt, dass dann halt auch die Gefahr besteht, dass sich der Schwamm auch wieder mit Wasser füllt und man dann letzten Endes wieder am gleichen Punkt ist, dass man den Druck halt wieder neu aufbauen muss.

Und ja, es ist tatsächlich so, dass es auch mir Sorgen bereitet, auf was wir im Fazit des Schlussberichtes hingewiesen haben: Dass halt unser IAFP nach wie vor rote Zahlen hervorbringt. Wir wissen, in welchen Bereichen das ist. Es ist v.a. in der Bildung (oder zunehmend in der Bildung), das ist im Sozialen und das ist in der Pflegefinanzierung. Und das sind Bereiche, in denen uns wenig Handlungsspielraum bleibt. Ich glaube, den Handlungsspielraum, der in der stadträtlichen Kompetenz ist, den man gerade aus einer Wertediskussion heraus nicht so angefasst hat – dieser Handlungsspielraum umfasst nicht mehr die Millionen, die wir einsparen können müssten, um das Wachstum in diesen drei Bereichen letztlich aufwandseitig kompensieren zu können. Als wir das geschrieben haben im Schlussbericht, dass es dort halt den Willen von allen Beteiligten braucht, um unbequeme oder harte Entscheidungen zu treffen, so war das keine Schuldzuweisung, sondern von meiner Seite her auch einfach eine ernüchternde Feststellung. Wenn ich schaue, wo wir denn Handlungsspielraum haben, in welchen Bereichen, wo erbringen wir als Stadt freiwillige Leistungen - dann ist es z.B. im

Sport, dann ist das z.B. in der Kultur, in der Bildung. Sind wir denn tatsächlich bereit, an diesen Orten anzupacken, an diesen Orten Schliessungen zu machen, an diesen Orten harte Schnitte zu machen? Das werden wir dann sehen, wenn es tatsächlich soweit kommen sollte, was wir alle nicht hoffen.

Ich möchte mich an dieser Stelle einfach nochmals bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung bedanken, die konstruktiv und intensiv an «Balance» mitgearbeitet haben. Ganz besonders auch meinen Stadtratskollegen. Aber auch in Absentia Martin Vollenwyder, Markus Notter und Heini Brugger, die sich als Sparringpartner zur Verfügung gestellt haben. Von meiner Seite her auch ein grosses Dankeschön an unseren Projektleiter, Marcel Müller, der uns mit seinem Wissen, seinem Einsatz und v.a. auch mit einer hohen Frustrationstoleranz eine grosse Stütze war. Ich möchte allen Fraktionen danken, v.a. auch denen, die die Leistung, die die Verwaltung und der Stadtrat erbracht haben, in ihren Voten wertgeschätzt haben. Danke vielmals.

Ratspräsidentin A. Steiner: Damit haben wir den Schlussbericht «Balance» zur Kenntnis genommen.

5. Traktandum

GGR-Nr. 2018.128: Kredit von Fr. 2'285'000 für die Realisierung einer Traglufthalle über dem Olympiabecken des Freibades Geiselweid

und

6. Traktandum

GGR-Nr. 2017.37: Beantwortung der Interpellation R. Kappeler (SP) und R. Keller (SP) betr. zusätzliches Hallenbad für Winterthur

Ratspräsidentin A. Steiner: Wir beginnen noch mit der Behandlung der Traktanden 5 und 6, das wird ja zusammen behandelt. Gaby Gisler stellt das Geschäft vor.

G. Gisler (BSKK): Mir ist heute die Aufgabe zugetragen, Ihnen das vorliegende Geschäft 2018.128 zum Kreditantrag von 2.285 Mio. für eine neue Traglufthalle über dem Olympiabecken des Freibades Geiselweid zu präsentieren. Ich darf dabei auf die Präsentation zurückgreifen, wie wir sie an der gemeinsamen Sitzung in der Kommission von Sport und Bau präsentiert bekamen. Vielen Dank dafür an Dave Mischler vom Sportamt und an Roman Wälti vom Amt für Städtebau.

Da sehen wir die Visualisierung, wie dann die Halle aussieht von innen.

Zur Geschichte: Die Besucherzahl liegt seit 2008 im Schnitt bei rund 1'000 pro Tag. Im Sommer sind die Eintritte zum Hallenbad oder Freibad nicht separat ausgewiesen. Aber auch im Winter gibt es an Spitzentagen locker über 1'000 Besucherinnen und Besucher im Hallenbad. Der 1. Vorschlag mit dem Cabrio-Dach lehnte das Volk an der Urne ab. Im Jahr 2016 wurde dann eine Volksinitiative mit über 2'000 Unterschriften eingereicht.

Die Ausgangslage: Sowohl der Stadtrat als auch der Gemeinderat lehnten dazumal die Volksinitiative «Geiselweid Traglufthalle im Winter» ab. Der Winterthurer Gemeinderat hat dann aber einem Gegenvorschlag zugestimmt. Gemäss diesem soll die Traglufthalle mit Fernwärme oder mit einem erneuerbaren Energieträger beheizt werden. Das Komitee hat dann aufgrund dieses Gegenvorschlages ihre Initiative am 31. Mai 2017 zurückgezogen. Die amtliche Publikation dieses Rückzuges erfolgte am 29. Juni 2017.

FDP, EVP, CVP, SVP, GLP und Teile der SP sprachen sich damals an diesem Montagabend vom 27. März 2017 im Gemeinderat mit 37:18 Stimmen für den Gegenvorschlag aus. Sie waren der Meinung, dass es im Winter unbedingt mehr Platz für die Sportlerinnen und Sportler brauche.

Die andere Seite konnte sich mit dem Gegenvorschlag nicht anfreunden. Sie hielten die Traglufthalle für eine «Energieschleuder», die energiepolitisch keinen Sinn mache.

Der jetzt vorliegende ausgearbeitete Gegenvorschlag wird vom Stadtrat aus ökologischen und finanziellen Gründen abgelehnt.

Zum Bauprojekt: Das Bauprojekt umfasst die Überdachung des Olympiabeckens im Freibad mit einer Traglufthalle sowie der dazugehörigen Installationen für Verankerung, Beheizung, Beleuchtung usw. Dazu kommt ein mobiler Verbindungskorridor, der von einem neu zu erstellenden Ausgang bei den Hallenbadgarderoben aus erstellt werden muss und es braucht auch mobile Dusch- und WC-Container, die dann bei der Traglufthalle beim Eingang stehen. Die Traglufthalle hätte eine Dimension von 32 x 55 Meter. Für die Verankerung braucht es rund ums Becken ein Betonfundament.

Das überdachte Becken wäre für rund 200 Personen angedacht, dafür müssten dann 3 Notausgänge erstellt werden.

Die Wärmedämmwerte liegen mit einem Wärmedurchgangskoeffizient zwischen 0.5 und 0.87 W/m²K. Sie sind damit unter dem geforderten Wert von 1.1 W/m²K.

Die Traglufthalle wird nur während dem Winter aufgestellt sein, im Sommer ist davon nichts zu sehen. Die Traglufthalle wird im Sommer auf Paletten in der Tiefgarage gelagert. Für den Auf- und Abbau wird mit 1-2 Wochen gerechnet. Dort braucht es dann eine professionelle Begleitung, diese wird aber mit zusätzlichen Helfern von den Vereinen unterstützt werden.

Mit der Umsetzung der Traglufthalle würde ein neuer Ausgang beim hinteren Teil bei den Schülergarderoben gebaut werden.

Zurzeit fehlt beim Hallenbad ein Notausgang. Dieser Mangel wird jedoch bis zur nächsten Sanierung von der Feuerpolizei toleriert. Mit diesem Hallenbadausgang würde dieses Manko auch gleich behoben werden. Ebenso verkürzt sich dann der Weg der Hallenbad-Garderoben zum Freibad, auch während den Sommermonaten.

Der Korridor wird auf dem bestehenden Fussweg errichtet, er wird sehr einfach gehalten und er wird auch nicht beheizt werden.

Im Eingangsbereich der Traglufthalle werden Container mit Duschen und WCs platziert.

Diese sind aus hygienischen Gründen notwendig. Die An- und Ablieferung dieser zwei Container wird mittels LKW erfolgen, deshalb muss dann auch zuerst der Technikraum bei den Sommer-Garderoben statisch verstärkt werden. Dies ist die günstigere Lösung, als wenn die Container jährlich mit einem Toggenburger-Kran auf den Platz gehievt werden müssten. Die Container werden während den Sommermonaten auf anderen Sportplätzen gelagert.

Auch die Gebäudetechnik erfordert gewisse Anpassungen, so müssen im Technikraum Freibad die verschiedenen Leitungen wintertauglich gemacht werden.

Das Wasser des Olympiabeckens kann seit der Hallenbadsanierung im Jahr 2012 über die bestehende Fernwärmeversorgung aus der KVA beheizt werden und das Becken wurde ja bereits beim Bau 2007 gegen das Erdreich isoliert.

Das Warmluftgebläse, das es für die Traglufthalle braucht, wird in einem schallisolierten Container neben der Halle platziert. Und gemäss Lärmgutachten sind die Lärmessmissionen kein Problem, da sie deutlich unter dem Grenzwert liegen.

Die LED-Leuchten können je nach Produkt auch gleichzeitig als Schutz für einen unvorhergesehenen Zusammenbruch der Halle über dem Wasser die Schwimmer schützen.

Weitere kleinere Anpassungen sind dann vorzunehmen.

Die Beheizung soll nach wie vor aus der KVA mittels Fernwärme erfolgen. Die direkte Verwendung ist aber nach kantonalem Recht nicht zulässig. Der Vorschlag vom AWEL (Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft) war, die KVA mit Holzschnitzeln zu beliefern und so diese Energie erzeugen würde. Diese Idee wurde aber verworfen wegen Widersinnigkeit.

Anstelle dieser Kompensation mit Verbrennen von Holzschnitzeln soll die Erneuerbarkeit mittels einem Kauf von Biogas-Zertifikaten hergestellt werden. Die bestehenden Fernwärmeleitungen könnten weiterhin verwendet werden. Es müsste ein zusätzlicher Zähler montiert werden, welcher den Verbrauch der Traglufthalle erfassen würde. Entsprechend diesem Verbrauch kauft dann Stadtwerk die Biogas-Zertifikate «Gold» ein, welche wiederum dem Sportamt in Rechnung gestellt werden.

Es ist vorgesehen, das Freibad mit dieser Traglufthalle von Oktober bis April geöffnet zu haben, während 90 Betriebsstunden pro Woche. Davon sollen 50 Stunden unter Aufsicht erfolgen und 40 Stunden für geschlossene Gruppen (für die Vereine).

Die Luftwärme wird über Nacht von 28 Grad auf 15 Grad abgesenkt, die Wassertemperatur soll konstant 24 Grad betragen.

Die Wassersportvereine haben für den Auf- und Abbau der Halle Hilfspersonal zugesichert. Die genauen Angaben aus der Weisung auf Seite 10: Der Kanton würde sich beim Bau der Taglufthalle mit 15% beteiligen, d.h. mit 370'000 Fr. Das Projekt hat eine überregionale Nutzung, deshalb wird dieser Betrag aufgeworfen. Die Netto-Investition wird mit 2.065 Mio. Fr. gerechnet. Die Wassersportvereine haben schriftlich einmalig einen Beitrag an die Investitionskosten von 50'000 Fr. zugesichert.

Die Betriebskosten sind in der Weisung auf Seite 11 aufgeführt: Die jährlichen Betriebskosten belaufen sich auf rund 500'000 Fr. Zum Vergleich: Die jährlich wiederkehrenden Nettokosten für den Betrieb des Hallenbades Geiselweid sind bei ca. 3.5 Mio. Fr. Eine solche Lösung ist also betrieblich viel günstiger als ein 2. Hallenbad, da man ja bei den Garderoben und Personal auf bereits bestehende Infrastruktur zurückgreifen kann.

Da ist noch eine Visualisierung von aussen.

Zu diesem Geschäft hat eine gemeinsame Lesung der Kommission Bildung, Sport + Kultur und der Baukommission stattgefunden. In einzelnen Punkten wurde noch nachgefragt. Alles in allem hat sich kein anderes Bild ergeben. Die Abstimmung fiel ziemlich ausgeglichen aus, nämlich 9:9. Mit dem Stichentscheid des Vorsitzenden wurde diese Vorlage knapp angenommen. Bemerkenswert ist, dass sich in diesem Abstimmungsverhalten eigentlich kein typischer Graben zwischen den sonst gewohnten Lagern links und rechts ergeben hat, sondern beide Ansichten sind in der Sache unbestritten und anerkannt. Aber einerseits ist anerkannt und unbestritten, dass wirklich ein Bedarf da ist an Wasserfläche, man hat zu wenig Wasserfläche für die sport- und gesundheitsbewusste Bevölkerung zur Verfügung. Und andererseits ist eine solche Halle energetisch sehr unvorteilhaft und auch was die bauliche Ästhetik anbelangt, sind da die Meinungen natürlich gespalten.

Betreffend dem finanziellen Aufwand: Bei Infrastruktur für Sport und Kultur sind die Finanzen immer ein Thema. Die Baukosten und Betriebskosten gaben aber in der Kommission keinen Anlass zu vertieften Diskussionen.

Fazit: Es ist also eine ganz persönliche Güterabwägung von jedem Einzelnen hier drinnen.

Die ganz persönlichen Präferenzen sind da massgebend.

Dann habe ich noch einen Hinweis auf die Folgen des heutigen Entscheides hier drinnen, geschätzte Gemeinderatskolleginnen und -kollegen: Unser Entscheid heute Abend wird je nach Abstimmungsergebnis verschiedene Konsequenzen haben. Bei einem Ja ist ein Referendum gemäss der Gemeindeordnung Art. 9 gegen den heutigen Entscheid möglich. Wenn dieses Referendum zustande kommt, dann wird es eine Volksabstimmung in der Stadt Winterthur geben. Bei einem Nein ist aufgrund der kantonalen Gesetzgebung Gemeindegesetz § 10 kein Referendum möglich. Der Rückzug der Volksinitiative wurde ja am 29. Juni 2017 publiziert. Das Projekt wäre also demnach bei einem Nein hier drinnen endgültig vom Tisch.

Ratspräsidentin A. Steiner: Ich möchte mich bei allen interessierten Sportlerinnen und Sportler in den Zuschauerreihen entschuldigen, dass wir dieses Geschäft nicht in dieser Sitzung zu Ende beraten können. Wir haben relativ fixe Zeiten dieser Gemeinderatssitzungen, aus organisatorischen Gründen. Wir werden erst nach der Pause, um 20 Uhr, zur Beratung schreiten können.

Ich wünsche allen «en Guete».

Nachtessenspause.

Ratspräsidentin A. Steiner: Es hat sich nochmals jemand abgemeldet: Deniz Cetin fehlt an dieser Sitzung, dafür ist Franco Albanese jetzt da.

Wir kommen zur Beratung dieser beiden Traktanden. Das Wort hat Michi Gross.

M. Gross (SVP): Ich danke Gaby Gisler vielmals für die sehr gute Präsentation. Unsere Fraktion hat Stimmfreigabe beschlossen. Ich werde danach erklären weshalb. Die grosse Mehrheit der Fraktion wird jedoch den Kredit ablehnen. Für Roli bleibe ich wahrscheinlich ein hoffnungsloser Fall, weil er im Pro-Komitee ist – er ist aber dort wohl auch in der Minderheit in seiner Fraktion.

Ich spreche jetzt nur für den Teil der Fraktion, die den Kredit ablehnt. Im Nachgang wird Gaby noch für den Teil sprechen, der dafür ist.

Am 23. September 2012 hat das Stimmvolk mit ca. 53 % Nein gesagt zu einem Cabrio-Dach beim Freibad Geiselweid. Die Hauptargumente der Gegner waren: Verschandelung der Parklandschaft, die Ästhetik, die Dimensionen (insbesondere die Höhe dieses Cabrio-Daches, das dort 12 m war) und die Ökologie. Diese Hauptargumente sind heute aus meiner Sicht dieselben. Wir haben eigentlich die gleichen Argumente bei der neuen Anlage. Es ist mir klar, dass die Traglufthalle nur sechs Monate im Jahr stehen würde und nicht mehr das ganze Jahr. Aber wenn man den Volkswillen ernst nimmt – und das ist das, was bei uns die Mehrheit der Fraktion macht – dann kommt man eigentlich zum Schluss, dass wir da eine Variante «Cabrio light» haben.

Wir haben uns – das möchte ich einfach betonen nach Abwägung von Pro und Contra – dazumal für das Cabrio-Dach eingesetzt und wir sind auch für mehr Schwimmfläche. Die Stimmbürger haben aber entschieden, dass es kein zweites Hallenbad beim Geisi geben soll. Es ist aus unserer Sicht eine Zwängerei (und das mit unbestimmtem Ausgang), wenn man jetzt am selben Standort ein Cabrio-Dach light durchsetzen will.

Die Initianten haben 2016 von rund 1 Mio. Investitionskosten gesprochen (ich habe das extra nachgeschaut) und von 150'000 Fr. jährlich wiederkehrenden Kosten. Heute wissen wir, dass es ca. 2.5 Mio. sind und ca. 500'000 Fr. wiederkehrende Kosten. Wir sind also nahe, auch bei den Kosten, bei den Zahlen des Cabrio-Dachs.

Über die Ökologie muss ich wahrscheinlich nichts sagen, das wird Reto Diener wohl besser erklären als ich. Für uns ist es aber schon fast ein Schildbürgerstreich (ganz ehrlich), wenn man sieht, was man alles machen muss, um die Energie-Vorschriften einzuhalten. Ökologisch ist dieses Projekt eigentlich ein Murks, das muss man einfach so sagen.

Ästhetisch – und das ist für uns genauso wichtig - hat sich das Hallenbad im Vergleich mit 2012 eigentlich eher noch verschlimmert. Mit einer Traglufthalle mitten im Wohngebiet (mit den Ausdehnungen von 55 Meter, 32 Meter breit, 10,5 oder fast 11 Meter hoch), haben wir eigentlich in einem Wohnquartier einen riesigen Fleck - ich sage dem Schandfleck – denn die Halle sieht ja nicht so aus, wie sie hier drin präsentiert wurde. Das hält vielleicht 3 Monate, dann wird das eine andere Farbe, wie man das von den Traglufthallen eigentlich weiss, die überall stehen. Für uns ist es eigentlich ein bisschen ein Hohn, was man macht, in einem solchen Quartier – für Quartierschutz, für die Denkmalpflege. Das kann man dann eigentlich alles über Bord werfen, wenn man dort mitten hinein eine solche Halle pflanzt. Also das ist dann wirklich ein bisschen fragwürdig. Die Ästhetik scheint aber da für viele kein Problem zu sein, die sonst – wir sehen das dann beim nächsten Mal, wenn wir über die SWICA sprechen – ein Problem damit haben.

Der Standort Geiselweid ist für mich und für eine Teil der Fraktion auch verkehrstechnisch ungünstig. Die Infrastruktur und Parkplätze können nicht beliebig erweitert werden. Die Zufahrt ist bereits heute schon vielfach überlastet. Für uns passt das alles eigentlich nicht zusammen.

Kurz gesagt kann man es eigentlich so sagen: Die Traglufthalle Geiselweid ist gegen den Volkswillen, sie ist ein ästhetischer Schandfleck, sie ist nicht ökologisch und verkehrstechnisch am falschen Standort.

Wir sehen aber den Bedarf an Winter-Wasserfläche für die Schwimmer und unterstützen darum explizit die Interpellation der SP für ein zweites Hallenbad, und zwar an einem anderen Standort. Wenn der Stadtrat diesen Auftrag ernst nimmt (und etwas schneller ist, als bei dem Geschäft, von dem wir eingangs gehört haben), dann muss es auch nicht 15 Jahre dauern, bis ein solches Hallenbad stehen kann.

Wir sehen, dass in 10 Jahren (vielleicht 5-10 Jahren) das Bevölkerungswachstum zunimmt und wir gehen Richtung 135'000 - 140'000 Einwohner. Wenn man es vergleicht mit der Stadt Zürich (die haben 6 Hallenbäder für 400'000 Einwohner, wie ich nachgeschlagen habe), dann würde es ein zweites Hallenbad vertragen. Damit das nicht nur die Stadt Winterthur zahlen muss, könnte man sich ja auch ein Public Partnership oder einen Zweckverband vorstellen. Unter den Initianten gibt es auch solche, die aus den umliegenden Gemeinden kommen. Die können sich dann ja in ihrer Gemeinde für einen Zweckverband einsetzen, mit dem man z.B. in Wülflingen, wo es ja auch ein 50-m-Becken hat, ein solches Hallenbad realisieren könnte. Dass es verkehrstechnisch an einem besseren Standort sein muss, das ist für uns klar. Es müsste auch umweltfreundlicher sein (es sollte kein solcher Murks sein, wie wir ihn jetzt da vor uns haben) und es sollte auch zu einem vernünftigen Preis realisiert werden. Man hat das gesehen beim Schulhaus Wallrüti, dass das geht.

Die Traglufthalle Geiselweid würde - selbst wenn die Mehrheit des Parlamentes zustimmen würde (was ja sein könnte) - wahrscheinlich nicht 2020 in Betrieb gehen, weil erstens Rekurse gibt (das ist heute schon klar, dass da viele Rekurse kommen), zweitens gibt es dann allenfalls eine Volksabstimmung (und dort glaube ich nicht, dass man das durchbringen würde, man hat schon beim 1. Mal verloren) und wir hätten am Schluss eigentlich eine lose-lose-Situation. Deshalb lieber jetzt Stopp sagen, ein richtiges Projekt beginnen und dann vielleicht für alle eine win-win-Situation schaffen.

Wir haben Stimmfreigabe beschlossen. Gaby wird noch sprechen zu den positiven oder Pro-Argumenten. Ich empfehle den Kredit zur Ablehnung.

Th. Leemann (FDP): Ich danke Gabriella für die Vorstellung des Geschäftes, die war sehr gut. Die Ansicht von Michi Gross kann ich leider nicht teilen.

Wer schon einmal im Winter im Hallenbad Winterthur schwimmen war, der weiss, dass es sehr eng ist. Man muss um seinen Platz im Wasser kämpfen. In der kalten Jahreszeit drängen sich die Wassersportvereine und die Schwimmer auf einer sehr kleinen Wasserfläche, auf der es fast keinen Platz hat. Für die Grossstadt Winterthur ist die gedeckte Wasserfläche im Hallenbad Geisi viel zu klein. Weil der Andrang auf das Hallenbad so gross ist, wurden die Öffnungszeiten für das Hallenbad schon etliche Male verlängert. Aber momentan geht es nicht, wir können nicht mehr Zeit schaffen für den Hallenbadbetrieb. Mit einer Traglufthalle der neuesten Generation dieser Folie über dem äusseren Olympiabecken könnte man schnell und kostengünstig diesem Problem Abhilfe schaffen. Unsere Winterthurer Vereine würden einen Beitrag zur Traglufthalle leisten, z.B. würden sie helfen beim Aufstellen im Herbst und beim wieder Abbrechen im Frühling Und sie würden auch finanziell einen einmaligen Zuschuss leisten. Da danke ich den Vereinen. Das ist nicht selbstverständlich, das finde ich eine tolle Sache. Das muss man auch zuerst stemmen.

Mit kleinen Anpassungen am bestehenden Hallenbad für den Zugangstunnel zum gedeckten Aussenbecken und den Fundamenten für die Traglufthalle, mit den mobilen Dusch- und WC-Anlagen, ist das Kosten-/Nutzenverhalten dieser Traglufthalle sehr gut. Die bestehende Garderobenanlage vom Hallenbad muss nicht angepasst werden. Sie reicht für den zusätzlichen Betrieb mit diesem Aussenbecken.

Dass man für die Beheizung des Bades mit Fernwärme wegen der heutigen Gesetzgebung Biogas-Kompensationen kaufen muss, ist nicht so gut. Dafür gibt es aber mehr Wasserfläche in der kalten Jahreszeit in Winterthur. Mehrheitlich werden die Vereine und die Winterthurer Schulen in der Traglufthalle trainieren und schwimmen, und dadurch wird Platz im Hallenbad frei für Freizeitschwimmer und Familien.

Also, stimmen wir der neuen Traglufthalle heute Abend zu und versenken sie nicht. Die FDP-Fraktion wird diesem Geschäft zustimmen.

Dann mache ich gleich weiter mit der Interpellation. Wir danken dem Stadtrat für die Beantwortung dieser Interpellation. Daraus habe ich gelesen, dass die Schulschwimmanlage an der Wülflingerstrasse noch ca. 10 Jahre halten sollte, bis sie saniert bzw. abgebrochen werden muss. Neu sollte dann an dieser Stelle (wenn es klappt), ein 25-Meter-Becken im UG entstehen und oben eine Turnhalle. Ob dieser Wille auch politisch umgesetzt wird, das sehen wir dann, wenn es soweit ist.

Wenn ich auf die Antworten vom Stadtrat zu den Fragen 2 und 3 eingehe, dann sehe ich eigentlich nur Argumente, weshalb man nichts machen kann im Geis, weshalb man nichts machen kann in den anderen Schwimmbädern in Winterthur. Ich hätte mir da eigentlich Lösungsvorschläge oder Visionen des Stadtrates vorgestellt, wie es weitergeht. Die Stadt Winterthur sollte doch den Lead für ein regionales Hallenbad übernehmen und mit den Nachbargemeinden den Kontakt suchen und aufnehmen, führen, die Leute abholen. Wir wissen ja nicht, wie die Gemeinden um Winterthur zu einem solchen regionalen Projekt (Hallenbad) stehen würden.

Wenn die Nachbargemeinden keine Reaktion zeigen, sollte es an das Portemonnaie der auswärtigen Besucher gehen. Es wäre eine Überlegung wert, im Sportpass das Hallenbad und das Eisfeld herauszunehmen, und das Hallenbad und das Eisfeld als zusätzliche Option gelöst werden könnten. Dann, wenn auswärtige Besucher den Zusatz für Hallenbad und Eisfeld nützen wollen, dann müssen sie einen höheren Betrag zahlen – denn sie brauchen das ja, in ihrer Gemeinde können sie es nicht anbieten. Gleichbehandeln würden wir die Gemeinden, die ein Hallenbad oder ein Eisfeld haben, die können dann zu dem Tarif, den wir für Winterthur haben, diese Anlagen benützen.

Andere Gemeinden führen diese Praxis auch durch. Und es wäre doch wirklich abzuklären, ob man das auch so machen könnte. Ich glaube, die Gemeinden rund um Winterthur sind sich nicht bewusst, was sie von uns an Sportanlagen über den Sportpass bekommen.

Wir nehmen die Beantwortung der Interpellation zur Kenntnis, hätten aber lieber eine konkretere Umsetzung gehabt. Danke.

L. Banholzer (EVP): Auch für uns ist es klar, dass Winterthur mehr Wasserfläche brauchen kann im Winter. Schwimmen ist ein Sport, der sehr beliebt ist bei der Bevölkerung und ja auch gesund ist. Und viele haben es aufgegeben, im überfüllten Hallenbad ihrem Sport nachzugehen.

Die Vorlage zur Traglufthalle zwingt einen abzuwägen zwischen sportlichen Bedürfnissen, finanziellen Zwängen, ökologischen Bedenken und Quartierverträglichkeit. Ökologisch ist eine solche Halle sicher keine optimale Lösung, aber ein neues Hallenbad wäre ebenfalls ein grosser Energieverbraucher. Mit dieser Traglufthalle über dem Freibad im Geiselweid gibt es immerhin Synergien mit den bestehenden Garderoben und der weiteren Infrastruktur. Und mit den neusten Materialien sind die Dämmwerte für eine solche Halle auch viel besser geworden. Finanziell gesehen ist es klar, dass wir uns ein zusätzliches Hallenbad zurzeit nicht leisten können. Die Traglufthalle ist zwar auch nicht gerade billig und hat relativ hohe Folgekosten, sie schneidet aber für uns trotzdem im Kosten-/Nutzenverhältnis ziemlich gut ab. Und wenn der Auf- und Abbau wie vorgesehen von Freiwilligen unter Aufsicht gewährleistet ist, finden wir das auch sehr positiv zu werten.

Aus dem Quartier kommen negative Stimmen zur Ästhetik einer solchen Halle in einer kleinräumig überbauten Umgebung. Es ist so, diese Traglufthalle ist sicher keine Augenweide und wird im Winterhalbjahr das Quartier beeinträchtigen. Aber immerhin ist es jetzt über den Sommer weg - und das ist ja die Zeit, in der man dann auch oft draussen ist.

Wir sehen diese Traglufthalle als eine gute, relativ langfristige Übergangslösung, damit sich die Verhältnisse für die Sportlerinnen und Sportler, die Schulklassen aber auch die ganz normalen Schwimmerinnen und Schwimmer verbessern und sie auch im Winter ihren Sport ausüben können.

Noch zur Interpellation betreffend Planung eines neuen Hallenbades: Für uns bringen die Antworten des Stadtrates keinen grossen Erkenntnisgewinn. Wir sind der Meinung, dass eine Planung für ein richtiges Hallenbad zum jetzigen Zeitpunkt keinen Sinn macht. Zu hoch sind die absehbaren Investitionskosten und Bauten, die man zuerst in Angriff nehmen sollte, wie Schulhäuser, Altersheimrenovationen usw. Wir erhoffen uns, dass in einigen Jahren die finanzielle Situation dann so ist, dass wir wieder eine dauerhafte Lösung ins Auge fassen können, so dass die Traglufthalle wirklich nur ein längeres Provisorium bleibt.

Die EVP stimmt dem Kredit nach Abwägen aller Vor- und Nachteile zu.

R. Diener (Grüne/AL): Die Grüne/AL-Fraktion stellt sich auch hinter den Anspruch oder hinter die Forderung, dass man mehr Schwimmfläche haben sollte im Winter. Das ist selbstverständlich so. Wir finden auch, wir haben eher zu wenig. Grundsätzlich ist das so, die Statistik gibt uns da recht. Und das hat ja auch Michi Gross gesagt (und ich bin erstaunt, wie oft ich mich heute Abend in seinen Voten wiederfinde – das gibt es relativ selten, aber das ist heute so).

Aber man muss jetzt doch einige Dinge noch aus einem etwas anderen Licht anschauen. Und wenn wir jetzt von den knappen Verhältnissen sprechen, dann ist es auch für andere Sportarten so, dass sie knappe Verhältnisse haben. Wir wissen, dass die Fussballer extrem knappe Trainingsmöglichkeiten haben, und auch in der Eishalle ist es nicht so, dass es nur die Garderoben sind, die ein Problem sind. Auch dort hat es zum Teil eine sehr starke Übernutzung, wie man so schön sagen kann.

Die vorgeschlagene Lösung, die wir jetzt da mit dieser Traglufthalle auf dem Tisch haben, ist (wie Michi Gross es schon gesagt hat) eigentlich eine Aufwärmung von einem bereits bestehenden Konzept, bei dem man dachte, man könne das sehr günstig und ganz schlank haben. Und wir sehen jetzt, wo es auf dem Tisch liegt, dass es weder sehr günstig noch ganz schlank ist. Und es ist auch extrem anspruchsvoll, überhaupt dafür eine Bewilligung zu erhalten.

Aus unserer Sicht, von den Grünen/AL, ist diese Lösung nicht zielführend. Sie kann nicht befriedigen, und das sind mehrere Gründe, die dafürsprechen. Zum einen, das wurde auch schon erwähnt: Diese Halle, die quasi als «Ballonwurm» in das Quartier hineingestellt wird, ist so was von hässlich. Und das Teil wird mehr als 15 Jahre stehen. Das wird mit sehr grosser Sicherheit mehrere Jahrzehnte dort stehen, allenfalls auch schon mal ersetzt werden. Zusätzlich bringt das Teil auch Emissionen ins Quartier, das wurde auch schon kurz erwähnt. Diese Halle muss belüftet werden. Da gibt es einen Druck, der erstellt werden muss. Und dieser Luftdruck muss mit einem Gebläse hineingeblasen werden. Und das wird man nicht einfach komplett verstecken können. Das wird ein Hintergrundgeräusch geben, das in diesem Quartier auch nachts, wenn es ruhig ist, sehr gut zu hören ist.

Und zuletzt, das ist natürlich unser Hauptargument: Das Teil ist eine Energieschleuder par excellence. Auch wenn es mit den neuesten Materialien ein bisschen besser ist als vielleicht noch vor ein paar Jahren. Es sind immer noch Werte ungefähr in der Grössenordnung dieses Cabrio-Daches. Das Cabrio-Dach wäre ein bisschen besser gewesen (damals deutlich besser) als die Traglufthalle. Heute ist die Traglufthalle ungefähr in dem Mass, in dem das Cabrio-Dach gewesen wäre. Es bläst einfach Energie in die Luft hinaus, 4-5 Mal schlechter mindestens als nur der Standard für ein normales Gebäude.

Und dann heizen wir das Teil mit der Energie der Kehrlichtverbrennungsanlage, mit der Fernwärme. Ja, meine lieben Damen und Herren, das ist gar nicht möglich, denn wir haben dort zu wenig von dieser Fernwärme, bzw. der Kanton hat uns gar nicht erlaubt, das zu nutzen, weil wir dann eben nicht gleichzeitig Strom oder Wärme an die Haushalte liefern können. Und das geht dann einfach verloren. Das hat das Gesetz des Kantons vorgesehen und deshalb hat er uns auch die Bewilligung dafür nicht gegeben.

Jetzt hat man einen Trick gefunden, den Trick mit dem Biogas-Zertifikat. Der macht es – Entschuldigung – nicht besser. Wir müssten lokal in der Heizzentrale der Kehrlichtverbrennungsanlage genau gleich mit fossilem Erdgas heizen. Und die Zertifikate, die wir da kaufen, die müssen wir im Ausland kaufen. Ja, liebe Leute, wir sind wieder in der gleichen Diskussion: Unsere Verantwortung schieben wir ins Ausland ab. Geht nicht! Wir wollen wenn schon etwas erstellen, das wir hier verantworten können, vor Ort, in der Stadt Winterthur. Und nicht irgendwo anderen quasi den Auftrag geben, dass sie irgendwo ein bisschen Biogas für uns produzieren sollen. Und dann, das kommt noch dazu, das Biogas, das irgendwo im Ausland, in Europa produziert wird, das ist heute häufig als Konkurrenz zur Nahrungsmittelproduktion erzeugt. Weil wir eben viel zu wenig haben von diesem Biogas und es nachgefragt wird. In der Schweiz ist es gerade ein Prozent des Verbrauchs von fossilem Gas, den wir ersetzen können. Da kommen wir nirgends hin. Es ist ein knappes Gut – und das knappe Gut ist im Ausland genau gleich. Es wird dort sogar noch mit der No-Go-Strategie, dass man auf den Feldern irgendwelche Produkte hat, die man dann nur anbaut, um sie zu vergasen, und dann

auf den Feldern nicht Nahrungsmittel produzieren kann. Geht nicht! Und mit diesen Zertifikaten kann uns niemand am Schluss garantieren, ob diese so oder so Biogas produziert haben. Eine ausführliche Studie, die letztes Jahr vom WWF gemacht wurde zum Thema Ersetzen von Gas, von fossilem Gas in unserem Verbrauch, kommt zum Schluss, dass max. 10% Grössenordnung, mit allen Technologien, die heute im Markt existieren oder in der Entwicklung weit fortgeschritten sind, ersetzt werden können. Da sind wir einfach weit weg von etwas, das wir einfach brauchen können, weil es das einfach gibt und weil wir das nicht für etwas anderes brauchen. Was ja genau die Argumentation und Begründung des kantonalen Gesetzes ist. Wenn man es jetzt einfach so missbraucht, sind wir wirklich an einem ganz schrägen Ort. Und das Biogas hilft uns letztendlich in der Bewertung der energietechnischen Situation nichts. Wir lösen das Problem nicht, wir verschieben es einfach auf das Ausland. Das ist keine Lösung. Deshalb sagen wir dezidiert Nein zu einem solchen Projekt, wie wir es auch schon beim Cabrio-Dach gesagt haben. Wir waren dort beim Referendum zuvorderst dabei. Die Grünen/AL waren die einzige Fraktion, die von Anfang an zu dieser Traglufthalle ein Nein gab.

Wir sind aber sehr dafür und würden das sehr unterstützen, dass man ein Projekt aufgleist, das jetzt ernsthaft die Thematik mit einem zweiten Hallenbad angeht. Und ich meine auch, da bin ich sehr einig mit dem, was auch andere schon sagten heute Abend, das müssten wir gemeinsam versuchen zu machen. Es kann nicht sein, dass diejenigen, die jetzt von aussen gekommen sind, die uns quasi mit dieser Initiative nochmals beauftragt haben, doch diese Ballonhalle zu machen, dass diese nicht etwas beitragen dazu. Sie haben da ja jetzt auch gesagt, sie wollten mithelfen. Dann sollen sie mithelfen. Diese Gemeinden sollen mitfinanzieren. Nicht dass wir die Tarife erhöhen für die, die von auswärts kommen. Das funktioniert nicht, da muss ich Dir widersprechen, Thomas. Das wird nicht funktionieren. Aber was funktionieren kann, ist ein Verband – ein Zweckverband oder etwas ähnliches, bei dem man gemeinsam einen Finanzierungsschlüssel festlegt und das gemeinsam anpackt. Und zwar jetzt, nicht irgendwann. Jetzt ist Zeit für das. Und es ist sinnvoll und zweckmässig, wenn wir das angehen. Und dieses Projekt da empfehle ich definitiv zur Ablehnung.

M. Steiner (SP): Sportliche Infrastrukturbauten haben einen schweren Stand in Winterthur. Obwohl der Bedarf an zusätzlicher Wasserfläche für den Breitensport wie auch für den Schwimmunterricht an den Winterthurer Schulen seit vielen Jahren ausgewiesen ist, gelingt es uns nicht, eine gemeinsame, tragfähige und nachhaltige Lösung auf Stadtgebiet zu realisieren. Das ist sowohl für den Wassersportler wie auch für die Schulen von Winterthur frustrierend.

Der jetzt vom Stadtrat präsentierte Vorschlag reiht sich aus unserer Sicht leider nahtlos in diese Reihe ein. Das Projekt Traglufthalle ist keine nachhaltige Lösung, um dem Problem an knapper Wasserfläche zu begegnen.

Die SP-Fraktion wird aus folgenden Gründen dem Kreditantrag mehrheitlich nicht zustimmen: Es ist aus ökologischer Sicht nicht vertretbar, eine Halle für die nächsten 10-15 Jahre zu erstellen, die eine solch schlechte Wärmedämmung im Vergleich zu festen Bauten hat. Die Winterthurer Stimmbevölkerung hat sich im Jahr 2012 für eine Reduktion des Energieverbrauchs bis ins Jahr 2050 und für den entsprechenden Absenkpfad entschieden. Die Fernwärme entspricht diesem Energieziel, auch wenn sie mit dem Bubentrickli mit dem Kauf von Biogas-Zertifikaten kompensiert wäre.

Verglichen mit anderen Zürcher Gemeinden bekommen die Winterthurer Schüler äusserst wenig Schwimmunterricht. Grund dafür ist hauptsächlich die fehlende Infrastruktur. Die Traglufthalle vermag da aber leider keine wesentlichen Verbesserungen für den Schwimmanfänger zu erbringen. Der Schwimmunterricht an den Schulen in Winterthur startet und endet mit der 3. Klasse. Der Kanton empfiehlt 76 Schwimmlektionen. Winterthur bietet im Rahmen des vertieften Schwimmunterrichts aktuell knapp 20 Lektionen an. Das Olympiabecken im Geis draussen ist durchgehend 2 m tief und eigentlich deshalb nicht für den Schwimmunterricht in der Unterstufe. Wir erreichen keine wesentlichen Verbesserungen der Lernziele im Schwimmunterricht. Mit der Traglufthalle haben wir nicht mehr Winterthurer Kinder, die schwimmen können.

Es wurde schon mehrfach gesagt: Städtebaulich ist eine solche Traglufthalle, gerade auch für die unmittelbare Nachbarschaft im Geiselweid, wenig ansprechend. Mit Gegenwind aus dem Quartier ist mit Sicherheit zu rechnen.

Die SP-Fraktion sieht aber nach wie vor den Bedarf an zusätzlicher gedeckter Wasserfläche. Wir möchten aber eine nachhaltige Lösung. Eine Lösung, die dem Selbstverständnis der Stadt gerecht wird, die die Bedürfnisse von Wassersportlern, aber auch aus ökologischer Sicht, abdeckt.

Eine Minderheit der Fraktion wird deshalb auch dem Antrag zustimmen. Das aus dem Grund, weil eine Traglufthalle als Übergangslösung einen kurzfristigen Beitrag leisten kann, um das ausgewiesene Manko an Wasserfläche zu beheben. Und weil eine nachhaltige Lösung nach wie vor nicht in Sicht ist.

R. Keller (SP): Das ist gerade gut, da schliesse ich gerne an und sage etwas zur Interpellation, die Roland Kappeler und ich mit 21 Mitunterzeichnenden eingereicht haben. In weiser Voraussicht, dass es mit der Traglufthalle vielleicht schwierig werden könnte, und auch, weil wir selber auch ein bisschen ein mulmiges Gefühl haben aus ökologischen Gründen, dem zuzustimmen, sagten wir, das kann allerhöchstens eine Lösung sein, die in einer Übergangszeit mehr Wasserfläche bietet - und ganz sicher nicht etwas, dass auf alle Zeiten dieser «aufgeblasene Schlauch» in diesem Quartier steht.

Ich habe ganz erfreut zur Kenntnis genommen, dass es offenbar in den Parteien einen grossen Konsens gibt, dass man ein zweites Hallenbad will. Und wir kommen in den nächsten paar Tagen oder ganz sicher Wochen auf Euch zu und werden das weiterverfolgen.

Die Antwort des Stadtrates zu dieser Interpellation ist ein bisschen nichtssagend. Der Stadtrat zählt die verschiedenen Punkte auf, weshalb ein neues Hallenbad eben nicht geht und weshalb man dort nicht ausbauen kann usw. Das ist eine Antwort, mit der man eigentlich nicht so viel anfangen kann. Und ich glaube, dass es jetzt dann ein guter Zeitpunkt ist, um angesichts der Diskussion, die wir jetzt über diese Traglufthalle hatten, und angesichts davon, dass wir uns einig sind, dass es zu wenig gedeckte Wasserfläche hat, dass wir jetzt in Minne miteinander (was wir ja selten machen) etwas anpacken können, das eine Zeitdimension hat von vielleicht 10 Jahren. Vielleicht geht es auch 11 Jahre oder so. Aber ein Projekt, das wir für Winterthur, für die Vereine, für die Leute, die gerne schwimmen, für die Familien entwickeln könnten, das attraktiv ist und das für die Stadt einen Mehrwert bringt.

Also, wir sind unzufrieden mit der Antwort. Natürlich, wir haben die Antwort verstanden, aber mit dieser Antwort können wir nicht viel anfangen. Und ich denke, der Stadtrat hat uns da sozusagen einen Ball zugeworfen und sagt, macht etwas Konkreteres und dann kommt wieder. Und das werden wir machen, zusammen mit allen anderen Parteien.

S. Kocher (GLP): Danke, Gaby, für Deine Präsentation. Schwimmen ist etwas für gross und klein. Wasserfläche ist beliebt und begehrt. Schwimmen ist auch sehr gesund und günstig und bedient sich daher auch vollkommen nachvollziehbar einer grossen Beliebtheit. Entsprechend ist der Mangel an Hallenbad-Wasserfläche in der Stadt Winterthur unbestritten.

Wenn man schaut, was an Wasserfläche im Sommer im Vergleich zum Winter zur Verfügung steht, dann unterstreicht das dieses Missverhältnis nochmals ganz deutlich. Selbst der Kanton vermerkt dies als Mangel in Winterthur, im Rahmen seines Anlagekataloges der Sportanlagen.

Seit Jahren versucht man auf allen Ebenen, eine Lösung zur Behebung an Hallenbad-Wasserfläche zu finden. Das mit etwas, das ökologisch optimiert und ökonomisch tragbar ist. Bis heute sind alle Versuche gescheitert. Jetzt ist eine neue Vorlage, basierend auf dem Gegenvorschlag des Grossen Gemeinderates auf dem Tisch. Mit dieser heutigen Lösung sind wir überzeugt, den angestrebten Kompromiss zwischen Ökologie und Ökonomie gefunden zu haben. Das vorgeschlagene Tragluftmodell ist technisch auf einem sehr modernen Stand. Die baulichen Massnahmen zum Fixieren dieser Traglufthalle sind überschaubar und machbar. Die notwendigen Veränderungen im Hauptgebäude bringen sogar Vorteile für den Sommerbetrieb in der ganzen Geiselweid-Anlage.

Ökonomisch scheint diese Lösung bestmöglich optimiert. Wenn man die jährlichen Betriebskosten der Traglufthalle von 420'000 Fr. mit den Betriebskosten des Hallenbades (3.5 Mio. Fr.) vergleicht, scheint der Unterhalt und Betrieb dieser Traglufthalle geradewegs sehr günstig und vernünftig zu sein.

Energetisch hätten wir uns ebenfalls eine noch effizientere Lösung gewünscht. Mit der Nutzung der Abwärme der KVA und der CO₂-Kompensation des Energiebedarfs mit Bio-Zertifikaten ist immerhin ein vernünftiges Modell gefunden worden, so dass man im Gesamten die Überbrückungslösung Traglufthalle als ökologisch vertretbar taxiert.

Mit der Volksinitiative 2016 hat die Winterthurer Stadtbevölkerung ihre Bedürfnisse für mehr Wasserfläche im Winter zum Ausdruck gebracht. Aufgrund der ablehnenden Haltung des Stadtrates zu dieser Volksinitiative hat der Grosse Gemeinderat einen Gegenvorschlag beschlossen. Jetzt ist dieser Gegenvorschlag auf dem Tisch. Ein Nein würde das gesamte Thema versenken, was man ja eigentlich schon 2017 beim Beschluss vom Gegenvorschlag hätte machen können.

Wir wollen, dass für das Winterthurer Stimmvolk diese Chance erhalten bleibt, sich zu diesem Sachverhalt auch äussern zu können, wenn es so will. Nur schon deshalb kommt eine Ablehnung für die GLP nicht in Frage.

Ein neues Hallenbad, sofern das finanziell tragbar ist, kommt frühestens in 15-20 Jahren. Dazu bietet diese Traglufthalle die ideale Überbrückungslösung zu einem günstigen Preis mit einer energetisch vernünftigen Lösung. Somit ist ein Nein zu diesem Kreditantrag gleichbedeutend mit einem Nein zum Schwimmsport in Winterthur und einem Vertrösten von allen auf eine Lösung in frühestens 15 Jahren. Das wollen wir so nicht. Deshalb stimmt die GLP-Fraktion diesem Kreditantrag geschlossen zu.

Noch ganz kurz zur Interpellation: Wir nehmen die Antwort des Stadtrates dankend zur Kenntnis. Für das zukünftige Schicksal der Schulschwimmanlage Wülflingerstrasse bleiben die weiteren Schritte des Stadtrates mit Spannung abzuwarten. Als eher schwierig einzuordnen bleibt die in der Interpellation aufgeworfene Frage von einer interkommunalen Trägerschaft für ein solches Hallenbad. Da erscheinen für uns erhöhte Eintrittspreise für Auswärtige, wie vom Stadtrat erwogen, zwar nicht als die Lösung, aber wahrscheinlich eher die zielführende Sicht. Schliesslich können die städtischen Bäder nicht kostendeckend betrieben werden. Quersubventionierung aus dem allgemeinen Haushalt wird bisher jedoch alleine der Stadt belastet. Wir denken, freiwillig wird sich das Winterthurer Umfeld nicht an diesen Kosten beteiligen wollen. Und deshalb bleibt da wohl nur die vom Stadtrat geprüfte, angemessene Erhöhung der Tarife für auswärtige Nutzer.

A. Geering (CVP/EDU): Die CVP/EDU-Fraktion, ich nehme es vorweg, stimmt dieser Traglufthalle über dem Freibad Geiselweid zu. Ich möchte kurz ausführen weshalb.

Ich muss mir immer ein bisschen das Schmunzeln verkneifen, wenn man von «Wasserfläche» spricht in diesem Zusammenhang, weil die Fläche alleine reicht ja nicht. Man kann ja nicht einfach darübergehen, sondern man muss lernen, einzutauchen und darin zu schwimmen, sonst geht man unter, wenn man darauf ist. Und damit man das eben kann, das ist wirklich so, dafür brauchen wir mehr gedecktes Wasser in Winterthur. Das hat der Mitbericht der BSKK klar festgehalten, als es um die Initiative für die Traglufthalle ging. Dort haben wir in der BSKK festgestellt, dass wir mehr gedecktes Wasser brauchen in Winterthur, für die Freizeitschwimmer, für die Bevölkerung, für die Sportvereine und auch für die Schulen.

Und mit dieser Traglufthalle kann dem gedeckten Wassermangel in den Wintermonaten Abhilfe geschaffen werden. Das Projekt überzeugt uns als Fraktion und es überzeugt auch den Kanton. So würde sich der Kanton Zürich mit 15% an den Investitionskosten beteiligen und offensichtlich hat er auch beim Abklären des Baus attestiert, dass die Beheizung mit diesen Biogas-Zertifikaten sehr wohl bewilligbar ist.

Ja, und wenn der Kanton überzeugt ist und wir überzeugt sind, dann hoffen wir, dass auch Ihr Euch heute überzeugen lässt, und man anschliessend auch eine Abstimmung gewinnen kann, eine Volksabstimmung, wenn es dann zu einem Referendum käme. Wir werden allerdings auch erwarten, dass die Wassersportvereine, die die Hilfestellung beim Auf- und Abbau

in Aussicht gestellt haben, diese Hilfestellungen auch wirklich leisten, wenn dann diese Traglufthalle einmal Tatsache ist.

Ich möchte mir noch eine Bemerkung zur Beheizung erlauben. Das Freibad Geiselweid wird in der Zwischensaison mit der Abluft der Kehrlichtverbrennungsanlage der Stadt beheizt. Das ist also technisch bereits vorhanden. Und wir wissen (das ist jetzt nicht im Zusammenhang mit dem Schwimmbad, sondern im Zusammenhang mit der Fernwärme, die sonst noch produziert wird in der Kehrlichtverbrennungsanlage), dass an ganz kalten Wintertagen diese Fernwärme nachgeheizt werden muss, damit diese Wärme für die Gebäude liefern kann. Man macht das mit fossiler Energie. Beim Geiselweid, bei dieser Traglufthalle, wird man diese Energie mit diesen Biogas-Zertifikaten veredeln und damit eigentlich ein besseres Produkt haben für die Fernwärme für das Geiselweid als für die restliche Fernwärme, v.a. an den ganz kalten Tagen, an denen man eben nachheizen muss. Und natürlich kann man das Biogas auch rezertifizieren und sagen, ausländischen Zertifikaten könne man nicht trauen. Das ist aber allgemeines Label-Bashing, das man auch hört im Zusammenhang mit Max Havelaar-Labels, von denen man sagt, man könne ihnen nicht mehr trauen, oder anderen Nachhaltigkeitslabels, die in letzter Zeit stark kritisiert werden, weil man sich fragt, ob sie wirklich das liefern, das sie versprechen.

Dann wurde auch gesagt, dass wir die Energieziele 2050 haben. Ich bin der Meinung, wenn alle, die heute versprochen haben, sich für ein fixes, festes Hallenbad einzusetzen, dann brauchen wir diese Traglufthalle die ersten 15 bis max. 20 Jahre, die diese Traglufthalle hat. Dann müssen wir diese nicht ersetzen und nochmals einen Ballon machen für nochmals 15 Jahre, sondern dann hätten wir dann das Hallenbad. Das heisst, das Ziel von 2050 ist durch die Traglufthalle nicht angegriffen, weil man das 2040 zurückbauen kann. Der Absenkungspfad würde anders verlaufen, der würde eine andere Kurve nehmen, aber bis 2050 hätten wir diese Traglufthalle nicht mehr, wenn man dann zum Beschluss käme, dass man ein solches Hallenbad bauen möchte.

Das kann man heute aber in Frage stellen. Als wir nämlich den Gegenvorschlag verabschiedet haben, dort hatten wir ein starkes Verhältnis, um diesem Gegenvorschlag in Auftrag zu geben. Heute, wo wir darüber abstimmen, bröckelt der Gegenvorschlag. Man weiss also nicht so richtig, ob die, die damals für den Gegenvorschlag waren, jetzt dagegen sind und sagen, sie wollen lieber ein richtiges Hallenbad. Ob dann diese, wenn es soweit ist, dann auch noch für ein richtiges Hallenbad eintreten würden, oder wie jetzt mit diesem Gegenvorschlag sagen «Ui nein, jetzt wollen wir doch nicht mehr!» Und einfach ein Hallenbad bauen, das dann allen Energie- und Nachhaltigkeitszielen entspricht, das wird dann schon auch noch eine Herausforderung, damit es alles abdeckt – und wird vielleicht auch nicht ganz günstig.

Und das Argument, das auch noch kam, alle Sportarten hätten zu wenig von allem in Winterthur und deshalb können wir jetzt dem nicht zustimmen – dann geben wir doch einfach allen nichts und dann haben alle gleich viel zu wenig. Auch das, lieber Reto, ist nicht wirklich ein Argument, das unsere Stadt weiterbringt.

Die CVP/EDU-Fraktion möchte in diesem Sinn, dass wir heute dem Kreditantrag zustimmen und so helfen, den Mangel an gedecktem Wasser zu lindern. Wir hoffen auch, dass sich das Quartier auf diese Entwicklung einlassen kann, zumal sich ja alle (oder die meisten) einig sind, dass es eine Übergangslösung sein soll. Und ich denke, man darf da ganz im Sinne eines Slogans, den eine Partei in diesem Parlament sonst auch braucht, diesen auch heute brauchen: «Das Geiselweidquartier für alle statt für wenige.» Insbesondere auch, wenn es um die Traglufthalle geht, die ja kleiner sein wird als das Cabrio-Dach und im Sommerhalbjahr verschwindet und weg ist, wie es auch schon gesagt wurde.

Ich möchte noch kurz etwas sagen zur Interpellation zum Hallenbad: Das eine ist zur Interpellation selber, liebe SP. Die Fragen sind eigentlich in der Kommissionsbehandlung, die wir hatten zur Initiative und zum Gegenvorschlag am 16. Januar und 17. März 2017 in der BSKK oder in der gemeinsamen Kommissionsbehandlung bereits gestellt worden. Und es verwundert nicht, dass der Stadtrat damals in der Kommission und anschliessend in der Interpellation eigentlich gleich geantwortet hat. Aufgrund des Kommissionsgeheimnis führt der Sprechende heute nicht aus, wer das Copyright an diesen Fragen eigentlich hätte, aber ich glaube, wenn

Ihr Euch aufdatiert hättet bei Euren Gspänli von der BSKK, dann hättet Ihr diese Antworten schneller bekommen und so gewusst, was Sache ist.

Inhaltlich zur stadträtlichen Antwort: Die CVP/EDU-Fraktion teilt die Ansicht des Stadtrates, dass der Bau eines neuen Hallenbades die finanziellen Verhältnisse der Stadt Winterthur überfordert. Wir sind der Meinung, das kann die Stadt nicht alleine machen, und wir hoffen, dass man das weiterverfolgt, dass sich die Gemeinden rundum, die ja auch nach mehr gedecktem Wasser in Winterthur rufen, sich am Bau und Betrieb beteiligen müssten. Das wäre für uns die Voraussetzung, dass man so etwas bauen könnte.

Wir haben heute über eine regionale Anstalt für Abwasser beschlossen – vielleicht kommt man zu dem Punkt, an dem man auch einmal über eine regionale Anstalt für Badwasser entscheiden kann. Ich glaube, das wäre der Weg vorwärts Richtung Hallenbad.

M. Wenger (FDP): Als Mitglied des Trägervereins danke ich dem Gemeinderat, dass er den Gegenvorschlag sinnvoll verbessert und unterstützt hat. Der Stadtverwaltung mit Dave Mischler danken wir für die gute Vorlage, die aus diesem Vorschlag entstanden ist, und allen Bedürfnissen Rechnung getragen hat.

Der Trägerverein Traglufthalle Geiselweid wurde Anfang 2016 gegründet von Winterthurer Vereinen, die Wassersport betreiben, und von diversen sportfreundlichen Gemeinderätinnen und Gemeinderäten. Der Verein hat mit einer Volksinitiative in knapp 3 Monaten über 2'200 gültige Winterthurer Unterschriften gesammelt (1'000 hätten eigentlich schon gereicht, aber man wollte ein Zeichen setzen).

Dann hat man aber dem Gegenvorschlag des Gemeinderates vertraut und die Volksinitiative zurückgezogen. Und jetzt freuen wir uns über dieses gute Projekt, das zu doppelt so viel Schwimmfläche im Winter führt. Denn wir haben nur ein Hallenbad. Dann haben wir noch 9 x 16 m Schulschwimmbecken – das ist wohl nicht der Riesenknaller. Aber die doppelt so grosse verfügbare Schwimmfläche führt dazu, dass sich der Dichtestress in der Halle auflöst und das mehr Schwimmvergnügen für alle bedeutet. Und der Vorschlag dazu ist eine attraktive, helle Traglufthalle, in der man gut schwimmen kann, trainieren und Sport treiben. Und dank mehr Platz werden auch die Plauschschwimmer wieder vermehrt ins Geiselweid zurückkehren (ich gehöre dann dort auch dazu).

Die IG Wassersportverein und Winterthurer Sportverband wünschen sich deshalb ein klares Ja vom Gemeinderat und keine unsportlichen Verzögerungen.

Meine persönliche Sicht der Dinge noch dazu: Vom Cabrio-Dach 2012 (das ist immerhin 7 Jahre her, in 7 Jahren kann man sich auch entwickeln) – dieser Umweg hat sich für mich gelohnt. Die Traglufthalle gefällt mir besser. Sie ist optisch schöner, v.a. gar nicht so wuchtig. Wenn man sie jetzt so gross und hässlich darstellt: Sie ist kleiner als Win4, die man als eine der schönsten Sporthallen preist, die erst gerade diesen Sommer fertig wurde.

Im Herbst aufstellen, im Frühling wieder abräumen - und wir behalten die Vorteile, die die Freiluftbadi einfach hat. Investitionskosten von 2.1 Mio. statt 4.8 Mio. mit dem Cabrio-Dach. Tiefere Betriebskosten als beim Cabrio-Dach (auch klar – es ist nur ein halbes Jahr). Energie und Wärme braucht diese Traglufthalle natürlich auch, und diese beziehen wir von der Kehrichtverbrennungsanlage, weil es Sinn macht. Ich hätte natürlich gerne Biogas von Biorender genommen, aber leider ist das nicht möglich.

Bis jetzt geben wir pro Jahr für das Hallenbad 3.5 Mio. aus. Für 420'000 mehr (das ist netto mehr, das sind 12%) bekommen wir knapp doppelt so viel Schwimmfläche, also zusätzliche 6 50-Meter-Bahnen, im Winter. Ich finde das eigentlich noch ziemlich gut. Das wird immer etwas kleingeredet, aber das ist schon fast eine Verdoppelung.

Und den bestehenden Platz im Geiselweid besser zu nutzen, das macht einfach Sinn. Wir haben bei der Eishalle übrigens auch noch ein zweites Eisfeld nebenan draussen, weil es nebensächlich einfach Sinn macht. Wir haben bei den Fussballfeldern Naturrasen und wir haben Kunstrasen – weil das einfach Sinn macht.

Die Traglufthalle löst das Problem der fehlenden Schwimmfläche für die nächsten 15 Jahre. Zwischenlösungen haben oft ein sehr langes Leben – ganz einfach weil sie gut sind. Und man könnte auch noch ganz, ganz lange von einem 2. Hallenbad träumen, wie wir diese 30-40 Mio. herbringen. Das mit dem Zweckverband haben wir übrigens schon einmal probiert,

das als Erinnerung für diejenigen, die schön länger dabei sind. Das hat nicht ganz so geklappt.

Deshalb bitte ich Euch: Wacht auf und stimmt Ja und lehnt jegliche Verzögerungen ab. Danke.

G. Gisler (SVP): Die SVP hat Stimmfreigabe beschlossen. Ich spreche für jenen Teil, der den Kredit befürworten wird.

Haben Sie auch schon an einem regnerischen Samstagmorgen das Hallenbad Geiselweid besucht? Bei meinem letzten Besuch im letzten Herbst, da war ich gelinde gesagt schon etwas schockiert. Jede Ecke der Wasserfläche war besetzt. Und unter den Besuchern – sehr lobenswert – waren auffallend viele Väter mit ihrem Nachwuchs.

Es ist hinreichend bekannt, dass Freizeit- und Vereins-Wassersportler und -sportlerinnen schon seit vielen Jahren mit diesem Mangel leben müssen und sich verständlicherweise mehr Infrastruktur, also mehr Hallenbadfläche, wünschen.

Zum Vergleich, wir haben es schon gehört: Zürich hat mit 400'000 Einwohner 6 Hallenbäder zur Verfügung. Winterthur dagegen mit über 110'000 Einwohnerinnen und Einwohnern hat gerade mal 1 öffentliches Hallenbad zur Verfügung.

Angesichts dieser grossen, übergrossen Nachfrage nach Wasserfläche ist in der Zwischenzeit das Verständnis in Winterthur und auch hier im Parlament für den Bau eines zweiten Hallenbades in Winterthur gestiegen. Doch ein solches Projekt braucht Zeit, von der Planung bis zur Inbetriebnahme wird mit mindestens 15 Jahren gerechnet. Die Lebensdauer übrigens einer solchen Traglufthalle ist auch bei ca. 12-15 Jahren, wie uns mitgeteilt wurde. Ein passender Ort, die Finanzierung und das entsprechende Bauprojekt müssen dann allenfalls für ein neues Hallenbad zuerst gefunden werden.

Mit der Beschliessung des Gegenvorschlages am 27. März 2017 hat dieses Parlament ein positives Signal ausgesendet, dass wir gewillt sind, dem Wassersportler mehr Fläche zu verschaffen. Nicht zuletzt aufgrund dieses positiven Signals wurde dann auch die Initiative zurückgezogen.

Bei einem Nein heute Abend wird die Möglichkeit auf mehr Wasserfläche auf den Sankt-Nimmerleins-Tag verschoben. Wir haben doch lieber den Spatzen in der Hand als die Taube auf dem Dach. Es braucht für jetzt eine Lösung. Die Traglufthalle verschafft damit auch Zeit, um dann auch energetisch, ästhetisch und örtlich eine nachhaltige Lösung für ein Hallenbad im konventionellen Bau finden zu können. Bis dahin soll aber die Traglufthalle das Manko an gedeckter Wasserfläche im Winter überbrücken.

Liebe Ratskolleginnen, liebe Ratskollegen, geben Sie dieser Übergangslösung eine Chance. Die Initiative respektive der Gegenvorschlag verdient es, dass die Bevölkerung – es ist ja davon auszugehen, dass bei einem Ja im Parlament ein Referendum ergriffen wird und dass es dann zu einer Volksabstimmung kommen wird – nochmals selber über diese Wasserfläche befinden kann.

Das vorliegende Projekt ist im Gegensatz zum Cabrio-Dach wesentlich abgespeckter, im Sommer ist von diesem Bau nichts zu sehen. Und deshalb nochmals der Appell an Sie, und v.a. auch an meine Fraktionskollegen, die da noch unentschieden sind: Geben Sie der direkten, demokratischen Willensäusserung nochmals eine Chance, indem Sie heute Ja stimmen. Meine Damen und Herren, im schlechtesten Fall dauert es nochmals eine ganze Generation, bis das Thema dann endlich gelöst ist. Das wäre schon etwas sehr lange – ich glaube, da sind Sie auch dieser Meinung.

G. Stritt (SP): Auch wenn aus der SP bereits zwei Stimmen gehört wurden, möchte jetzt noch als Stimme aus dem Quartier noch ein paar Worte gegen diese Traglufthalle sagen. Bereits 2012 wurde das Cabrio-Dach über dem Freibad Geiselweid aus ökologischen und städtebaulichen Gründen von der Quartierbevölkerung mit einem Referendum bekämpft und wurde dann an der Urne auch klar abgelehnt. Die geplante Traglufthalle ist im Vergleich zum damaligen Bauvorhaben energetisch noch viel problematischer und deshalb nicht vertretbar.

Der hässliche Anblick von diesem dominanten Plastikballon inmitten eines Wohnquartiers mit vielen denkmalgeschützten Häusern, bei denen bei Umbauten strengste Sonderbauvorschriften gelten, ist wie eine Faust auf das Auge.

Dazu kommt die Lärmbelastung durch das 24-Stunden-Gebläse, das man zwar durch geschlossene Fenster nicht hören sollte, aber doch auch eine Beeinträchtigung ist für die Lebensqualität der Quartierbewohner, v.a. in der Nacht.

Auch gibt es mit diesen Traglufthallen über Bädern noch relativ wenige Erfahrungen. Die aktuellen Projekte, die es gibt, die man jeweils auch genannt hat im Zusammenhang mit dieser Vorlage, sind die in Romanshorn und Schaffhausen. Sie befinden sich alle entweder in einer Sportanlage oder in Randgebieten, und sie stehen alle nicht inmitten eines Wohnquartiers. Somit kennt man auch keine verlässlichen Erfahrungswerte bezüglich der wirklichen Auswirkungen einer solchen Traglufthalle für die Quartierbevölkerung. Die Quartierbevölkerung muss aber davon ausgehen, dass allenfalls noch weitere, jetzt noch nicht bekannte Beeinträchtigungen in Kauf genommen werden müssen.

Aktuell wird immer von einem Provisorium von 10 Jahren gesprochen. Es ist allerdings noch nirgends festgeschrieben und garantiert, dass ein zweites Hallenbad vom Volk akzeptiert wird und auch hier drinnen gibt es ganz viele kritische Stimmen. Das würde aber bedeuten, dass diese Traglufthalle für die Bevölkerung nicht nur ein 10-Jahres-Provisorium ist, sondern dann am Schluss noch eine Dauerlösung wird.

Kurzum: Die Lösung mit dieser Traglufthalle ist eine Zwängerei und für das Quartier eine Belastung und aus energetischer und städtebaulicher Sicht eine Zumutung. Und wie die Befürworter dieser Traglufthalle Stimmen für sich möchten, hoffe ich auch, dass man auch die Stimmen für das Quartier gibt und diesen Ballon wieder in Luft auflöst.

R. Diener (Grüne/AL): Nur kurz: Es sind viele Träume, die in dieser Runde da wiederaufkommen und geträumt werden. U.a. geht man davon aus, die CVP/Andreas Geering hat es gesagt, er geht davon aus, dass wir diese Bewilligung bereits hätten. Dem ist nicht so, liebe Leute, dem ist nicht so. Wir haben vom Kanton lediglich einmal eine gewisse, nicht-negative, nicht bereits vorab ablehnende Stellungnahme erhalten. Es wurde in Aussicht gestellt, dass man eventuell eine Bewilligung bekommt. Es ist nicht so, dass die Bewilligung schon gesichert ist. Das ist einmal das Erste.

Das Zweite ist: Es wird jetzt wieder geträumt, man könnte, wenn man ein neues Hallenbad baut (oder statt einem neuen Hallenbad oder anstelle oder auch mit einem neuen Hallenbad) die Preise einfach für Auswärtige höher setzen. Nein, das ist eine Mittelaltermethode. Wollt Ihr da irgendwo eine Schranke herunterlassen und dann nur noch die einen hineinlassen und die anderen nicht? Nein! Wenn wir etwas machen, dann machen wir es richtig. Und es wurde auch gesagt, das ist auch der Traum, den viele Leute haben: Ja, jetzt machen wir eine Übergangslösung für 15 Jahre. Das wird nicht eine Übergangslösung sein. Das wird nachher als ein Provisorium auf fast ewig stehenbleiben - und für das ist es dann wirklich der falsche Ansatz. Wenn wir das jetzt als Übergangslösung bauen, dann riskieren wir, dass man das andere gar nicht mehr ernsthaft verfolgt. Es ist ja sowieso teuer und wir finden ja ohnehin niemanden, der mitmacht... Nein! Wir müssen jetzt Nein sagen, um den Druck aufrecht zu erhalten, eine richtige Lösung aufzusetzen. Eine richtige Lösung, die nachhaltig auch den Energiezielen, den Klimazielen entspricht. Wenn wir das jetzt ernst nehmen wollen, für das sich die Schweiz und auch wir hier in Winterthur dazu committed haben, dann dürfen wir solche Projekte nicht immer wieder als Übergangslösung, als Provisorium, noch schnell und da noch etwas und weil es halt gerade opportun ist, machen. Ich habe natürlich den Vorteil, dass wir von Anfang an Nein gesagt haben. Ich muss auf niemanden Rücksicht nehmen. Aber ich bitte Euch wirklich, das gut zu überlegen.

K. Cometta (GLP): Ich bin ehrlich gesagt ein bisschen konsterniert über die unheilige Allianz, die sich da am Zusammenbrauen ist. Die Hoffnung stirbt zuletzt, vielleicht haben wir heute Abend ja auch eine Traglufthalle beschlossen.

Aber Du hast es richtig gesagt, Reto, es wird viel geträumt heute Abend. Es wird von Zweckverbänden und von Hallenbädern geträumt. Aber am Schluss des Traumes, meine Damen

und Herren, geht es heute um die Frage: Haben wir in Winterthur künftig genügend Wasserfläche, Ja oder Nein. Haben wir Platz für unsere Sportlerinnen und Sportler, haben wir Platz für die Plauschschwimmerinnen und -schwimmer (da gehöre ich auch dazu), haben wir Platz für die Schulen, und so weiter und so fort. Im Moment haben wir zu wenig Platz.

Und logisch, ja, es ist eine Güterabwägung zwischen den Bedürfnissen nach mehr Wasserfläche (ich brauche halt trotzdem das Wort «Wasserfläche») und den ökologischen Anliegen. Ich meine, richtig ökologisch ist die Töss, aber dort will wohl niemand von uns im Winter schwimmen gehen...

Es wurde richtig gesagt: Diese Güterabwägung ist nicht einfach zu machen. Und deshalb: Geben wir doch dem Volk die Chance, diese Güterabwägung zu vollziehen. Wir haben einen Gegenvorschlag beschlossen, und zwar deutlich mit 37:18 Stimmen in diesem Rat. Der Stadtrat bzw. die Verwaltung haben den Gegenvorschlag ausgearbeitet. Und ich finde es nicht redlich, wenn wir diesen heute Abend abschliessen, weil das Initiativkomitee die Initiative zurückgezogen hat und man so quasi das Geschäft beerdigt ohne Volksabstimmung.

U. Hofer (FDP): Nur ganz kurz: Ich habe das Gefühl, wir treffen heute einen wichtigen Entscheid für den Winterthurer Sport. Deshalb stelle ich den Ordnungsantrag auf Namensaufruf.

Stadtrat J. Altwegg: Herzlichen Dank an Gaby Gisler für das Vorstellen des Geschäftes. Das ist sehr gut gelungen, detailliert und umfassend.

Der Stadtrat hat dieses Projekt in Ihrem Auftrag ausgearbeitet. Wie ich das verstanden habe, hat Markus Wenger attestiert, dass wir das gut gemacht haben. Herzlichen Dank für die Blumen, die ich auch gerne weiterleiten werde an das Sportamt.

Die Details von solchen Sachen sind jeweils ein bisschen aufwändiger, als man das gedacht hat. Es ist eben nicht einfach ein Ballon, in den man Luft hinein- und wieder hinauslassen kann. Es braucht doch rundherum noch ein bisschen mehr. Und der Stadtrat ist ganz klar der Meinung, dass trotz dieser guten Vorlage die Traglufthalle zu teuer ist und auch den ökologischen Grundsätzen, der diese Stadt nachleben sollte gemäss dem Auftrag, den wir von der Bevölkerung haben, entsprechend nicht gut umgesetzt werden kann.

Ich danke Michael Gross für seine Einschätzungen. Er bezieht sich auch auf die Winterthurer Bevölkerung. Und es gibt die Interpellation, dass wir doch in Angriff nehmen sollen, in nächster Zeit zu einem vernünftigen Preis ein Hallenbad zu bauen. Was immer dann ein vernünftiger Preis ist, das gibt allenfalls dann noch Diskussionen, könnte ich mir vorstellen.

Wo ich Sie wahrscheinlich enttäuschen muss, ist die Idee mit dem Zweckverband. Sie haben das als Erstes gebracht, es kam danach noch diverse Male. Ich habe schon verschiedentlich versucht, bei den umliegenden Gemeinden an informellen Anlässen das einmal ganz schüchtern anzusprechen, wie das aussehen könnte – ich muss ehrlich sagen, ich wurde meistens ausgelacht. Wenn Winterthur das wolle, dann sollen wir das machen, aber Unterstützung werde es keine geben.

Wo wir uns ja wohl wirklich einig sind: Wir haben zu wenig überdeckte Schwimmfläche. Ich glaube, da besteht Konsens vom Stadtrat und auch dem ganzen Parlament. Wie man dem entgegenwirken soll, das ist dann hingegen alles andere als klar.

Ja, die Geräusche waren ein Thema, die der Ballon macht. Das kann sicher ein Thema werden.

Von einem «Trick», was Biogas anbelangt, möchte ich eigentlich nicht sprechen. Das wurde auch diverse Male genannt, insbesondere in den Worten von Markus Wenger, der es schade fand, man könne kein Gas von Biorender einkaufen. Christian von Burg, seines Zeichens Ex-Chef von Stadtwerk (das ist schon ein Weilchen her), würde uns liebend gern Biogas von Biorender verkaufen, denn er betreibt Biorender durchaus gewinnbringend und verkauft auch Biogas. Aber das nur als kleine Klammerbemerkung.

In dem Sinn möchte ich noch einen Hinweis an das Parlament loswerden: Ihr habt die Bestellung 2017 aufgegeben. Seither sind keine wirklich neuen Erkenntnisse dazugekommen. Wir haben alles, was heute auf dem Tisch ist, damals auch schon so ein bisschen gewusst. Einfach um sich das ein bisschen bewusst zu machen: Wir haben für externen Aufwand 200'000 Fr. ausgegeben, interner Aufwand geschätzt wahrscheinlich auch nochmals 100'000 Fr. Also

rund eine Viertelmillion, die Sie heute, 2.5 Jahre später, allenfalls in der Eulach versenken. Einfach dass Sie sich dessen auch einmal bewusst sind. Wenn Sie etwas bestellen, sollte sich in der Zwischenzeit doch etwas bewegen.

In dem Sinn wünsche ich Ihnen jetzt eine gute Entscheidungsfindung, mit der Abwägung all dieser Dinge.

Ich weiss nicht, ob das durchkommt mit dem Namensaufruf, aber was immer Sie entscheiden, wir werden das dann selbstverständlich umsetzen.

Ratspräsidentin A. Steiner: Damit stimmen wir zuerst über den Namensaufruf ab.

Wer dafür ist, dass diese Abstimmung unter Namensaufruf stattfinden soll, soll das bitte bezeugen durch Handerheben.

Ja, das sind mehr als 20. Damit stimmen wir mit Namensaufruf ab.

Damit müssen wir auch nicht auszählen, das ist noch praktisch, denn für die Volksabstimmung müssen wir diese Zahlen dann ja gesichert haben.

	Ja	Nein		Ja	Nein
Deniz Cetin (SP)	--	--	Franco Albanese (SVP)		X
Astrid Erismann (SP)	X		Tobias Brüttsch (SVP)	--	--
Bea Helbling-Wehrli (SP)		X	Simon Büchi (SVP)		X
Lea Jacot-Descombes (SP)	--	--	Gabi Gisler-Burri (SVP)	X	
Roland Kappeler (SP)	X		Michael Gross (SVP)		X
Elif Kaylan (SP)	X		Hansrudolf Hofer (SVP)		X
Regula Keller (SP)	X		Daniel Oswald (SVP)		X
Fredy Künzler (SP)		X	Markus Reinhard (SVP)		X
Felix Landolt (SP)		X	Pacsal Rütsche (SVP)		X
Silvana Näf (SP)		X	Thomas Wolf (SVP)		X
Pia Schoch (SP)		X	Marc Wäckerlin (PP)		X
Dominik Siegmann (SP)	--	--			
Maria Sorgo (SP)		X	Carola Etter-Gick (FDP)	X	
Felix Steger (SP)		X	Stefan Feer (FDP)	X	
Markus Steiner (SP)		X	Yvonne Gruber (FDP)	X	
Silvio Stierli (SP)		X	Felix Helg (FDP)	X	
Gabriela Stritt (SP)		X	Romana Heuberger (FDP)	X	
Benedikt Zäch (SP)	--	--	Urs Hofer (FDP)	X	
			Thomas Leemann (FDP)	X	
Reto Diener (Grüne)		X	David Schneider (FDP)	X	
Renate Dürr-Ziehli (Grüne)		X	Markus Wenger (FDP)	X	
Christian Griesser (Grüne)		X			
Doris Hofstetter (Grüne)		X	Katrin Cometta-Müller (GLP)	X	
Nina Wenger (Grüne)		X	Urs Glättli (GLP)	X	

David Berger (AL)		X	Silvia Gyga-Matter (GLP)	X	
Katharina Gander (AL)		X	Samuel Kocher (GLP)	X	
			Markus Nater (GLP)	X	
Lilian Banholzer (EVP)	X		Annetta Steiner (GLP)	--	--
Michael Bänninger (EVP)	X		Martin Zehnder (GLP)	X	
Barbara Huizinga-Kauer (EVP)	X				
Sämi Müller (EVP)	X		Andreas Geering (CVP)	X	
			Iris Kuster (CVP)	X	
			Renata Luchinger-Mattli (CVP)	--	--
			Zeno Dähler (EDU)	X	

Ratspräsidentin A. Steiner: Ich hätte den Stichentscheid gerne gefällt, aber so lange es auf die gleiche Seite kommt, ist es gut.

Wir haben mit 27:26 Ja gestimmt.

Damit haben wir auch die Interpellation abgeschrieben.

7. Traktandum

GGR-Nr. 2019.5: Begründung des Postulats F. Helg (FDP.Die Liberalen), M. Gross (SVP/PP) und U. Glättli (GLP) betr. Verbesserung in der Darstellung von Budget und Jahresrechnung

Ratspräsidentin A. Steiner: Wir kommen zum Traktandum 7. Der Erstpostulant Felix Helg hat das Wort.

F. Helg (FDP): Wir alle im Gemeinderat verbringen viele Stunden mit dem Studium von Budget und Jahresrechnung. Insbesondere die Beurteilung des Budgets ist eines der wichtigsten Geschäfte im Jahresrhythmus des Gemeinderates.

Umso wichtiger ist es darum, dass die Dokumente, die übrigens auch einen beträchtlichen Umfang aufweisen, in formeller Hinsicht richtig und auch aussagekräftig sind. Seit der Einführung der «Wirkungsorientierten Verwaltungsführung» (WoV) sind die Dokumente weitgehend unverändert geblieben. Darum ist die Darstellung der Budget- und Rechnungsdokumente auch immer wieder Gegenstand von Diskussionen gewesen, allerdings ohne dass sich dann Wesentliches geändert hätte.

Darum ist es jetzt Zeit, den Stadtrat in einer verbindlicheren Form aufzufordern, sich Gedanken zu Verbesserungen zu machen und dies dann im Postulatsbericht darzulegen. Einzelne Punkte, die ganz besonders unter die Lupe zu nehmen sind, sind auch im Postulatstext aufgeführt, ohne aber eine abschliessende Aufstellung vorzugeben.

Ursprünglich bin ich davon ausgegangen, dass dieses Anliegen eigentlich im Interesse von allen sein müsste, doch scheint es da nun interessanterweise doch Widerstand zu geben. Ein Punkt, der mir genannt worden ist, ist dass man im Finanzdepartement ohnehin schon an der Arbeit sei. Auf das wird sicher noch die Finanzvorsteherin zu sprechen kommen. Weil es aber den parlamentarischen Gepflogenheiten entspricht, dass man nicht nochmals das Votum verlangt, wenn die Departementschefin gesprochen hat, will ich dazu doch noch etwas schon jetzt sagen.

Selbstverständlich ist es zu begrüßen, dass man intern Prozesse im Zusammenhang mit Budget und Jahresrechnung überprüft und anpasst. In welche Richtung dieser Prozess aber geht, weiss man noch nicht. Umso besser müsste es eigentlich sein, wenn der Weg, den der

Stadtrat einschlagen will, in die gleiche Richtung geht, wie der Weg, den der Gemeinderat bei einer Überweisung des Postulats begehen will. Insofern wird auch nicht mehr Aufwand generiert, und die Frist zur Beantwortung des Postulats – nämlich ein Jahr – lässt genügend Zeit, sich gründlich mit der Problematik auseinanderzusetzen und – so hoffe ich – zu nachhaltigen Lösungen zu kommen.

Darum bitte ich alle, der Überweisung dieses Postulats zuzustimmen.

M. Gross (SVP): Eigentlich gibt es den Ausführungen (ich habe zwar nicht alles gehört, aber ich weiss ungefähr, was Du sagen wolltest) von Felix Helg nicht viel mehr hinzuzufügen. Auch die SVP wünscht sich eine schlankere Ausführung des Budgets (wir würden uns auch ein schlankeres Budget wünschen – aber das steht da leider nicht zur Debatte), von daher stehen wir ganz hinter diesem Antrag.

Wir stehen alle zweimal im Jahr vor einem riesigen Berg Papier (oder die meisten von uns), den wir durcharbeiten müssen. Budget- und Rechnungskontrolle gehören zu den wichtigsten Aufgaben im Parlament. Deshalb wünschen wir uns möglichst benutzerfreundliche Unterlagen.

Aus meiner Sicht sind die Unterlagen heute nicht schlecht. Man kann nicht sagen, es ist alles schlecht, aber es gibt ein paar Dinge (wie zum Beispiel die Vorzeichenregelung), die zum besseren Verständnis helfen würden.

Seit der Einführung zum WoV, also der Wirkungsorientierten Verwaltungsführung, haben sich im Budget respektive der Rechnung inhaltlich nicht mehr so viel Grossartiges getan (ich hoffe, ich werde da nicht korrigiert). Von daher ist es an der Zeit, vielleicht eine Analyse zu machen, was man verbessern kann, damit Budget und Rechnung – wenn möglich – verschlankt werden. Wenn es nicht geht, dass es dann mindestens so gemacht wird, dass es z.B. mindestens bei den Vorzeichen überall gleich gemacht wird.

Von daher danke ich Euch für die Unterstützung dieses Postulats.

U. Glättli (GLP): Die Optimierung der Darstellung von Budget und Rechnung, wie das vom vorliegenden Postulat verlangt wird, trägt den Interessen von Corporate Governance, Transparenz, Übersichtlichkeit und Nachvollziehbarkeit unserer jährlichen Entscheidungsgrundlage Rechnung.

Zum Inhalt des Postulats gibt es den Erläuterungen der Vorredner aus meiner Sicht nichts mehr beizufügen.

Im Finanzamt gab es personelle Wechsel. Wir haben grosse Hoffnungen, dass sich die Zusammenarbeit zwischen Stadtrat, Verwaltung, Kommission und Rat auch dadurch in finanzpolitischer Hinsicht verbessern wird. Die Finanzstadträtin ist ja auch daran, ihre Vorstellungen zusammen mit dem neuen Personal neu zu konzipieren.

Die Grünliberalen unterstützen diese Absicht grundsätzlich, auch wenn wir die Details noch nicht kennen. Das Postulat ist im Interesse von allen Beteiligten. Die Grünliberalen sehen es als Rückendeckung für die beabsichtigte Neukonzeptionierung der Abläufe. Es würde auch einen Beitrag leisten, damit der Stadtrat die Finanzpolitik wirksamer steuern kann und die Verwaltung die finanzpolitischen Zusammenhänge und ihre Folgen klarer erkennen können. Schaffen wir gemeinsames Vertrauen, tragen wir bei zu einer besseren Kultur der Zusammenarbeit, und überweisen wir das Postulat.

R. Kappeler (SP): Wir von der SP stellen einen Ablehnungsantrag. Meine Damen und Herren, ich habe noch selten einen so überflüssigen Vorstoss gesehen.

Wenn ich den Text anschau, dann kann ich mit der Einleitung noch einverstanden sein (materiell). Ich kann es nicht beurteilen, ich war bei den Anfängen von WoV noch nicht dabei.

Aber es kann sein, dass wenn sich seit der Einführung von WoV nichts geändert hat, dass man sagt, man schaut das einmal an. Soweit habe ich noch gedacht: Ja gut.

Nachher kommen 5 einzelne Punkte.

Beim Punkt B stimme ich Euch vollständig zu, das hat aber mit der Darstellung des Budgets gar nichts zu tun. Es darf tatsächlich nicht sein, dass Resultate manuell übertragen werden müssen. Das ist aber eine Frage der Software und nicht von der Darstellung des Budgets und

nicht von der Person des Amtschefs. Also bei Punkt B bin ich noch einig, für den brauchen wir aber kein Postulat.

Punkt A: Ja, meine lieben Damen und Herren, es gibt mathematische Konventionen. Und die bestehen z.B. darin, dass man ein Plus normalerweise nicht schreibt. Also immer, wenn es nichts hat, ist es Plus. Und das Minus ist konsequent, durch das ganze Budget durch, richtig gesetzt. Ich habe die Budgets in den letzten Jahren wirklich gut angeschaut, ich hatte nie ein Problem mit diesen Vorzeichen. Ich weiss nicht, ob Ihr Schwierigkeiten habt mit Plus und Minus – es ist klar, wenn man nur eine Seite der Erfolgsrechnung kennt, dann gibt es das vielleicht...

Punkt C, Nachweis des mittelfristigen Ausweises, das ist schlichtweg falsch. Im Budget 2019 war dort noch nichts. Also eine Nullnummer.

Punkt D, Ausweisen der befristeten Stellen. Stellen gehören eigentlich in einem WoV-Budget überhaupt nicht ins Budget. Es ist schon ein Systemfehler. Wir haben beschlossen, wir akzeptieren das. Die Unsitte von befristeten Stellen ist personalpolitisch eine Unsitte - und dass man diese dann auch noch im Budget darstellen will, unseren Schandfleck da noch zeigen, das kann es per se materiell nicht sein.

Nun Punkt E: Ja, verschlanken, aber gleich viele Informationen. Viel weniger Input, aber gleich viel Output. Wir sind heute schon mal beim Träumen gewesen. Das ist ein Traum der FDP und der GLP, das geht einfach nicht. Das ist wirklich ein frommer Wunsch. Gerade die GLP, die bei jedem Budget Zusatzinformationen bis fast zum Geht-nicht-mehr nachträglich verlangt, in den Sitzungen oder sogar im Rat... Ja, ich will diese Fülle von Informationen und mir graut vor einem Budget, das nur noch Piktogramme hat und keine Zahlen mehr.

Das wäre das Materielle. Aber der Hauptgrund für die Ablehnung kommt erst: Das Vorgehen. Das sind Fragen, die man AK-intern lösen kann. Die haben nichts mit dem Finanzchef zu tun, die kann man laufend in den Prozess einbringen. Und, Felix Helg, ich verstehe nicht, wie Du als AK-Präsident zu dem Mittel des Postulats greifen musst. Entweder kannst Du Dich nicht durchsetzen gegenüber dem Stadtrat oder ich weiss nicht, was es ist – oder es ist einfach Wahlzeit oder sonst irgendetwas. Das ist definitiv der falsche Weg.

Und der dritte Punkt wurde bereits erwähnt: Das Finanzamt macht working progress, Sie sind daran, sie haben uns versprochen, dass da etwas kommt. Also, was bemühen wir sie da noch mit einem solchen Bericht?

Also sage ich Nein zur Überweisung.

Ch. Griesser (Grüne/AL): Felix Helg hat es gesagt, die Frage der Vorzeichen ist immer wieder ein Thema gewesen. Ich kann mich noch erinnern, vor ganz langer Zeit hat eine FDP-Finanzministerin uns in der Aufsichtskommission erklärt, dass das zu teuer käme, wenn man das ändern wolle. Ich weiss nicht, wie es heute ist. Aber vermutlich kostet es auch heute noch etwas.

Und dann ist es weiter so, dass wir da offene Türen einrennen, das ist auch klar. Das heisst, ich werde den Ablehnungsantrag der SP unterstützen.

Eine Minderheit meiner Fraktion wäre froh, wenn die Vorzeichen so kämen, wie man es gerne hätte, und wird den Antrag der FDP unterstützen.

B. Huizinga (EVP): Wir sind für eine Verschlinkung, deshalb streiche ich die Hälfte des Votums, weil es bereits gesagt wurde.

Die Mehrheit unserer Fraktion ist überzeugt der Meinung, dass die Verwaltung ohnehin schon laufend an einer Prozessoptimierung ist. Die Indikatoren werden angepasst im Budget, zusätzliche Informationen zu den Produktgruppen formuliert. Wie gesagt, die Mehrheit von uns wird dieses Postulat nicht unterstützen.

I. Kuster (CVP/EDU): Die Grundidee der Postulanten geht in die richtige Richtung. Das heutige Budgetbuch muss anders daherkommen. Es enthält viele Details, die grossen Linien lassen sich nur schwer erkennen.

Wir von der CVP/EDU haben da jedes Jahr im Rat im Rahmen der Budgetdebatte darauf hingewiesen, dass Verbesserungspotential besteht – auch bei der Darstellung.

Wir wissen aber, das Finanzdepartement ist daran, die ganze Sache neu aufzugleisen. Wir haben ja unsere grossen Erwartungen bereits mehrmals zum Ausdruck gebracht und bringen es auch hier nochmals klar zum Ausdruck: Wir erwarten ein Budget mit den wichtigen Kennzahlen, gerne auch im Kontext mit der Entwicklung in der Vergangenheit. Wir wollen mehr Klarheit bei den Eigenwirtschaftsbetrieben, welche Schulden entfallen auf sie? Wir wollen auch wissen, welchen Cashflow sie generieren und welche Investitionen geplant sind. Gerade bei den gebührenfinanzierten Bereichen brauchen wir eine klare, überprüfbare Erfolgsrechnung und einen Ausweis über den Kostendeckungsgrad, damit wir Gebührenanpassungen überprüfen können, inwieweit sie gerechtfertigt sind oder eben nicht.

Braucht es jetzt das Postulat mit diesen formulierten Schwerpunkten zum jetzigen Zeitpunkt? Unsere Fraktion ist der Ansicht: Nein. Das Postulat greift aus unserer Sicht zu kurz. Es adressiert nicht alle betriebswirtschaftlichen Themen, die uns wichtig sind. Wir fordern aber das Finanzamt und die Finanzchefin auf, diese heute hier angebrachten Anliegen ernst zu nehmen und aufzunehmen. Wir wollen und brauchen ein Budget, das uns als Milizpolitikern die Arbeit erleichtert, d.h. es muss alle wichtigen Informationen übersichtlich und klar darstellen. Wir werden deshalb das Postulat nicht überweisen.

Stadträtin Y. Beutler: Ich möchte vorab anmerken: Wäre mein Votum ein Fernsehfilm, würde jetzt vermutlich der rote Balken aufleuchten wegen dem expliziten Inhalt. Aber ich möchte das gerne deutsch und deutlich sagen.

Felix, es ist Dir bekannt, dass wir bereits seit letztem Dezember an der Arbeit sind. Wir sind bereits daran, das Reporting zu überarbeiten. Das, was Du einreichst, ist ein Schawinski-Vorstoss. Es geht Dir nämlich einfach darum, dass wenn die Arbeit fertig ist, Du dann sagen kannst: «Es ist meine Idee gewesen.» Für das habe ich relativ wenig Verständnis.

Ganz besonders deshalb, wenn man im Dezember eine effiziente Verwaltung fordert. Wir haben offensichtlich unterschiedliche Vorstellungen von Effizienz. In meinen Augen macht es keinerlei Sinn, einen Vorstoss einzureichen, der nur administrativen Aufwand verursacht. Und diese Zeit, die wir in die Beantwortung dieses Vorstosses investieren, würde ich viel lieber in die Arbeit an der Lösung dieses neuen Reportings investieren. Und Du als Verwaltungsangestellter weisst wohl ziemlich genau, was für einen Aufwand die Beantwortung eines Vorstosses verursacht (in der Verwaltung, in der Erarbeitung, im Mitberichtsverfahren, im Stadtrat und am Schluss dann auch im Parlament). Das sind unzählige Stunden, die man einfach viel besser ins Resultat investieren könnte.

Und da muss ich mich jetzt Roland Kappeler anschliessen: Du bist Präsident der vorberatenden Kommission! Du hast es in der Hand, diese Arbeiten konstruktiv begleiten zu können.

Und diese werden genau in diese Richtung gehen, die Iris genannt hat. Nämlich miteinander schauen, welches die relevanten Informationen sind, was wollt Ihr gerne wissen, welche Kennzahlen sollen es sein, was versteht Ihr unter einem schlanken Budget?

Ein kleiner Spoiler: Wenn man ein schlankes Budget will, würde dann die Budgetmotion, die von Herr Wäckerlin eingereicht wurde, gerade in die andere Richtung gehen – aber das könnte man ja in dem Sinn auch noch schauen, dass es nicht umgesetzt werden muss...

Jedenfalls konnte ich in der Winterthurer Zeitung lesen, dass Du in 10 Jahre alten Gemeinde-ratsprotokollen nachgelesen hast. Ich glaube, es wäre vielleicht wichtiger gewesen, wenn Du Dich mit Deinen AK-Gspänli auch nochmals darüber unterhalten hättest, was eigentlich schon gesagt wurde. Wir haben schon lange gesagt, wir werden unter der neuen Leitung des Finanzamtes machen werden – und ich glaube, es ist wichtig, dass solche Arbeiten mit der neuen Leitung angepackt werden, denn das soll ja nachher letztlich auch die Handschrift tragen und mitgetragen werden vom Finanzamt. Unser neuer Finanzamtchef hat im Dezember begonnen, er ist also noch mitten in der Probezeit, und wir stehen trotzdem schon mitten im Projekt. Diese Arbeiten laufen und wir sind daran.

Urs, Du hast von besserer Zusammenarbeitskultur gesprochen. Man hat da immer wahnsinnig viel über Vertrauen gelesen und gehört etc. Und, Felix, es wird Dich nicht überraschen, ich habe Dir das nämlich schon im Dezember gesagt, als Dein Vorstoss als Entwurf im Umlauf war, dass das jetzt wirklich einfach ein Rückenschuss ist und nicht eine Rückendeckung, wie Du das sagtest.

Da bin ich letztlich der Auffassung, dass man nicht mutwillig die Vase vom Regal werfen kann und sich nachher darüber beklagt, dass am Boden Scherben liegen.

Ratspräsidentin A. Steiner: Wir kommen zur Abstimmung.

Wer das Postulat überweisen möchte, soll das bezeugen mit Handerheben. Auszählen bitte. Das Postulat ist mit 28:25 überwiesen.

Ich möchte an dieser Stelle darauf aufmerksam machen, dass wir das Traktandum 9 schon das 3. Mal auf der Traktandenliste haben, wenn nicht gar schon das 4. Mal. Ich möchte gerne die nächsten beiden Traktanden noch machen. Damit möchte ich dazu aufrufen, dass wir am heutigen Abend nun noch ein paar kürzere Voten halten. Es müsste möglich sein, wir haben für die letzten Traktanden auch ein bisschen mehr als 15 Minuten.

8. Traktandum

GGR-Nr. 2019.6: Begründung des Postulats M. Nater (GLP), M. Bänninger (EVP) und B. Zäch (SP) betr. Stromprodukte nur noch aus 100% erneuerbaren Energien oder Strom aus der Kehrrechtverwertung

Ratspräsidentin A. Steiner: Wir kommen zum Traktandum 8, die Begründung des Postulates von Markus Nater.

M. Nater (GLP): Der Klimawandel ist Tatsache und dies sehen auch die meisten Mitglieder hier im Gemeinderat so. Es ist jetzt die Frage, ob wir in Winterthur etwas dagegen unternehmen wollen, oder ob wir weiterhin das Fieber der Erde ansteigen lassen.

Die Winterthurer Bevölkerung will etwas unternehmen und die Bevölkerung hat wie Bevölkerung von Basel und Zürich einem ambitionierten Absenkpfad der Treibhausgase zugestimmt. Eine Massnahme ist sicher auf Stromangebote zu setzen, welche nicht mit Kohle und Atomenergie erzeugt wurden. Das macht Basel mit dem IWB seit 2012 und Zürich mit dem ewz seit 2015. Diese zwei Werke bieten nur noch Strom an aus erneuerbarer Energie.

Wir von der EVP, der SP und GLP unterstützen dies, wollen aber zuerst für Winterthur klären, was die Kosten für diese Reduktion der Treibhausgase sind.

Wir von der GLP haben zum Ziel, ein konkurrenzfähiges Stromangebot herzustellen, welches ohne fossile Stromerzeugung auskommt.

In Winterthur haben wir immer noch Strom aus nicht nachvollziehbaren Quellen, im Jahr 2017 ca. 15%. Auch ist mir nicht bekannt, ob der Strom aus der Kehrrechtverbrennungsanlage wirklich CO₂-frei ist. Bisher wissen Stadtwerke zwar, welchen Strom sie brauchen, sie haben aber keine Transparenz, was die Kosten und die Einsparung beim CO₂ bei einem Verzicht von Strom aus Kohle und Atom sind.

Dieses Postulat soll nun Klarheit und Transparenz schaffen bezüglich Kosten und CO₂-Emissionen der Stromprodukte von Winterthur. Das hat zum Ziel, die finanziellen Mittel gegen den Klimawandel dort einzusetzen, wo sie am Meisten Wirkung erzielen können.

Die linke Ratsseite kann sich daher klar für Massnahmen gegen den Klimawandel positionieren und die rechte Ratsseite erhält mit der Beantwortung von diesem Postulat die geforderte finanzielle Transparenz und Klärung, wie die tiefen Stromkosten trotz oder wegen der erneuerbaren Energie gesichert werden können.

Da kann die SVP nun zeigen, ob sie die Transparenz hochhalten will, oder ob sie die Ökologie und den Klimawandel nur übernimmt, um einem Hallenbad nicht zuzustimmen.

Auf jeden Fall sind diese Abklärungen relevant. Wir hoffen jetzt im Sinne des Klimas, der Natur und der GLP auf eine breite Unterstützung dieses Postulats.

Ratspräsidentin A. Steiner: Es gibt einen Ablehnungsantrag von Seiten Pirat, Marc Wäckerlin.

M. Wäckerlin (PP): Ich stelle den Ablehnungsantrag.

Die SVP-Fraktion ist bei dieser Frage ein bisschen gespalten. Es gibt die einen, die da gerne Ja sagen würden, es gibt die anderen, die da gerne Nein sagen würden.

Diejenigen, die Nein sagen, stören sich hauptsächlich an diesem Zwangscharakter. Das Problem ist ja, dass der Strommarkt kein wirklich freier, liberalisierter Markt ist. Wir normalen Haushaltungen sind – anders als Stromgrossbezüger – abhängig von dem, was uns die Stadt anbietet. Und wenn jetzt da das Angebot nochmals reduziert wird, dann ist das nicht in unserem Sinn.

Ich persönlich würde sagen, mir ist es eigentlich egal, woher der Strom kommt, der soll aus dem freien Markt kommen. Ich möchte eigentlich gerne ein Stromprodukt, das noch eine Stufe unter Grau ist, das einfach heisst «Strom aus dem freien Markt». Punkt. Ohne irgendwelche Einschränkungen.

Aber eben, das soll jeder selber sagen kann. Wenn Du gerne Ökostrom beziehen möchtest, dann sollst Du Ökostrom beziehen. Aber es soll jeder die Möglichkeit haben, das zu wählen, was er gerne will.

Dann grundsätzlich, wenn es möglich ist, den Strom günstiger zu produzieren (und die Stromkosten sinken – es sind viel zu hohe Preise, die da verlangt werden), dann soll man bitte die Preise senken und nicht an den Produkten rumschrauben. Also lieber eine schöne, grosse Produktauswahl zu entsprechend günstigen Preisen – fairen Preisen, Marktpreisen – und nicht politische Marktbewirtschaftung.

Das hat im Kommunismus nicht funktioniert und das funktioniert auch bei uns nicht.

M. Bänninger (EVP): Hehre Ziele – und schlussendlich geht es doch um den Preis. Wir haben es in diversen Sitzungen bereits angesprochen, dass wir mit dem Erreichen der Energieziele 2050 noch nicht ganz dort stehen, wo wir hinsollten.

Deshalb unterstützen wir das Postulat. Es ist ein weiteres wichtiges Puzzleteil im Ganzen.

Wie im Postulat ausgeführt wird, ist die Preisdifferenz zwischen dem Produkt Weiss und dem Produkt Grau mit 0.1 Rp/KWh relativ klein - doch die Umweltbelastung des Produktes Grau hingegen ist riesig.

Ich erhoffe mir - sofern das Postulat überwiesen wird – dass der Stadtrat in seinem Bericht ambitionierte Lösungen aufzeigen wird, wie man die Strom-Produktepalette mit nur Produkten aus 100% erneuerbaren Energien oder Strom aus der KVA gestalten kann, die auch weiterhin für alle bezahlbar sind.

F. Landolt für B. Zäch (SP): Ich verlese das Votum von Benedikt Zäch, der krankheitshalber abwesend ist.

Die beiden anderen Postulanten haben sich bereits zum Inhalt des Postulats geäussert. Ich möchte kurz an zwei Punkten erläutern, mit welcher Zielrichtung die SP-Fraktion den Vorstoss mitträgt.

Wir haben heute bei den Massnahmen gegen den Klimawandel einen Punkt erreicht, an dem wir nicht länger nur kleine, sondern auch grössere Stellschrauben anziehen müssen, um die Ziele, die uns durch die 2000-Watt-Gesellschaft vorgegeben sind, schneller als bisher zu erreichen.

Das gilt auch für die lokale Ebene: Der stärkste Hebel, den wir als städtisches Parlament haben, ist einerseits die Energiestrategie der Stadtverwaltung selbst, die mutiger als bisher formuliert werden sollte; und andererseits die Angebotspolitik von Stadtwerk Winterthur, die sich konsequenter auf die energiepolitischen Ziele ausrichten muss. Stadtwerk ist ein Betrieb, der sich am Markt bewegt und Marktmechanismen unterliegt. Aber er versteht sich selber auch als energiepolitisch fortschrittliches, innovatives Unternehmen, das in Sachen Nachhaltigkeit eine Pionierrolle übernehmen will.

Darum kann es nicht das Ziel des Postulats sein, den Ersatz der grauen Energie primär unter dem Aspekt eines besonders günstigen Preises zu sehen, wie dies die GLP anstrebt. Preispolitik sollte auch energiepolitische Ziele verfolgen, um die Kunden zu höherwertiger, erneuerbarer Energie zu bringen.

Dass das auch unter marktwirtschaftlichen Bedingungen möglich ist, hat gerade kürzlich der durchaus FDP-nahe Ernst Fehr, weltbekannter Verhaltensökonom an der Universität Zürich,

in einem Interview betont. Seine Forschungen stellen im Übrigen auch (z.B. unter dem Stichwort «Nudging») die Instrumente zur Verfügung, dieses Verhalten zu befördern.

A. Geering (CVP/EDU): Das Risiko, welches durch Atomkraftwerke und durch den Transport und die Lagerung von radioaktiven Abfällen in unserem Land und überhaupt generell besteht, ist unterdessen hinlänglich bekannt. Das Bestehen dieses Facts hat schlussendlich dazu geführt, dass man auf nationaler Ebene den Ausstieg aus dem Atomstrom beschlossen hat. Als ich Schüler war, waren die AKW-Moratorien so aktuell auf der politischen Bühne, und es war ein Thema, das mich damals stark beschäftigt hat. Ich war schon damals der Meinung, man sollte nicht Technologien verwenden, die in einem Katastrophenfall die Lebensgrundlage von Generationen zerstören. Ich bin heute noch der gleichen Meinung und ich denke, wir haben da jetzt eine Möglichkeit mit diesem Postulat, um da einen kleinen Schritt weiterzukommen. Und wir sollten diesen kleinen Schritt gehen da in Winterthur.

In diesem Postulatbericht soll der Stadtrat aufzeigen, wie Atom- und Kohlestrom, also eben der Strom Grau, aus dem städtischen Angebot gekippt werden kann.

Die CVP-Fraktion möchte das auch, sie wird das Postulat überweisen. Der CVP ist es aber wichtig, dass wie im Postulat gefordert die Kunden, die den Strom Grau nicht mehr beziehen können, einfach den gleichen Preis bezahlen für das nächste Level wie heute. Wir denken, das sollte möglich sein.

Die Fraktion wird trotzdem bei diesem Postulat geteilt abstimmen. Der CVP-Teil wird der Überweisung zustimmen.

R. Diener (Grüne/AL): Ich halte mich kurz, wie uns die Präsidentin dazu aufgefordert hat. Wir unterstützen das Postulat auch, obwohl wir nicht mitpostuliert haben. Es ist selbstverständlich richtig, dass wir versuchen, die Stromprodukte, die wir haben, so zu ökologisieren, dass wir dahinterstehen können. Dazu habe ich nichts mehr zu sagen.

Bloss noch eine Bemerkung: Man träumt auch da wieder. Man glaubt, es ginge alles kostenneutral. Die Energiewende und der Klimaschutz dürfen und werden uns etwas kosten. Man muss das einfach nochmals sagen, damit es nicht vergessen geht.

Den Nutzen davon haben wir langfristig, wenn die Schäden, die entstehen, wenn sich die Klimaerwärmung weiterentwickelt, nicht weiterwachsen. Und dafür muss man etwas ausgeben.

Danke für das Verständnis.

R. Heuberger (FDP): Was in diesem Postulat bei der Ausgangslage fehlt, ist die Tatsache, dass der Anteil an erneuerbarer Energie im Strommix in der Stadt Winterthur in den letzten 10 Jahren massiv zugenommen hat. 2008 war der Anteil der erneuerbaren Energien im Strommix noch bei 24,6% bzw. 17,7% bei der KVA. Also 57,7% nicht-erneuerbare Energien. Heute liegt der Anteil der erneuerbaren Energien bei 90%, wenn man die KVA (wie im Postulat gewünscht) ebenfalls vollumfänglich zu den erneuerbaren Energien zählt.

Wir unterstützen das Anliegen, dass eine saubere Analyse gemacht wird, die die Vor- und Nachteile aufzeigt, was die Aufhebung des Stromproduktes Grau bzw. die ausschliessliche Vermarktung von erneuerbaren Energien von Stadtwerk bedeutet. Insbesondere begrüssen wir, dass auch die finanzielle Auslegeordnung gemacht werden soll, was der Schritt für Auswirkungen auf die Gebühren für die Winterthurer Bevölkerung hat, die heute noch das Stromprodukt Grau bezieht. Denn erst dann, lieber Reto Diener, können wir wieder diskutieren, ob die Bevölkerung wirklich bereit ist, diesen Preis für das Produkt auch zu bezahlen.

Wir wünschen eine klare Aufteilung zwischen Privatkunden und Geschäftskunden, sprich denjenigen, die den Stromanbieter wechseln können. Und auch eine Analyse auf die Auswirkungen an den Stromverkauf an andere Körperschaften.

Die FDP wird diesem Postulat zustimmen, weil wir diese Auslegeordnung begrüssen.

Stadtrat St. Fritschi: Ich glaube, da wird es nicht so eine knappe Entscheidung geben wie beim Traktandum der Traglufthalle. Deshalb werde ich auch nicht so gross antreten gegen

die Überweisung. Im Gegenteil, wir werden da gerne die Antworten und einen Bericht dazu schreiben.

Ich muss einfach sagen: Der eine Punkt, der im Postulat gefordert wird, dass dann die ökologische Variante, dass man nur noch erneuerbare Energien anbietet, zum gleichen Tarif möglich ist wie jetzt – also das wird dann ein etwas schwieriges Unterfangen sein.

Das ist so, wie wenn ich in die Migros gehe und sage, ich will Bio-Produkte, aber es darf nur so teuer sein wie die M-Budget-Produkte. Also irgendwie muss man dann auch ehrlich sein und sagen: Wir wollen den Absenkpfad, wir wollen die Energieziele erreichen. Aber das hat auch seinen Preis. Also alles zum Nulltarif, das kann man halt nicht haben.

Auch wenn man fliegt und dann die CO₂-Kompensation auch noch geschenkt haben möchte zum Billigflugticket – irgendwo geht es dann nicht mehr auf.

Und man muss auch den Stadtwerken zuhalten: Das Standardprodukt ist 100% erneuerbar. Die paar Prozente, die wir nicht-erneuerbare Energien verkaufen, das sind alles Kundinnen und Kunden, die das bewusst selbst gewählt haben. Im Gegensatz zu vielen anderen Energieversorgern in der Schweiz bieten wir als Standardprodukt nur erneuerbare Energie an.

Und das ist wirklich sehr fortschrittlich und aner kennenswert, dass man bei Stadtwerk Winterthur die Produktqualität selber auswählen kann. Das ist etwas, das wir schon sehr lange anbieten. Es gibt viele Energieversorger, die nur ein Produkt anbieten. Und man kann als Kunde unter 100 KWh nicht den Energieversorger auswählen, aber man kann das Produkt auswählen. Und da ist Stadtwerk wirklich auch sehr fortschrittlich.

Also, ich kämpfe nicht gegen die Überweisung, aber ich warne jetzt schon, dass es zum Nulltarif kaum möglich sein wird.

Ratspräsidentin A. Steiner: Damit kommen wir zur Abstimmung.

Wer das Postulat überweisen möchte, soll das bezeugen mit Handerheben.

Das ist eine sehr klare Mehrheit, jetzt müssen wir nicht zählen.

9. Traktandum

GGR-Nr. 2017.14: Antrag und Bericht zur Motion K. Cometta-Müller (GLP), D. Hofstetter (Grüne), M. Sörgo (SP) und B. Huizinga (EVP) betr. Zielvorgaben für ausgewogene Vertretung der Geschlechter im Kader

Ratspräsidentin A. Steiner: Wir kommen zum Traktandum 9, Katrin Cometta.

K. Cometta (GLP): Wir begrüßen den Bericht des Stadtrates und – Achtung, Spoiler-Alarm – wir werden die Motion erheblich erklären. Es geht jetzt um Verbindlichkeiten statt Sonntagsreden, es geht darum, dass wir konkrete Ziele festlegen, was die Frauenförderung angeht, was die Frauenvertretung im Kader der Stadtverwaltung angeht, denn nur mit klaren Zielen kann man auch gewährleisten, dass nicht jeder Schuss ein Treffer ist. Es geht um ein Bekenntnis für mehr Gleichstellung und eben aktive Frauenförderung.

Wir sind sehr froh, dass diese Zahlen endlich vorliegen. Man sieht, eine Mehrheit aller städtischen Angestellten sind weiblich (61% sind Frauen). Von den Chefs sind 70% Männer. Wir finden dieses Verhältnis nicht ok. Und obwohl ich nicht ein besonderer Zahlenmensch bin, habe ich es natürlich ein bisschen genauer angeschaut. Und wir haben dann gemerkt, dass die differenzierte Betrachtung, die jetzt da erstmals deutlich vorliegt, wirklich auch nötig ist. Ich habe da ein Beispiel herausgepickt: Das Beispiel vom Departement Schule und Sport (es ist jetzt schade, ist der Herr nicht mehr da) und das Beispiel Technische Betriebe. Die haben beide den gleichen Frauenanteil im Kader. Bei beiden ist der Männeranteil 4/5. Es haben auch beide Departemente eine sehr ungleiche Belegschaft.

Beim Schuldepartement sind nur 16% der Angestellten männlich. Und gleichzeitig sind aber 78% der Kaderstellen durch Männer besetzt. Das ist also ein krasses Missverhältnis, wenn 1/6 der Angestellten dann rund 4/5 der Chefs darstellt.

Bei den Technischen Betrieben (auch ein sehr ungleiches Departement) ist es gerade andersrum. Gleich ist noch, dass 84% der Belegschaft einem Geschlecht angehören, also sehr unausgeglichen. Bei den Technischen Betrieben sind es 84% Männer, die dort arbeiten. Gleichzeitig sind dort 78% der Chefs Männer. Das DTB hat also im Vergleich zur Belegschaft überdurchschnittlich viele Chefinnen.

Also, gleiche Zahl, sehr unterschiedliche Wirkung.

Ich habe einmal gelernt, Rechtsgleichheit heisst, dass man Gleiches gleich und Ungleiches ungleich behandelt. Und deshalb haben wir mit der Motion auch von Anfang an gefordert, dass man auf die unterschiedlichen Verhältnisse in den verschiedenen Departementen auch wirklich eingehen soll, damit man wirklich auch realistische und gute Ziele festlegen kann.

Und deshalb begrüssen wir das, dass es individuelle Ziele geben soll.

Die Zahlen zeigen aber wirklich ganz generell, dass wir noch nicht dort sind, wo wir hinwollen. Die Frauen haben, rein statistisch gesehen, in der Stadtverwaltung immer noch 3,5 Mal geringere Chancen, es auf einen Chefposten zu schaffen als Männer. Die Gläserne Decke, das ist ein Fakt. Und das liegt nicht nur daran, dass die Frauen nicht wollen. Aber wir brauchen mehr Frauen im Kader der Stadtverwaltung.

Das ist nicht nur eine Gleichstellungsgeschichte. Und es ist auch nicht nur deswegen notwendig, weil es im Personalreglement so vorgesehen ist. Die bessere Vertretung von Frauen in der Chefetage ist für Winterthur von strategischer Bedeutung. Es ist nämlich längst erwiesen, dass gemischte Teams besser arbeiten – und wir wollen ja eine leistungsstarke Verwaltung. Und auch in Hinblick auf den Fachkräftemangel und auf die demografische Entwicklung muss man die Ressourcen der weiblichen Arbeitskräfte besser nutzen.

Die Stadt Winterthur will oder muss sich als fortschrittliche Arbeitgeberin positionieren, wenn sie die besten Arbeitskräfte will. Wir haben es gesehen, wir haben einen Wunschzustand von angemessenem Frauenanteil im Kader und wir haben einen Ist-Zustand. Und in der Regel, wenn der gewünschte Zustand nicht ganz mit dem Ist-Zustand übereinstimmt und sich dieser auch nicht von selbst einstellt, startet man dann, indem man Ziele formuliert. Und genau um das geht es. Wir wollen überprüfbare Zielvorgaben, um damit Transparenz zu schaffen. Und das Ziel von besserer Frauenvertretung im Kader soll so messbar und auch verbindlich werden.

Uns freut es extrem, wenn der Stadtrat sagt, dass wir damit offene Türen einrennen. Und auch wenn der Stadtrat findet, dass Zielvorgaben verhältnismässig und sachgerecht sind. Und wir bevorzugen da die Variante 2 (der Stadtrat legt ja verschiedene Varianten dar). Wir bevorzugen die 2. Variante, die 35% Frauenanteil als Mindestziel hat über die ganze Verwaltung, die aber nachher noch eine Betrachtung pro Departement macht, auch unter Einbezug der Nachwuchsförderung (also unter Miteinbezug der mittleren und unteren Führungsstufe, denn die Sous-Chefinnen von heute sind vielleicht die Chefinnen von morgen).

Wir finden es auch richtig, dass das Controlling im Rahmen der Berichterstattung zur Diversity Strategie erfolgen wird. Wir finden es auch richtig, dass man sich erklären muss, wenn man ein Ziel nicht erreicht. Das war auch Bestandteil der Motion (comply or explain). Es geht nicht darum, irgendwelche Sanktionen mit Lohnreduktionen oder so für die Chefs, die zu wenig Frauen fördern, zu machen – aber doch darum, dass man Rechenschaft darüber ablegen muss, weshalb man es nicht schafft. Damit kann man sehr viel Sensibilisierung und auch Verbindlichkeit erreichen. Es ist auch genügend wissenschaftlich bewiesen, dass das eigentlich schwache Mittel der Rechenschaftspflicht schon eine sehr grosse Wirkung erzielt.

Kurz und gut, wir finden, es ist ein sehr pragmatischer Weg Richtung Gleichstellung. Dementsprechend finden wir es gut und wir danken Euch dafür.

D. Hofstetter (Grüne/AL): Katrin Cometta hat sehr umfassend zu allen Punkten dieser Antwort gesprochen. Ich halte mich jetzt sehr kurz, auch in Anbetracht der fortgeschrittenen Zeit. Die Fraktion Grüne/AL begrüsst die Absicht des Stadtrates, das messbare Ziel von einem Frauenanteil von 35% in der oberen Führungsstufe im Personalstatut festzuschreiben. Es wurde festgehalten bei der Revision des Personalstatuts, dass die Gleichstellung für Frauen und Männer zu verwirklichen sei, und dass eine angemessene Vertretung der Geschlechter im Kader und in Schlüsselpositionen anzustreben sei.

Jetzt ist da in der Antwort ein Mindestanteil von Chefinnen von 35% als unterstes Limit angegeben. Wir Grüne/AL sehen das eigentlich als unterste Linie für eine angemessene Frauenvertretung – denn (wie Katrin gesagt hat), der Frauenanteil der städtischen Angestellten ist ja bei 61%. Also man hat dann eigentlich immer noch ein grosses Ungleichgewicht.

Wir begrüssen deshalb die Absicht des Stadtrates, Zielvorgaben zum Geschlechteranteil beim Kader festzulegen, und sehen das eigentlich als wichtigen Zwischenschritt hin zu einer angemessenen Vertretung der Geschlechter im Kader und in Schlüsselpositionen, wie das ja schon gefordert ist im Personalstatut.

Wir freuen uns auf die Umsetzungsvorlage des Stadtrates.

M. Sorgo (SP): Auch ich werde mich kurzfassen, da meine Vorrednerinnen schon viel gesagt haben und auch angesichts der fortgeschrittenen Zeit. Auch wir, von Seiten der SP-Fraktion, danken dem Stadtrat für diese Antwort und unterstützen das, wie es meine Vorrednerinnen auch schon gesagt haben. Ich denke, die Zahlen, die bereits genannt wurden, und der Unterschied der Geschlechterverteilung über die ganze Stadt gesehen, wo mehr Frauen als Männer bei der Stadt arbeiten, hin zur Verteilung im mittleren und dann v.a. im oberen Kader, die ist weiterhin frappant. Und sie zeigt auch, dass es Massnahmen braucht, dass diese Massnahmen wichtig sind. Auch wenn es uns jetzt nicht überrascht hat, dass die Zahlen so sind wie sie sind.

Deshalb begrüssen wir es sehr, dass der Stadtrat sich in der Antwort zu dem messbaren Ziel von mindestens 35% Geschlechteranteil im obersten Kader committet und das anstreben möchte. Wir schauen Zielvorgaben von daher auch als sinnvoll und nachhaltig an, wenn sie eben wirklich mit einem Gesamtpaket verbunden sind und wenn man auch immer wieder Rechenschaft ablegen muss, wenn man es nicht geschafft hat. Auch wenn es dann keine Sanktionen gibt. Und zwar einfach aus dem Grund, weil das Thema dann ein Thema ist, dem man sich nicht verschliessen kann. Vielleicht wird es sich dann auch zeigen, dass die Frauen wirklich nicht wollen, dass das auch ein Kulturproblem ist. Ich könnte Bill Clinton ein bisschen abgewandelt zitieren: «It's the culture, stupid». Aber ich denke, dass sich der Turnus ändert, dass mehr Frauen in Führungspositionen kommen, das ist inzwischen bekannt. Und deshalb freut es uns sehr, dass sich der Stadtrat jetzt auf diesen Weg macht und diese Zielvorgaben anstrebt.

Auch wir sehen natürlich, dass es nicht in jedem Departement und nicht in jedem Amt gleich einfach sein wird, diese Geschlechterverteilung auch hinbringen zu können. Und trotzdem glauben wir, dass es auch in diesen Departementen und in diesen Ämtern, in denen es schwieriger ist, weil es bis jetzt weniger Frauen gibt, die dort (auch bei den «normalen» Angestellten) arbeiten, dass es dort umso wichtiger ist, dass es dort Frauen als Vorbilder gibt in der obersten Führungsetage. Denn nur so wird sich längerfristig auch dort nachhaltig eine Änderung ergeben.

Das sieht man z.B. auch bei den Universitäten, wo vor einigen Jahren die Sitze noch fest in Männerhand waren und die Frauen jetzt doch sehr aufgeholt haben.

Wir sind deshalb auch gespannt, wie der Stadtrat sein Vorhaben dann auch umsetzen wird, und dann v.a. auch über diese Berichterstattung jeweils die Zahlen aufzeigt.

B. Huizinga (EVP): Noch kurz die Stellungnahme der EVP: Wir sind der Auffassung, dass mit dieser Motion ein moderater, nicht verbissener, jedoch notwendiger Vorstoss vorliegt, dass die Geschlechter ausgewogen vertreten sind im Kader, zusätzlich zur existierenden Diversity Strategie. Von allen geprüften Varianten, von denen der Stadtrat diese als favorisierte herausgepickt hat, sehen wir das als die richtige. Eine fixe Quote ist nicht zielführend, da die Departemente unterschiedliche Voraussetzungen zur Erfüllung haben. Und mit der vorgeschlagenen Vorgehensweise können diejenigen mit einfacheren Rahmenbedingungen solche mit schwierigeren ausgleichen.

Wir freuen uns darauf, wenn diese Motion als erheblich erklärt wird.

S. Büchi (SVP): Die SVP ist und bleibt gegen Quoten oder Frauenzielvorgaben, was eigentlich auf das Gleiche hinausläuft.

Ich möchte ein Argument noch hervorheben: Wir hören immer wieder vom städtischen Kader oder vom Stadtrat selber, wie schwierig es ist, Posten – gerade Kaderposten – in der Stadt zu besetzen, dass man dort die richtige Person findet. Nur, eine Quote ist natürlich ein weiteres Hindernis. Es macht es schwieriger.

Und ja, wenn man sein eigenes Korsett enger schnürt, dann darf man sich nicht wundern, wenn einem der Atem wegbleibt. So gesehen schneidet sich der Stadtrat mit dieser Zielvorgabe ins eigene Fleisch.

Wir stellen einen Ablehnungsantrag.

I. Kuster (CVP/EDU): Falls Sie heute zu diesem Traktandum wiederum auf einen YouTube-Film gehofft haben, muss ich Sie leider enttäuschen.

Unsere Haltung und unsere Argumente haben wir bereits bei der Überweisung kundgetan. Auf die Wiederholung verzichte ich jetzt da, auch der Kürze wegen. Wir sind und bleiben wie die SVP weiterhin gegen Quoten, auch wenn der Grundsatz gilt: Comply or explain.

Wir sind weiterhin überzeugt: Selbstbewusste, starke Frauen wollen den Karrieresprung ohne Quoten schaffen – und sie schaffen das auch.

Und nur ein Argument noch: Gemäss der nationalen Statistik vom Oktober 2018 haben nur 25% der Frauen Vollzeit gearbeitet. 75% der Frauen arbeiteten Teilzeit, und das unabhängig vom Zivilstand und unabhängig davon, ob sie Mutter sind oder nicht.

Wir wissen zwar nicht, wie die Zahlen von Teilzeit/Vollzeit bei den Frauen aussehen und in Kaderpositionen – aber abgesehen davon, hat sich der Stadtrat schon Gedanken gemacht, ob und wo er Kader-Teilzeit schaffen kann und ob das sinnvoll machbar ist, um mehr Frauen für Kaderstellen zu gewinnen? Oder haben wir da einen Papiertiger, der dann alle Jahre einfach beim Gemeinderat mit explain zum Tragen kommt?

Wir stellen keinen Ablehnungsantrag, aber wir sind weiterhin dagegen.

C. Etter (FDP): Schon fast in der Nachspielzeit, deshalb halte auch ich mich kurz. Die FDP teilt die Zielsetzung der Motion, auch wir wollen eine starke Frauenvertretung im Kader, denn sie führt aus betriebswirtschaftlicher und aus organisationsstruktureller Sicht zu besseren Resultaten.

Aber: Zielvorgabende Zahlen nützen generell nichts. Wir müssen uns vielmehr überlegen, wie wir das notwendige Umdenken (wir haben auch schon davon gehört) in unserer Gesellschaft vorantreiben können. Dafür müssen wir Frauen kämpfen, und nicht für Quoten. Das passiert in anderen Politikfeldern, z.B. in der familienergänzenden Kinderbetreuung, in modernen Strukturen wie Tagesschulen etc. Dort müssen wir uns dafür einsetzen.

Deshalb sprechen wir uns gegen eine Erheblicherklärung der Motion aus. Sie bringt viel Bürokratie statt den erhofften Erfolg.

Wir haben auch schon einiges zur Diversity Strategie gehört, die auf freiwilliger Basis zu sehr vielen Resultaten geführt hat. So sollte es auch weitergehen, wir wollen, dass man weiterhin auf freiwilliger Basis arbeitet. Das hält der Stadtrat in seinem Bericht dann auch fest. Er sagt auch, vieles sei auf freiwilliger Basis bereits passiert. Wenn es dann halt nicht weitergehen würde, müsste man halt eine Quotenregelung ins Auge fassen.

Das sehen wir nicht so. Am ehesten noch die Variante 2, die vorgeschlagen ist. Diese lässt am meisten Flexibilität, aber auch sie bringt zu viel Bürokratie. Es ist noch nicht an der Zeit, einen solchen Weg einzuschlagen.

Und vielleicht noch abschliessend etwas Kurzes: Auch unser Volk hat sich auf freiwilliger Basis quasi für eine ausgewogene Vertretung von Frauen ausgesprochen und hat im letzten März drei Stadträtinnen und vier Stadträte gewählt. Es geht also auf dem freiwilligen Weg, wir brauchen keine Quoten.

K. Cometta (GLP): Ich sage nur noch schnell an Dich, Iris: Niemand will eine Quotenfrau sein. Das Ziel ist ja, dass das Geschlecht eben gar keine Rolle mehr spielt, weil es selbstverständlich ist, dass es genügend Chefinnen gibt. Und auch, liebe Iris: Ich finde auch, diese Vollzeit/Teilzeit-Geschichte, das ist ein wichtiges Thema. Selbstverständlich (das ist zumindest meine Auffassung) kann man mit 80% ein sehr guter Chef oder eine sehr gute Chefin

sein. Wir brauchen Teilzeitstellen für Männer und Frauen, denn schliesslich müssen ja die Männer den Familienmüttern auch irgendwie den Rücken freihalten können, wenn diese arbeiten wollen. Es braucht Teilzeitstellen für beide. Dort braucht es ein Umdenken, das ist klar, aber wir anerkennen auch, dass der Stadtrat dort den Handlungsbedarf bereits erkannt hat, und mit dem Personalstatut dort auch nochmals betont, dass er Teilzeitbeschäftigungen fördern will, insbesondere wenn noch Kinder oder sonstige Pflegeaufgaben dazukommen. Und, liebe Carola, selbstverständlich, wenn es um Kitas geht, wenn es um Tagesschulen geht – dort sind wir überhaupt nicht dagegen. Es geht darum, dass man das eine macht und das andere nicht lässt.

Stadtpräsident M. Künzle: Ich gehe einmal davon aus, dass die grossmehrheitlich befürwortenden Voten nicht nur aufgrund der fortgeschrittenen Zeit entstanden sind, sondern auch materiell der Meinung sind, dass es richtig war, was der Stadtrat da zur Antwort gegeben hat. Ich darf aber auch aus dem Stadtrat berichten: Wir sind gegen eine Quotenregelung. Keiner von uns Stadträtinnen und Stadträte stellt einfach um der Frau bzw. um des Mannes willen jemanden ein. Sondern diese Regelung gibt eine Zielvorgabe, bei der wir uns wirklich Mühe geben, diese zu erreichen – aber im Einzelfall wollen wir die besten Leute, ob das ein Mann ist oder eine Frau. Das muss man vielleicht immer noch sagen.

Und es wurde gesagt: Das wird nicht einfach, was wir da formuliert haben. Es gibt Bereiche, die meilenweit davon weg sind. Und wir probieren (und deshalb haben wir auch diese Freiheit gegeben, das ist offenbar auch gut angekommen), dass die Bereiche, je nachdem wie ihre Branche unterwegs ist, daran arbeiten müssen – aber nicht gerade von heute auf morgen solche Zielvorgaben erreichen werden. Wir haben ein ehrgeiziges Ziel gesetzt, wir wollen das verfolgen.

Ich habe bereits einen ersten Entwurf von diesem Bericht Diversity Strategie auf dem Tisch momentan. Dieser ist also umfangreich ausgefallen, da gibt es schon sehr viele Sachen, die gemacht wurden. Da darf man also stolz darauf sein, was wir unter diesem Titel in dieser Stadt alles machen.

Noch zur Studie: Es gibt auch Studien, die etwas anderes sagen, aber sicher, es gibt mehr Studien, die sagen, dass solche gemischten Teams eben besser funktionieren.

Wir geben uns Mühe, Ihr werdet an der Entwicklung teilnehmen, gerade von diesem Vorstoss, von dieser Motion. Ihr werdet über den Bericht Diversity Strategie verfolgen können, wie diese Geschichte weitergeht, wie wir uns weiterentwickeln – und könnt von daher auch Einfluss nehmen, wenn Ihr damit nicht einverstanden wärt (wovon ich natürlich nicht ausgehe).

Ratspräsidentin A. Steiner: Damit kommen wir zur Abstimmung.

Wer diese Motion als erheblich erklären will, soll das bezeugen mit Handerheben.

Wir sind uns einig, das ist eine klare Mehrheit. Damit ist diese Motion als erheblich erklärt worden.

Wir schliessen damit die Sitzung und ich wünsche allen einen schönen Abend.

Mit dem vorliegenden Protokoll erklären sich einverstanden:

Die Präsidentin:

Der 1. Vizepräsident:

Der 2. Vizepräsident:

A. Steiner (GLP)

A. Geering (CVP)

D. Oswald (SVP)